

Zeitschrift: Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...

Herausgeber: Kanton Bern

Band: - (1985)

Artikel: Verwaltungsbericht der Volkswirtschaftsdirektion = Rapport de gestion de la Direction de l'économie publique

Autor: Müller, Bernhard / Favre, Henri-Louis

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-418039>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Siehe Rechtliche Hinweise.

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. Voir Informations légales.

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. See Legal notice.

Download PDF: 19.06.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Verwaltungsbericht der Volkswirtschaftsdirektion

Direktor: Regierungsrat Dr. Bernhard Müller
Stellvertreter: Regierungsrat Henri-Louis Favre

Rapport de gestion de la Direction de l'économie publique

Directeur: le conseiller d'Etat Bernhard Müller
Suppléant: le conseiller d'Etat Henri-Louis Favre

1. Einleitung

1.1 Allgemeine Wirtschaftslage

Die hohe Auslastung des schweizerischen Produktionspotentials und die damit verbundene erfreuliche wirtschaftliche Entwicklung wurde im Berichtsjahr im wesentlichen vom privaten Konsum, von den Ausrüstungsinvestitionen und von der Auslandnachfrage getragen. Das Bruttoinlandprodukt (Indikator für wirtschaftliche Aktivitäten innerhalb der geografischen Grenzen) wuchs um 3,7 Prozent (Vorjahr 2,1%), ein Wachstum, welches noch vor Jahresfrist jenseits aller Prognosen lag. Erfreulich entwickelte sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote liegt in der Gegend der Einprozentmarke. Weniger erfreulich verlief die Entwicklung an der Teuerungsfront; mit rund 3,5 Prozent blieb die Inflationsrate zu hoch. 1986 kann aber mit einer rückläufigen Teuerungsrate gerechnet werden, einerseits aufgrund des eingeengten Geldziels der Schweizerischen Nationalbank und andererseits aufgrund massiven Preiszerfalls für einzelne Rohstoffe (Erdöl). Gegen Ende des Berichtsjahres liessen die Konjunkturindikatoren den Schluss eines sich verlangsamenden Wachstums zu.

Im Kanton Bern entwickelte sich die Wirtschaft etwa in den gleichen Bahnen. Die bernische *Industrie* erlebte während drei Quartalen eine leichte, anhaltende konjunkturelle Belebung. Im letzten Quartal flachte diese Tendenz merklich ab, wobei aber die durchschnittliche Kapazitätsauslastung vor Jahresfrist leicht unter dem Wert am Ende des Berichtsjahres lag.

Die drei beschäftigungsmässig bedeutendsten Industriezweige im Kanton, die Maschinen- und Apparateindustrie, die Metallindustrie und die Nahrungsmittel- und Genussmittelindustrie, mit über 50 000 Beschäftigten (das sind knapp ein Drittel aller im sekundären Sektor Beschäftigten), verzeichneten differenzierte Geschäftsgänge. Die regionale Bedeutung dieser Branchen ist überdies sehr unterschiedlich:

Die *Maschinen- und Apparateindustrie* verzeichnete eine Entwicklung des Geschäftsganges, welche den generellen Tendenzen der Industrie entsprach. Die *Metallindustrie* erfuhr im 2. und 3. Quartal bereits einige Einbussen. Sie konnte sich aber gegen Ende Jahr erholen und wies starke Aufwärtstendenzen aus.

Die *Nahrungsmittel- und Genussmittelindustrie* konnte sich von den Rückschlägen im 2. Quartal nur gerade im darauffolgenden erholen. Im 4. Quartal folgte wiederum ein Rückschlag einem Zwischenhoch. Die Geschäftslage liegt aber immer noch über dem schweizerischen Mittel.

Die anfänglich erfreuliche Entwicklung der *Uhrenindustrie* wich Ende Jahr einer Abflachung auf das Vorjahresniveau.

1. Introduction

1.1 Situation générale de l'économie

La bonne utilisation des capacités de production des entreprises suisses et, par là-même, l'évolution favorable de la conjoncture, était due principalement, en 1985, à la consommation privée, aux investissements d'équipement et à la demande extérieure. Le produit national brut (indicateur des activités économiques dans des limites géographiques données) s'est élevé à 3,7 pour cent (1984: 2,1%), croissance qui dépasse toutes les prévisions faites une année auparavant. La situation sur le marché de l'emploi a évolué de manière satisfaisante, le taux de chômage étant de l'ordre de un pour cent. En revanche, au niveau du renchérissement, les résultats sont moins réjouissants. Le taux d'inflation est jugé trop élevé (3,5%). Pour 1986, il faut s'attendre à une baisse du renchérissement, en raison d'une part de la décision prise par la Banque Nationale Suisse de réduire la masse monétaire, d'autre part de la chute des prix des matières premières (pétrole).

Vers la fin de l'année écoulée, les indicateurs conjoncturels laissaient présager un ralentissement de la croissance. Dans le canton de Berne, l'activité économique a évolué dans les mêmes proportions. Dans les neuf premiers mois, l'*industrie* a connu une croissance légère, certes, mais soutenue. Au cours du dernier trimestre, cette tendance s'est nettement affaiblie, l'utilisation moyenne des capacités étant néanmoins légèrement supérieure à celle enregistrée une année auparavant.

Les trois branches industrielles les plus importantes du point de vue des effectifs du personnel, à savoir l'*industrie des machines et appareils*, la métallurgie et l'*industrie des denrées alimentaires et des biens de jouissance*, qui occupent à elles seules 50 000 employés (un tiers presque des personnes occupées dans le secteur secondaire) ont obtenu des résultats divers. L'importance de ces branches varie en outre considérablement d'une région à l'autre.

En ce qui concerne l'*industrie des machines et appareils*, la marche des affaires ne différait guère de la tendance généralement observée pour cette branche. La métallurgie subissait quelques revers au cours des 2^e et 3^e trimestres. La situation s'est néanmoins nettement améliorée en fin d'année.

L'*industrie des denrées alimentaires et des biens de jouissance* a connu des phases diverses: une phase de ralentissement au cours des six premiers mois, de relance au troisième trimestre et de recul en fin d'année, précédée d'une hausse passagère. L'évolution des affaires a été toutefois légèrement supérieure à la moyenne suisse.

Das *grafische Gewerbe* erlebte nach vereinzelten Zwischenhöchs ebenfalls eine Abschwächung, die *Textilindustrie* verzeichnete insgesamt einen leicht abflachenden Geschäftsgang.

Gegenüber dem schweizerischen Mittel hat sich der bernische *Fremdenverkehr* überdurchschnittlich entwickelt. Diese Branche darf auf ein erfreuliches Jahr zurückblicken. Aber auch hier gibt es unterschiedliche regionale Entwicklungen (vgl. Ziff. 2.3.1).

Differenzierte regionale Bilder ergeben sich auch auf dem *Arbeitsmarkt*. So kann der Kanton Bern regelmässig unterdurchschnittliche Arbeitslosenraten ausweisen, wobei in den einzelnen Teilräumen erhebliche Unterschiede bestehen. Der Teilraum Berner Jura/Biel/Seeland ist nach wie vor überdurchschnittlich stark von Arbeitslosigkeit betroffen. Der Anteil strukturell bedingter Arbeitslosen wird in diesem Teilraum wahrscheinlich markant überwiegen. Der Monat durchschnitt der Ganzarbeitslosen verminderte sich von 5092 auf 3219 im Berichtsjahr. Die Zahlen der Teilarbeitslosen und diejenigen der Kurzarbeiter sind ebenfalls erheblich zurückgegangen (vgl. Ziff. 2.5.3.1).

Für das Jahr 1986 wird ein abgeschwächtes Wirtschaftswachstum erwartet. Die gegenwärtige Aufschwungphase soll 1985 ihren Höhepunkt bereits überschritten haben. 1986 darf dennoch mit einer stabilen wirtschaftlichen Lage gerechnet werden, die Prognosen liegen einheitlich bei einem Wachstum im Bereich von zwei Prozent.

Differenziert präsentieren sich die Erwartungen der bernischen Industrien. Zunehmende Bestellungseingänge erwarten die Metall- und Textilindustrie, alle anderen Branchen rechnen mit einem abgeschwächten, gleichbleibenden oder sogar rückläufigen Geschäftsgang.

1.2 Schwerpunktthemen im Jahre 1985

Von den Ereignissen im Zusammenhang mit dem Finanzhaushalt des Kantons wurde die Volkswirtschaftsdirektion nur am Rand betroffen. Die Direktion führte selber und bereits sehr früh fortlaufende Untersuchungen durch und schenkte Auslegungs- und Kompetenzfragen besondere Aufmerksamkeit. Bei Unklarheiten wurde eine Praxis- oder Gesetzesänderung angestrebt.

Im Hinblick auf die neue Legislatur entwarf die Direktion, unter Federführung der Staatskanzlei, die in ihren Bereich fallenden Richtlinien der Regierungspolitik. Ebenfalls wurde ein umfassender Gesetzesfahrplan zusammengestellt, welcher viele neue Erlassen ankündigt.

Ferner beschäftigte sich die Direktion (Wirtschaftsförderung) mit der Ausarbeitung des 3. Wirtschaftsförderungsprogramms. Vorarbeiten wurden an die Hand genommen (Abklärungen für Technologiezentrum). Das Programm wird voraussichtlich im Herbst 1986 vorliegen (vgl. Ziff. 2.2.6).

Im weiteren wurden die traditionellen Förderungsinstrumente eingesetzt. Besondere Publizität erfuhren einige Ämter. Das Kantonale Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (KIGA) stand im Zusammenhang mit Asylantenfragen und Fragen der Luftreinhaltung und der Waldschäden öfters im Brennpunkt der Interessen. Ebenfalls von öffentlichem Interesse waren die Untersuchungen des Kantonalen Labors, beispielsweise in bezug auf Vacherin Mont d'Or oder Weine gewisser Provenienz (vgl. Ziff. 2.8).

Dans l'*horlogerie*, l'amélioration enregistrée au début de l'année a été suivie d'un ralentissement des activités dans les derniers mois, le taux de croissance étant à peu près du même ordre que celui de l'année précédente.

Dans la branche des *arts graphiques*, une phase de ralentissement a succédé à plusieurs hausses passagères. L'*industrie des textiles* enregistrait une légère baisse des activités en général.

La marche des affaires a été supérieure à la moyenne suisse dans le *secteur touristique*. Les résultats peuvent être estimés très satisfaisants, quoiqu'ils divergent d'une région à l'autre (cf. ch. 2.3.1).

Au niveau du *marché de l'emploi*, la situation variait sensiblement selon les régions. Dans le canton de Berne, le nombre de chômeurs était régulièrement inférieur à la moyenne suisse. Comme par le passé, le chômage a particulièrement affecté la région Jura bernois/Bienne/Seeland. Le pourcentage des personnes sans travail à la suite des restructurations restera vraisemblablement prépondérant. La moyenne des chômeurs complets a baissé de 5092 à 3219 dans l'année écoulée. Le nombre des personnes travaillant à horaire réduit a également sensiblement diminué (cf. ch. 2.5.3.1).

Pour 1986, il faut s'attendre à un ralentissement de la croissance économique. La phase actuelle de relance doit avoir atteint son point culminant. On peut toutefois tabler sur une certaine stabilité. En effet, les pronostics concordent: la croissance devrait être de l'ordre de deux pour cent.

Dans le canton de Berne, les prévisions varient selon les branches industrielles. Alors que la métallurgie et l'industrie des textiles misent sur une amélioration de l'entrée des commandes, les autres branches s'attendent à un ralentissement, à une stagnation, voire à un recul des activités.

1.2 L'année 1985 en bref

La Direction de l'économie publique n'a pratiquement pas été affectée par les événements relatifs aux finances publiques. Elle a procédé, de son propre gré et de bonne heure déjà, à la vérification continue de ses comptes, tout en accordant une importance particulière aux questions de compétence financière et d'interprétation des textes législatifs. Dans les cas douteux, une modification de l'usage ou de la loi a été envisagée.

La Direction a établi le nouveau programme gouvernemental de législature, sous la responsabilité prépondérante de la Chancellerie d'Etat. Un planning des lois très étendu a été annoncé, qui comprend bon nombre de nouveaux textes législatifs.

La Direction a par ailleurs chargé le délégué au développement économique d'élaborer le troisième programme d'encouragement à l'économie. Les travaux préparatoires ont été entamés (étude préliminaire concernant un centre de technologie). Le programme sera vraisemblablement présenté en automne 1986 (cf. ch. 2.2.6). Au demeurant, les instruments traditionnels d'encouragement ont été utilisés.

Certains offices ont été confrontés à des problèmes d'urgence, en particulier l'Office cantonal de l'industrie, des arts et métiers et du travail (OCIAMT) qui a été, plus que d'autres, appelé à résoudre des questions brûlantes: demandeurs d'asile, pollution de l'air et dépérissement des forêts. Les analyses faites par le Laboratoire cantonal ont également suscité l'intérêt du public, notamment celles concernant le Vacherin Mont d'Or ou les vins d'une certaine provenance (cf. ch. 2.8).

1.3 Volkswirtschaftskommission

Die vier Sitzungen im Berichtsjahr standen unter dem Präsidium von Dr. R. Bloch, Vertreter des Handels- und Industrievereins.

Die erste Sitzung im Februar war verschiedenen aktuellen Themen aus dem Bereich der Volkswirtschaftsdirektion gewidmet, u. a.: der Berufsbildung, der Schaffung einer HTL-Abteilung an der Holzfachschule Biel, der Volksinitiative «Stopp der Prämienexplosion – für eine soziale Krankenkasse» und dem Arbeitsmarkt.

In Anbetracht des laufenden Vernehmlassungsverfahrens bezüglich der Konzessionserneuerung für den Betrieb des Flugplatzes Bern-Belpmoos wurde im April zu einer ausserordentlichen Sitzung eingeladen.

Die Juni-Sitzung galt aus aktuellem Anlass ganz dem Bereich Arbeitsmarkt/Asylantenwesen; insbesondere stand die teilweise geforderte Lockerung des Arbeitsverbots für Asylbewerber im Mittelpunkt. Im Anschluss fand eine Besichtigung des kantonalen Laboratoriums statt.

Auf Einladung des Präsidenten gelangte die Herbstsitzung im Berner Jura zur Durchführung. Die Orientierungen über die allgemeine Wirtschaftslage im Kanton Bern, insbesondere im Berner Jura, sowie über die Studien und Vorarbeiten zum dritten Wirtschaftsförderungsprogramm wurden durch eine Besichtigung der Firma Camille Bloch SA, Courteulary, eingeleitet.

2. Berichte der einzelnen Ämter, Abteilungen und Dienststellen der Volkswirtschaftsdirektion

2.1 Direktionssekretariat

2.1.1 Organisation

Die Änderung des Dekrets über die Organisation der Volkswirtschaftsdirektion bewirkte eine personelle und organisatorische Neuerung. Im Amt für Fremdenverkehr wurde eine Adjunktenstelle definitiv bewilligt (siehe Ziff. 2.1.2) und im Kantonalen Amt für Berufsbildung wurden zwei wissenschaftliche Mitarbeiterstellen geschaffen. Die Holzfachschule Biel verfügt neu über eine HTL-Abteilung Holz.

Organisatorische Auswirkungen von grösserer Tragweite hatte die Einführung des automatischen Rechnungswesens (KOFINA) in praktisch sämtlichen Dienststellen. Das Uhrenbeobachtungsbüro in Biel sowie die Abteilung Arbeitslosenversicherung (KIGA) wechselten ihre Standorte.

2.1.2 Personelles

Die Verwaltung ist im Berichtsjahr, bedingt durch äussere Umstände, stark engagiert worden. Die grosse zusätzliche Arbeit konnte dank dem ausserordentlichen Einsatz aller Mitarbeiter und dank vielen Überstunden, besonders der Chefbeamten, bewältigt werden. Ihnen allen wird an dieser Stelle für diesen Einsatz gedankt.

Aufgrund der neuen Beamtenverordnung wurden verschiedene Dienstverhältnisse überprüft und zum Teil neu geregelt.

Insbesondere sind folgende Mutationen erwähnenswert:

1.3 Commission d'économie générale

En 1985, les quatre séances de la Commission se sont tenues sous la présidence de M.R.Bloch, représentant de l'Union cantonale bernoise du commerce et de l'industrie.

La première séance de février a été consacrée à différents thèmes actuels qui relèvent du domaine de compétence de la Direction de l'économie publique, notamment: formation professionnelle, création d'une section ETS à l'école du bois à Bienne, initiative populaire «Halte à la hausse des primes – pour une assurance-maladie sociale» et marché de l'emploi. Une séance extraordinaire a eu lieu en avril, les débats portant sur la procédure de consultation actuellement en cours en vue du renouvellement de la concession de l'aéroport Berne-Belpmoos.

La séance de juin a eu pour unique thème la question du marché de l'emploi/demandeurs d'asile. L'assouplissement souhaité de la réglementation concernant l'interdiction de travailler a fait l'objet essentiel des débats. Le programme prévoyait ensuite une visite au Laboratoire cantonal.

A la demande du président, la séance de l'automne s'est déroulée dans le Jura bernois. Au terme de la visite de la fabrique Camille Bloch SA, les participants ont été tenus au courant de la situation économique dans le canton de Berne en général et dans le Jura bernois en particulier, ainsi que des résultats des études et travaux préparatoires en vue de l'établissement du troisième programme d'encouragement à l'économie.

2. Rapports des différents offices, sections et services de la Direction

2.1 Secrétariat de direction

2.1.1 Organisation

La modification du décret sur l'organisation de la Direction de l'économie publique a entraîné des changements en matière de personnel et d'organisation. Il a été créé un poste d'adjoint à titre définitif à l'Office du tourisme (cf. ch. 2.1.2) et deux postes de fonctionnaires scientifiques à l'Office de la formation professionnelle. L'Ecole suisse du bois à Bienne dispose pour la première fois d'une section ETS.

L'introduction de la comptabilité informatisée (KOFINA) a eu une incidence sur l'organisation de la plupart des services. Le Bureau officiel de contrôle des chronomètres à Bienne a été transféré de même que la section assurance-chômage (OCIAMT).

2.1.2 Personnel

Les circonstances extérieures qui ont marqué l'année écoulée ont entraîné pour le personnel de l'administration une surcharge de travail considérable, qui a néanmoins pu être maîtrisée. En effet, il a fallu faire appel au dévouement de tout le personnel, des cadres en particulier, qui ont consenti à faire des heures supplémentaires. Il convient ici de remercier chacun pour sa bonne volonté.

L'entrée en vigueur de la nouvelle ordonnance sur les fonctionnaires a permis de réexaminer divers rapports de service et de prévoir, dans certains cas, une nouvelle réglementation.

Il y a lieu de relever notamment les mutations suivantes:

Direktionssekretariat

Urs Graf hat im Mai die Stelle eines Assistenten mit Teilzeitbeschäftigung angetreten. Als Sekretärin des Volkswirtschaftsdirektors amtiert neu Susanne Holzer.

Wirtschaftsförderung (WF)

Dr. Kurt Altermatt wurde auf den 1. April 1985 zum wissenschaftlichen Mitarbeiter befördert.

Amt für Fremdenverkehr (AFV)

Die Stelle des Abteilungsleiters Gastwirtschaftswesen wurde vom Grossen Rat in der Novembersession definitiv bewilligt; damit konnte Fürsprecher Stefan Reichen zum Adjunkten befördert werden.

Auf den 1. Januar 1986 konnte neu die Stelle eines Fachbeamten geschaffen und mit Roland Flükiger, Betriebsökonom HWV, besetzt werden.

Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (KIGA)

Bruno Wyss, Adjunkt, ist nach 39 Jahren im Amt verstorben. Die Stelle wurde neu eingestuft und durch eine Fachbeamten besetzt.

Amt für Berufsberatung (KABB)

Dr. Chr. Cunz hat den auf Ende April zurückgetretenen wissenschaftlichen Mitarbeiter, Th. Geisshüsler, abgelöst. Die frisch geschaffene Stelle einer Berufsinformatorin französischer Sprache wurde durch Cosette Leidi besetzt.

Amt für Berufsbildung (KAB)

Nach über 20jähriger Tätigkeit als Vorsteher ist Dr. O. Nickler auf den 31. März 1985 in den Ruhestand getreten. Seine Nachfolge hat Heinz Amacher, vormals Sektionschef beim BIGA, übernommen. Am 1. August 1985 ist ferner Dr. S. Kislig aus dem Direktionssekretariat der Erziehungsdirektion ins KAB übergetreten; er übernimmt die Funktion eines Berufsschulinspektors.

Ingenieurschule Biel

Der Direktor der Schule, Dr. Hans Brandenberger, ist nach langjähriger Tätigkeit im Dienste des Staates per 31. Oktober 1985 in den Ruhestand getreten. Als Nachfolger amtiert neu Dr. Fredy Sidler, vormals Leiter der Abteilung EDV und Organisation der Stadt Biel.

Ingenieurschule Saint-Imier

Der Direktor, A. Henry, hat seinen vorzeitigen Rücktritt auf den 31. Juli 1986 bekanntgegeben. Jean-Pierre Rérat wurde auf den 1. Januar 1986 zum Vizedirektor und inzwischen als neuer Direktor per 1. August 1986 gewählt. Als neuer Chef der Abteilung Elektrotechnik amtiert seit 1. Januar 1985 Claude Brielmann.

2.1.3 *Rechtsdienst*

Der Rechtsdienst befasste sich auch 1985 mit zahlreichen gesetzgeberischen Erlassen (vgl. Ziff. 3). Bei den Beschwerden musste im Vergleich zum Vorjahr eine massive Zunahme um rund 80 Prozent verzeichnet werden. Am meisten Fälle mussten in den Bereichen Berufsbildung (35, im Vorjahr 10) und Gastgewerbewesen (20, Vorjahr 15) behandelt werden. Da sich darunter etliche umfangreiche und heikle Geschäfte be-

Secrétariat de direction

M. Urs Graf occupe depuis le mois de mai un poste d'assistant à temps partiel et M^{me} Suzanne Holzer assume désormais les travaux de secrétariat pour le directeur de l'économie publique.

Bureau du délégué au développement économique

M. Kurt Altermatt a été promu fonctionnaire scientifique, le 1^{er} avril 1985.

Office du tourisme

Le Grand Conseil a définitivement approuvé, dans sa session de novembre, la création d'un poste de chef de la section hôtellerie et restauration. M. Stefan Reichen, avocat, a par là-même été promu adjoint.

Un poste de fonctionnaire spécialisé a pu être créé pour le 1^{er} janvier 1986. Il est occupé par M. Roland Flückiger, économiste d'entreprise (dipl. ESCEA).

Office cantonal de l'industrie, des arts et métiers et du travail (OCIAMT)

M. Bruno Wyss, adjoint, qui avait exercé cette fonction durant 39 ans, est malheureusement décédé. Le poste a été réévalué dans l'échelle des traitements. Il est occupé par un fonctionnaire spécialisé.

Office d'orientation professionnelle

M. Chr. Cunz a remplacé M. Th. Geisshüsler, qui, à fin avril, a quitté son poste de fonctionnaire scientifique. Le tout nouveau poste d'informatrice-conseillère en matière de professions de langue française est occupé par M^{me} Cosette Leidi.

Office de la formation professionnelle

C'est au terme de 20 années d'activité à la tête de l'Office que M.O. Nickler a pris sa retraite le 31 mars 1985. Son successeur a été désigné en la personne de M. Heinz Amacher, jusqu'alors chef de la division de la formation professionnelle à l'OFIAMI. En outre, M.S. Kislig est entré le 1^{er} août 1985 à l'OPF, après avoir été fonctionnaire au sein du secrétariat de la Direction de l'instruction publique. Il a été engagé en qualité d'inspecteur des écoles professionnelles.

Ecole d'ingénieurs de Bienne

M. Hans Brandenberger, directeur, a pris sa retraite le 31 octobre 1985 après avoir exercé une longue activité au service de l'Etat. Il a été remplacé par M. Fredy Sidler, chef informaticien de la Ville de Bienne.

Ecole d'ingénieurs de Saint-Imier

M.A. Henry, directeur, a fait savoir qu'il prendrait une retraite anticipée le 31 juillet 1986. M. Jean-Pierre Rérat a été nommé vice-directeur à partir du 1^{er} janvier 1986 et désigné, dans cet intervalle, comme nouveau directeur à partir du 1^{er} août 1986. Le poste de chef de la division d'électrotechnique est occupé depuis le 1^{er} janvier 1985 par M. Claude Brielmann.

2.1.3 *Service juridique*

En 1985, le Service juridique a eu la tâche, comme par le passé, d'élaborer de nombreux textes législatifs (cf. ch. 3). Comparativement à l'exercice précédent, on a enregistré une nette augmentation du nombre de recours, soit de 80 pour cent environ. La plupart des cas à traiter concernaient le domaine de la formation professionnelle (35, 1984: 10) et celui de l'hôtellerie et de la restauration (20, 1984: 15). Comme il

fanden, waren gewisse Verzögerungen bei der Behandlung unvermeidlich.

Das Verwaltungsgericht hat alle fünf gegen Entscheide der Volkswirtschaftsdirektion erhobenen Beschwerden abgewiesen. Im übrigen wurde kein einziger Fall an das Bundesgericht weitergezogen.

2.1.4 Berichte zuhanden von Bundesbehörden

Die Direktion hat folgende wesentliche Stellungnahmen und Anträge des Regierungsrates zu Bundeserlassen vorbereitet:

- Eidg. Volkswirtschaftsdepartement (EVD): Eidg. Volksinitiative «Zur Herabsetzung der Arbeitszeit», Vernehmlassungsverfahren.
- EVD: Änderung der Arbeitslosenversicherungsverordnung. Stellungnahme zum Vernehmlassungsverfahren.
- Eidg. Räte: Standesinitiative betreffend Treibstoffrationierung.

2.1.5 Besondere Aufgaben

Die Gruppe für Arbeitsmarktpolitik (GAP) hat wiederum an zwei Sitzungen unter dem Vorsitz des 1. Direktionssekretärs die aktuelle Wirtschaftslage und insbesondere die Situation am Arbeitsmarkt analysiert. Obwohl sich die Lage am Arbeitsmarkt generell entschärft, mussten verschiedene Probleme behandelt werden. Begonnene Bemühungen (Koordinationsaufgaben, Einzelmaßnahmen und Vorstösse) sind weitergeführt und zum Teil intensiviert worden.

Der Regierungsrat hat die Volkswirtschaftsdirektion als Verbindungsstelle zur Arbeitsgruppe für die Kandidatur des Berner Oberlandes für die Olympischen Winterspiele 1996/2000 bezeichnet. Diese Arbeitsgruppe hat die Phase I (Abklärung der Akzeptanz) abgeschlossen und ist aufgrund der positiven Ergebnisse in die Phase II vorgerückt. Dabei geht es um die Vorbereitung der Kandidatur und Einreichung der Bewerbung beim Schweizerischen Olympischen Komitee (SOC). Im Mai 1987 entscheidet das Komitee, welche Region der Schweiz für die Durchführung der Winterspiele berücksichtigt werden soll (neben dem Berner Oberland ist vor allem Lausanne im Gespräch). Der erste Teil der Phase II ist bereits abgeschlossen, indem Ende 1985 die Verteilung der Disziplinen offiziell bekanntgeworden ist. Erwähnenswert für die gegenwärtig laufende Phase ist die Durchführung einer vom Regierungsrat angeregten Umweltverträglichkeitsprüfung.

Gegen Olympische Spiele sind verschiedene parlamentarische Vorstösse eingereicht worden (vgl. Ziff. 4.3), welche aber alle abgewiesen worden sind.

2.2 Wirtschaftsförderung

2.2.1 Organe

2.2.1.1 Beratende Kommission zur Förderung der Wirtschaft

Die Beratende Kommission zur Förderung der Wirtschaft (Vorsitz: alt Grossrat Dr. Benjamin Wirz, Bern) behandelte 1985 29 Geschäfte der einzelbetrieblichen Unternehmungsförderung sowie ein Geschäft der Landpolitik und formulierte ihre Empfehlungen an den Regierungsrat bzw. an die Förderungsgesellschaft. Im weiteren befasste sie sich mit einzelnen spe-

s'agissait dans certains cas d'affaires à la fois importantes et délicates, il a fallu parfois consacrer beaucoup de temps pour les traiter.

Le Tribunal administratif a rejeté les cinq recours déposés contre des décisions de la Direction de l'économie publique. Aucune affaire n'a été portée devant le Tribunal fédéral.

2.1.4 Rapports à l'intention des autorités fédérales

La Direction de l'économie publique a été appelée à préparer la prise de position du Conseil-exécutif à propos d'importants actes législatifs fédéraux, dont voici la liste:

- Département fédéral de l'économie publique (DFEP): initiative populaire fédérale en vue de «la réduction du temps de travail», procédure de consultation.
- DFEP: modification de l'ordonnance sur l'assurance-chômage. Prise de position dans le cadre de la procédure de consultation.
- Chambres fédérales: initiative du canton concernant le rationnement des carburants.

2.1.5 Tâches particulières

Le groupe de politique de l'emploi s'est à nouveau réuni, en deux séances, sous la présidence du premier secrétaire de Direction, pour analyser la situation économique et plus particulièrement le marché de l'emploi. Même si celui-ci a tiré bénéfice d'une décrispation générale, il comporte encore divers problèmes qu'il a fallu traiter. Le groupe a poursuivi dans la voie choisie (coordination, mesures spéciales et interventions) en insistant sur certains secteurs.

Le Conseil-exécutif a désigné la Direction de l'économie publique en tant qu'organe de liaison entre lui-même et le groupe de travail qui prépare la candidature de l'Oberland bernois aux Jeux olympiques d'hiver 1996/2000. Ayant terminé la phase I (étude d'opinion), qui a été positive, le groupe de travail a avancé les travaux de la phase II. Celle-ci consiste à préparer la candidature et à la déposer au Comité Olympique Suisse (COS). C'est en mai 1987 que celui-ci décidera quelle région de la Suisse sera choisie pour organiser les Jeux olympiques d'hiver (Lausanne est aussi en compétition). La première partie de la phase II est déjà close. Il s'agissait de répartir les différentes disciplines sportives. La répartition a été communiquée officiellement fin 1985. La phase actuellement en cours est importante puisqu'elle consiste à étudier, sur demande du Gouvernement, quel sera l'impact des Jeux sur l'environnement.

Les Jeux olympiques ont été l'objet de diverses interventions parlementaires qui s'y opposaient (cf.ch. 4.3), mais qui ont toutes été rejetées.

2.2 Développement de l'économie

2.2.1 Organes

2.2.1.1 Commission consultative pour le développement de l'économie

En 1985, la Commission consultative pour le développement de l'économie (président: M. Benjamin Wirz de Berne, ancien député) a examiné 29 demandes d'aide de la part d'entreprises et une affaire foncière; dans chaque cas, elle a donné son préavis au Conseil-exécutif ou à la Société pour le développement de l'économie. Elle s'est également prononcée sur des

ziellen Fragen im Zusammenhang mit der bernischen Wirtschaftsförderung.

2.2.1.2 Förderungsgesellschaft

Die Verwaltung der für die Finanzierungshilfe zuständigen Gesellschaft zur Förderung der bernischen Wirtschaft (Präsident: bis 10. 6. 1985: Ernst Rutschi, Bern; ab 10. 6. 1985: Walter Fuhrmann, Bern) bewilligte 1985 19 Bürgschaftsgesuche, wobei in 18 Fällen zusätzlich eine Zinsverbilligung gewährt wurde; davon sind fünf Geschäfte von der Verwaltung bewilligt, aber noch nicht rechtskräftig unterzeichnet. Daneben wurden neun weitere Begehren um Zinsverbilligung gutgeheissen sowie ein Investitionskostenbeitrag gewährt. In sieben Fällen stimmte die Verwaltung einer Neuregelung der Finanzierungsverhältnisse in früher abgeschlossenen Geschäften zu, bei welchen der Staat als Garant im Falle von Bürgschaftsverlusten beteiligt wäre. Durch die rechtskräftigen neuen Bürgschaftsverpflichtungen erwächst dem Staat ein Kapitalrisiko von 12 Millionen Franken. Insgesamt belief sich dessen Garantie auf 22 515 825 Franken, d.h. auf die Hälfte des Bürgschaftsbestandes der Förderungsgesellschaft von 45 031 650 Franken.

2.2.1.3 Koordinationsausschuss

Der verwaltungsinterne Koordinationsausschuss für die Förderung der Wirtschaft musste im Jahre 1985 nicht einberufen werden.

2.2 Anwendung des Wirtschaftsförderungsinstrumentariums

2.2.2 Unternehmensförderung

Die verschiedenen Instrumente der Wirtschaftsförderung konnten 1985 auf insgesamt 34 Unternehmungen (Vorjahr: 37) angewendet werden. Wiederum am häufigsten kamen Finanzierungshilfen in Form von Bürgschaften und/oder Zinsverbilligungen zum Einsatz. Erstmals wurde an eine Neugründung ein Investitionskostenbeitrag ausgerichtet. Die 1985 zugesicherten Zinsverbilligungen und der Investitionskostenbeitrag belaufen sich auf insgesamt rund 3,3 Millionen Franken. Auf der Grundlage des Bundesbeschlusses über Finanzierungsbeihilfen zugunsten wirtschaftlich bedrohter Regionen wurde acht Unternehmungen Unterstützung zugesichert. In weiteren fünf Fällen kommt die Zinsverbilligung Unternehmungen zugute, für die sich die gewerblichen Bürgschaftsgenossenschaften verpflichtet haben. Neben Finanzierungshilfen wurden Steuervergünstigungen, Einarbeitungszuschüsse und Industrieland-Erschliessungsbeiträge gewährt sowie Landparzellen verkauft. Die durch diese Leistungen geförderten Investitionsvorhaben betreffen ein Investitionsvolumen von insgesamt rund 124 Millionen Franken. Sie tragen zur Schaffung von rund 500 neuen und zur Sicherung von 450 Arbeitsplätzen bei. Die Zahl der 1985 in diesem Bereich geförderten Arbeitsplätze liegt somit bei 950 (Vorjahr rund 800).

Gestützt auf Artikel 4 Absatz 3 des Gesetzes über die Förderung der Wirtschaft und die Verordnung über die Verordnung für Zusatzbürgschaften gewerblicher Bürgschaftsinstitutionen, wurden im Berichtsjahr zwei Bürgschaften von insgesamt 0,2 Millionen Franken gewährt. Das Total der Bürgschaftsverpflichtungen beläuft sich per Ende 1985 auf 27 mit einem Kapitalrisiko von 2150 500 Franken. Erstmals seit der Einfüh-

questions spécifiques relatives au développement de l'économie bernoise.

2.2.1.2 Société pour le développement de l'économie

Le Conseil d'administration de la Société pour le développement de l'économie bernoise (président jusqu'au 10 juin 1985: M. Ernst Rutschi de Berne; dès le 10 juin 1985: M. Walter Fuhrmann de Berne) a donné son accord en 1985 à 19 demandes de cautionnement, dont 18 étaient assortis, en plus, d'une prise en charge des intérêts; cinq affaires, approuvées par le Conseil d'administration, ne sont pas encore conclues. En outre, neuf requêtes de prise en charge des intérêts ont été approuvées et une contribution à l'investissement octroyée. Le Conseil d'administration a également accepté une modification des conditions de financement pour sept affaires conclues antérieurement, dont le canton se porte garant en cas de perte sur cautionnement. Les nouveaux engagements de cautionnement déjà signés représentent pour le canton un risque de douze millions de francs. La garantie cantonale est de 22 515 825 francs, ce qui correspond à la moitié du montant total cautionné par la Société pour le développement, s'élevant à 45 031 650 francs.

2.2.1.3 Comité de coordination

Le Comité de coordination pour le développement de l'économie n'a pas dû être convoqué en 1985.

2.2 Application de la loi sur le développement de l'économie

2.2.2.1 Aide aux entreprises

Les différents instruments de la promotion économique ont été utilisés en faveur de 34 entreprises en 1985 (37 l'année précédente). A nouveau, les instruments les plus fréquemment utilisés ont été le cautionnement et/ou la prise en charge des intérêts. Pour la première fois, une contribution à l'investissement a été accordée à une nouvelle entreprise. Les prises en charge d'intérêt promises en 1985 et la contribution à l'investissement se montent globalement à environ 3,3 millions de francs. L'arrêté fédéral instituant une aide financière en faveur des régions dont l'économie est menacée a permis de soutenir huit entreprises. De plus, cinq prises en charge des intérêts ont profité à des entreprises pour lesquelles les coopératives de cautionnement des arts et métiers se sont engagées. Outre les aides financières, des allégements fiscaux, des allocations à la réintégration et au recyclage de la main-d'œuvre ainsi que des contributions à la viabilisation de terrains industriels ont été accordés, tandis que des parcelles étaient vendues. Les projets d'investissement soutenus par ces mesures représentent un volume d'investissements de 124 millions de francs au total et vont contribuer à la création d'environ 500 emplois ainsi qu'au maintien de 450 postes de travail. Le nombre d'emplois ainsi promus se monte en 1985 à plus de 950 (800 l'année précédente).

Sur la base de l'article 4, 3^e alinéa de la loi sur le développement de l'économie et de l'ordonnance concernant la garantie de l'Etat pour des cautionnements supplémentaires octroyés par des institutions de cautionnement des arts et métiers, deux cautionnements pour 0,2 million de francs au total ont été accordés au cours de l'année écoulée. A fin 1985, la totalité

rung dieses Instrumentes im Jahre 1979 war 1985 ein Bürgschaftsverlust von 76 500 Franken abzulösen.

2.2.2.2 Landpolitik

Mit Unterstützung des Kantons konnte 1985 in fünf Gemeinden die Baureifmachung von Industrie- und Gewerbeland realisiert werden. In Moosseedorf, Oberbipp, Zwingen und Burgdorf konnten mit den vom Regierungsrat bzw. vom Grossen Rat bewilligten finanziellen Leistungen 15,2 Hektaren kantonseigenes Industrie- und Gewerbeland erschlossen werden. In Liesberg beteiligte sich der Staat an den der Gemeinde anfallenden Kosten der Erschliessung einer kommunalen Gewerbezone. Das Engagement des Kantons in Form von Beiträgen und zinsgünstigen Darlehen belief sich im Berichtsjahr auf insgesamt 3 298 000 Franken. Den Zielsetzungen des Zweiten Programmes zur Förderung der Wirtschaft entsprechend gelang es, mit Mitteln des Fonds für Landerwerb und -erschliessung den Landkauf in Herzogenbuchsee abzuschliessen. Aus den kantonalen Landreserven wurden Parzellen in Zwingen und Thun für Ansiedlungsprojekte und in Zweisimmen für die Aussiedlung von drei Unternehmungen verkauft.

2.2.2.3 Arbeitsmarktpolitik

Das Instrument der kollektiven Umschulungsbeihilfen gemäss Artikel 9 des Wirtschaftsförderungsgesetzes kam fünfmal (Vorjahr elfmal) zum Einsatz. Um die Umschulung von Gruppen von Arbeitskräften auf neue Produktionstechniken zu erleichtern, unterstützte die Wirtschaftsförderung drei Unternehmungen in der Region Berner Jura/Biel/Seeland, eine in der Region Burgdorf und eine in der IHG-Bergregion Trachselwald. Der Kanton beteiligt sich an einem Fünftel (in vereinzelten Fällen 40%) der Lohnkosten von insgesamt rund 102 000 Franken. Dank dieser Einarbeitungszuschüsse an Unternehmungen konnten rund 40 Arbeitsplätze (Vorjahr 100) gesichert werden.

2.2.3 Berggebietsförderung

2.2.3.1 Stand der Konzeptarbeit und Konzeptverwirklichung

Im Vordergrund der Konzeptverwirklichung standen wiederum die Massnahmen gemäss den regionalen Entwicklungskonzepten. Dank der im Herbst 1984 durch die eidgenössischen Räte bewilligten Aufstockung des Investitionshilfefonds des Bundes um 300 Millionen Franken ist die Kontinuität des Vollzugs gewährleistet.

2.2.3.2 Investitionshilfe zum Ausbau der Infrastruktur

Gestützt auf die genehmigten regionalen Entwicklungskonzepte wurden 52 Gesuche um zinsgünstige Investitionshilfedarlehen für Infrastrukturvorhaben von der Eidgenössischen Zentralstelle für regionale Wirtschaftsförderung bewilligt (Vorjahr 67), 23 Gesuche sind zurzeit beim Bund noch pendent und 4 wurden zurückgezogen.

Die Zusicherungen von langfristigen zinslosen Investitionsdarlehen betreffen für 1985 die folgenden Projektkategorien und Darlehenssummen:

des engagements de cautionnement s'élève à 27, correspondant à un risque en capital de 2 150 000 francs. Pour la première fois depuis l'introduction de cet instrument en 1979, une perte sur cautionnement de 76 500 francs a dû être amortie en 1985.

2.2.2.2 Politique foncière

Grâce au soutien du canton, la viabilisation de terrains situés en zones industrielles et artisanales a pu être réalisée dans cinq communes en 1985. Les prestations financières accordées par le Conseil-exécutif et le Grand Conseil ont permis de viabiliser à Moosseedorf, Oberbipp, Zwingen et Berthoud 15,2 hectares de terrain industriel et artisanale appartenant au canton. A Liesberg, le canton a participé aux frais de viabilisation d'une zone artisanale de la commune. L'engagement du canton sous la forme de contributions et de prêts à taux d'intérêt préférentiel s'élève au total à 3 298 000 francs pour l'année 1985. Il a été possible, conformément aux objectifs fixés dans le deuxième programme d'encouragement de l'économie, d'effectuer l'achat d'un terrain à Herzogenbuchsee au moyen du fonds pour l'acquisition et l'équipement de terrains. Quelques parcelles des réserves foncières du canton ont été vendues à Zwingen et à Thoune pour des projets d'implantation et à Zweisimmen pour le déplacement de trois entreprises à l'extérieur de la localité.

2.2.2.3 Politique du marché de l'emploi

L'article 9 de la loi sur le développement de l'économie encourageant la reconversion et la réintégration de la main-d'œuvre a été appliqué à cinq reprises (11 l'année précédente). La promotion économique a soutenu trois entreprises de la région du Jura bernois/Bienne/Seeland, une de la région de Berthoud et une autre de la région de montagne Trachselwald, pour faciliter la reconversion de groupes de travailleurs à de nouvelles techniques de production. Le canton a pris en charge un cinquième des salaires (dans certains cas 40%), ce qui équivaut à un montant de 102 000 francs. Grâce à cette contribution à la réinsertion accordée aux entreprises, 40 emplois (1984: 100) ont pu être conservés.

2.2.3 Aide aux régions de montagne

2.2.3.1 Bilan de l'élaboration et de la mise en œuvre des programmes de développement

Les mesures conformes aux programmes de développement régional ont été à nouveau au premier plan de la mise en œuvre des concepts de développement. Grâce à l'augmentation de 300 millions de francs du fonds d'aide à l'investissement votée par les Chambres fédérales en automne 1984, la continuité de l'aide est assurée.

2.2.3.2 Développement de l'infrastructure

Sur la base des programmes de développement régional adoptés, 52 (67 l'année précédente) demandes de prêts à l'investissement à un taux d'intérêt favorable ont été approuvées par la Centrale fédérale pour le développement économique régional, pour le financement de projets d'infrastructure, 23 demandes sont encore pendantes auprès de la Confédération et 4 ont été retirées.

Les promesses de prêts à l'investissement, sans intérêt et de longue durée, concernaient en 1985 les types de projets et les montants indiqués ci-après:

Infrastrukturbereich	Darlehenszusicherungen		
	Anzahl Projekte	Mio. Franken Bund	Kanton
Mehrbereichsprojekte	7	1,8	0,6
Kultur	4	0,7	—
Bildung	7	4,6	—
Gesundheit	2	1,9	—
Versorgung, Entsorgung	7	1,9	—
Erholung, Sport, Freizeit	4	0,9	—
Kommunale Verwaltungsbauten	10	0,8	0,7
Verkehrsanlagen	8	1,8	1,1
Schutz vor Elementarschäden	3	0,5	—
Total 1985	52	14,9	2,4

Die 1985 neu zugesicherten Investitionshilfedarlehen betreffen ein Bauvolumen von rund 130 Millionen Franken. Vermehrt bilden anstelle der bisherigen Zwangsbedarfsprojekte wie Versorgung, Entsorgung neuerdings Anlagen zur Dekkung des Entwicklungsbedarfs (kommunale Verwaltungsbauten, Bildung, Kultur) ein Förderschwergewicht. Zur Auslösung der zugesicherten Bundesdarlehen sowie zur Sicherstellung der Gesamtfinanzierung waren in 13 (Vorjahr 16) Fällen kantonale Investitionsdarlehen gemäss dem Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Investitionshilfe in Berggebieten zuzusichern.

Die Darlehensgewährungen verteilen sich wie folgt nach Regionen:

Bergregion	Darlehenszusicherungen		
	Anzahl Projekte	Mio. Franken Bund	Kanton
Kandertal	4	2,0	0,9
Kiesental	5	4,0	0,3
Oberes Emmental	5	1,0	0,2
Oberland-Ost	4	1,2	0,1
Obersimmental-Saanenland	3	0,7	—
Schwarzwasser	4	1,7	—
Thun-Innertport	8	0,7	0,2
Trachselwald	6	2,0	0,6
Centre-Jura	5	0,4	—
Jura-Biel	8	1,2	0,1
Total 1985	52	14,9	2,4
1984	67	18,5	5,8

Mit dem Reitsportzentrum Tavannes wurde das 500. Investitionshilfeprojekt im Kanton Bern realisiert. Insgesamt sind seit Inkrafttreten der Investitionshilfegesetzgebung bis Ende 1985 vom Bund und Kanton 545 Gesuche bewilligt worden.

2.2.3.3 Flankierende Massnahmen im Rahmen der Berggebietförderung

Gemäss dem Bundesgesetz über Bürgschaftsgewährung in Berggebieten können die gewerblichen Bürgschaftsgenossenschaften für Klein- und Mittelbetriebe in verstärktem Umfang Investitions- und Betriebskredite verbürgen. Neu trat im April 1985 eine Gesetzesänderung zur Gewährung von Zinskostenbeiträgen aus Bundesmitteln in Kraft. Die Kantone sind bei der Prüfung, ob ein zu förderndes Vorhaben mit dem regionalen Entwicklungskonzept übereinstimmt, anzuhören. Im Berichtsjahr konnten von 34 dem BIGA unterbreiteten Gesuchen zugunsten von Gewerbebetrieben aus bernischen Bergregio-

Type d'infrastructure	Promesses de prêts		
	Nombre de projets	Millions de francs Confédération	Canton
Projets englobant plusieurs types d'infrastructure	7	1,8	0,6
Culture	4	0,7	—
Formation	7	4,6	—
Santé	2	1,9	—
Équipement technique	7	1,9	—
Loisirs, sports	4	0,9	—
Bâtiments administratifs communaux	10	0,8	0,7
Transports	8	1,8	1,1
Protection contre les dégâts naturels*	3	0,5	—
Total 1985	52	14,9	2,4

Les prêts à l'investissement promis en 1985 portent sur un volume de constructions représentant quelque 130 millions de francs.

Les projets destinés à couvrir des besoins de développement (bâtiments administratifs communaux, formation, culture) sont en augmentation et de nouveau plus nombreux que les projets d'infrastructure de base telles que les équipements techniques.

Dans 13 cas (16 l'année précédente), des prêts cantonaux à l'investissement ont été accordés, conformément à la loi portant introduction de la loi fédérale sur l'aide en matière d'investissements dans les régions de montagne, pour obtenir les prêts promis par la Confédération et ainsi assurer le financement global.

La répartition régionale de ces prêts est la suivante:

Région	Promesses de prêts		
	Nombre de projets	Millions de francs Confédération	Canton
Kandertal	4	2,0	0,9
Kiesental	5	4,0	0,3
Haut-Emmental	5	1,0	0,2
Oberland-Est	4	1,2	0,1
Haut-Simmental-Pays de Gessenay	3	0,7	—
Schwarzwasser	4	1,7	—
Thoune-Innertport	8	0,7	0,2
Trachselwald	6	2,0	0,6
Centre-Jura	5	0,4	—
Jura-Bienne	8	1,2	0,1
Total 1985	52	14,9	2,4
1984	67	18,9	5,8

Le centre d'équitation de Tavannes a été le 500^e projet d'investissement réalisé dans le canton de Berne. Depuis l'entrée en vigueur de la législation sur l'aide aux investissements et jusqu'à fin 1985, 545 demandes au total ont été acceptées par la Confédération et le canton.

2.2.3.3 Mesures complémentaires en faveur des régions de montagne

Conformément à loi fédérale encourageant l'octroi de cautionnements dans les régions de montagne, les coopératives de cautionnement des arts et métiers sont à même d'accorder dans une large mesure des cautionnements pour les crédits d'investissement et d'exploitation octroyés à de petites et moyennes entreprises. En avril 1985, une modification de la loi, qui rend désormais possible l'octroi de prises en charge des intérêts par la Confédération, est entrée en vigueur. Les cantons sont consultés lors de l'examen de la conformité d'un projet avec le programme de développement régional. C'est

nen 27 positiv beurteilt werden (Vorjahr 33/23); 6 wurden abgelehnt und eines ist noch hängig. Die Gesamtsumme der im Jahr 1985 von der Schweizerischen Bürgschaftsgenossenschaft für das Gewerbe (GBG) für unternehmerische Vorhaben in bernischen Bergregionen neu verbürgten Darlehen beläuft sich auf 9,4 Millionen Franken. Per Ende 1985 liegen 102 Bürgschaftsverpflichtungen im Haftungsumfang von 32,8 Millionen Franken zugunsten des bernischen Gewerbes.

In 17 Fällen gewährte der Bund Zinskostenbeiträge, wobei sich der Kanton bei drei Projekten beteiligte (vgl. Ziff. 2.2.2.1).

2.2.4 Konjunkturpolitische Massnahmen

2.2.4.1 Zusätzliche Massnahmen zur Förderung der Wirtschaft in der Region Berner Jura/Biel/Seeland

Die konjunkturpolitisch begründeten Sondermassnahmen, welche in den Jahren 1983 und 1984 zur Wiederbelebung der Wirtschaft in der Uhrenregion des Kantons gestützt auf Artikel 9a des Wirtschaftsförderungsgesetzes angewandt wurden, bildeten Gegenstand einer Untersuchung und Würdigung durch Herrn alt Grossrat Georges Morand, Mitglied der Beratenden Kommission zur Förderung der Wirtschaft, im Sinne einer Erfolgskontrolle. Der Bericht wurde interessierten Parlamentariern und Kreisen zugänglich gemacht.

Die Förderungsmassnahmen erfahren eine positive Beurteilung; die angewandten Instrumente (Bürgschaften, Zinsbeiträge, Direktdarlehen oder Beiträge) haben sich als nutzbringend für die Erneuerung und Entwicklung von Klein- und Mittelbetrieben in der Region Jura/Biel/Seeland erwiesen.

Die zusätzlichen Umschulungsbeiträge waren im Hinblick auf die Stärkung der Arbeitsmobilität besonders wirksam. Die gute Aufnahme dieser Instrumente sollten den Staat nach Auffassung des Gutachters veranlassen, seine diesbezüglichen Anstrengungen zu verstärken (vgl. Ziff. 2.2.6).

2.2.4.2 Zusätzliches Investitionsprogramm 1983/84 für die Region Berner Jura/Biel/Seeland

Das am 10. Mai 1983 verabschiedete Zusätzliche Investitionsprogramm 1983/84 für die Region Berner Jura/Biel/Seeland (ZIP), welches bei einem Investitionsvolumen von über 50 Millionen Franken zusätzliche Staatsausgaben von rund 20 Millionen Franken auf dem Nachkreditweg erforderte, konnte planmäßig bereits vor Ende 1984 zum weitaus grössten Teil ausgeführt werden. Aufgrund von technisch bedingten Verzögerungen befanden sich 1985 nur noch einige kleinere Projekte der insgesamt 80 im Beschluss vorgesehenen, überwiegend dem Infrastrukturbereich zuzurechnenden Investitionsvorhaben in Ausführung. Die Abrechnung der letzten Projekte wird per Ende 1986 abgeschlossen werden können.

2.2.5 Grundlagenarbeiten

Der Regierungsrat hatte im September 1984 die Professoren Dr. H. J. Mey und Dr. C. C. von Weizsäcker, beide Universität Bern, damit beauftragt, Studien in den Bereichen Technologieförderung (Prof. Mey) und Risiko-/Wagniskapitalbereitstellung (Prof. von Weizsäcker) unter spezieller Berücksichtigung der Struktur und Entwicklung der bernischen Volkswirtschaft zu

ainsi qu'en 1985, sur 34 requêtes de cautionnement soumises à l'OFIAMT pour des entreprises artisanales situées dans les régions de montagne bernoises, 27 ont obtenu une réponse favorable (33/23 l'année précédente); six ont été refusées et une est encore en suspens. Le montant total des nouveaux prêts cautionnés en 1985 par la Coopérative suisse de cautionnement des arts et métiers pour des projets réalisés dans les régions de montagne du canton s'élève à 9,4 millions de francs. A la fin de l'année 1985, 102 engagements de cautionnement, représentant un montant global de 32,8 millions de francs, profitait à l'artisanat bernois.

La Confédération a accordé 17 prises en charge des intérêts; dans trois de ces cas, le canton a également contribué au service de l'intérêt (cf. ch. 2.2.2.1).

2.2.4 Politique conjoncturelle

2.2.4.1 Mesures supplémentaires destinées à développer l'économie dans la région Jura bernois/Bienne/Seeland

Se fondant sur l'article 9a de la loi sur le développement de l'économie, les mesures spéciales de relance de l'économie de la région horlogère du canton, appliquées en 1983 et 1984, ont fait l'objet d'une analyse et d'une appréciation réalisées par M. Georges Morand, ancien député et membre de la Commission consultative pour le développement de l'économie bernoise. Le rapport a été mis à disposition des parlementaires et des milieux intéressés.

L'appréciation portée sur ces mesures est positive; les instruments utilisés (cautionnement, prise en charge des intérêts, prêt direct ou contribution) ont révélé le rôle primordial des petites et moyennes entreprises dans le processus de renouvellement et de développement de la région Jura bernois/Bienne/Seeland.

Les contributions complémentaires au recyclage se sont révélées être un instrument particulièrement efficace pour faciliter la mobilité professionnelle de la main-d'œuvre. L'accueil favorable réservé à ces instruments doit, de l'avis de l'expert, inciter l'Etat à accroître ses efforts de promotion (cf. ch. 2.2.6).

2.2.4.2 Programme d'investissement complémentaire 1983/84 pour la région Jura bernois/Bienne/Seeland

Le programme d'investissements complémentaires 1983/84 pour la région Jura bernois/Bienne/Seeland (PIC) adopté le 10 mai 1983, programme correspondant à un volume d'investissements de plus de 50 millions de francs et à des crédits supplémentaires de l'Etat d'environ 20 millions de francs, a pu, selon le calendrier prévu, être réalisé dans sa plus grande partie avant la fin 1984. En raison de retards techniques, seuls quelques petits projets parmi les 80 prévus, du domaine de l'infrastructure essentiellement, étaient en 1985 encore en cours de réalisation. Le décompte des derniers projets pourra être établi vers la fin de 1986.

2.2.5 Etudes

En septembre 1984, le Gouvernement avait chargé les professeurs H.J. Mey et C.C. von Weizsäcker, tous deux de l'Université de Berne, d'étudier les domaines de l'encouragement technologique (professeur Mey) et de la mise à disposition de capital-risque (professeur von Weizsäcker), en voulant une attention particulière à la structure et à l'évolution de l'écono-

erarbeiten. Der Auftrag bezweckte, wissenschaftliche Grundlagen für das dritte, dem Grossen Rat gemäss Artikel 2 des Wirtschaftsförderungsgesetzes zur Kenntnisnahme vorzulegende Programm des Regierungsrates für die Förderung der Wirtschaft zu beschaffen. Plangemäss konnten bereits im September 1985 dem Regierungsrat und der Öffentlichkeit als Ergebnis des Auftrages drei Grundlagenstudien vorgelegt werden (Prof. Mey: Motive und Massnahmen zur Technologieförderung im Kanton Bern; Prof. von Weizsäcker: Eigenkapital-, insbesondere Wagniskapitalförderung im Kanton Bern; M. Furler, Prognos AG, Basel: Struktur und Entwicklungsperspektiven der Wirtschaft im Kanton Bern). Der Regierungsrat hat von den Grundlagenstudien Kenntnis genommen und den Auftrag, unter Verdankung der von den Verfassern und der zur Begleitung der Studien eingesetzten Projektgruppe aus Chefbeamten und Vertretern der Politik geleisteten Arbeit, als abgeschlossen erklärt. Gestützt auf diese drei Studien sowie auf die bisherigen Erfahrungen der Wirtschaftsförderung ist die Erarbeitung des Dritten Wirtschaftsförderungsprogrammes eingeleitet worden.

2.2.6 *Drittes Programm des Regierungsrates zur Förderung der Wirtschaft*

Gemäss Artikel 2 des Wirtschaftsförderungsgesetzes vom 12. Dezember 1971 hat der Regierungsrat sein Programm zur Förderung der Wirtschaft in Abständen von vier bis sechs Jahren gänzlich zu überprüfen und es dem Grossen Rat zur Kenntnisnahme vorzulegen. Das Programm hat die Erkenntnisse der Wissenschaft zu berücksichtigen. Das zurzeit geltende Zweite Programm zur Förderung der Wirtschaft hatte der Regierungsrat am 4. Oktober 1978 auf Antrag der Volkswirtschaftsdirektion genehmigt. Die Vorbereitungen für die Erarbeitung des Dritten Programmes für die Periode 1986 bis 1991 sind bereits eingeleitet worden (vgl. Ziff. 2.2.5 Grundlagenstudien). Der ursprünglich vorgesehene Terminplan musste aufgrund von erst im Verlaufe des zweiten Semesters 1985 ersichtlich gewordenen Problemen im Zusammenhang mit den Rechtsgrundlagen der Wirtschaftsförderung stark erstreckt werden: Der Entwurf zum Dritten Wirtschaftsförderungsprogramm wird voraussichtlich im Sommer 1986 den Direktionen sowie den entsprechenden Gremien zum Mitbericht vorgelegt. Die Regierung dürfte dann im Herbst 1986 über das neue Programm sowie allfällige Anträge auf Gesetzes- bzw. Dekretänderungen und Entwürfe zu Grossratsbeschlüssen beschließen.

2.3 **Fremdenverkehr**

2.3.1 *Die Entwicklung des Fremdenverkehrs*

Der gesamtschweizerische Fremdenverkehr hat sich 1985 gemäss den ersten provisorischen Ergebnissen recht erfreulich entwickelt und die verhaltenen Prognosewerte leicht übertroffen: Der seit dem Rekordjahr 1981 zu beobachtende Abwärts-trende konnte 1985 gestoppt werden, lagen doch die 75 Millionen Logiernächte (in allen Beherbergungsformen) um knapp ein Prozent über dem Vorjahresergebnis. Damit wurde langfristig gesehen bei den Frequenzen das fünftbeste Resultat erzielt.

Am deutlichsten haben die Ausländer zu diesem positiven Ergebnis beigetragen: Musste 1984 noch ein Rückgang um drei Prozent registriert werden, so verbrachten im Berichtsjahr 1,5 Prozent mehr Ausländer ihre Logiernächte in der Schweiz.

mie bernoise. Le mandat avait pour objectif d'établir les bases scientifiques du 3^e programme d'encouragement de l'économie du Conseil-exécutif qui devra, conformément à l'article 2 de la loi sur le développement de l'économie, être soumis pour information au Grand Conseil. Comme prévu, les trois études scientifiques ont déjà pu être présentées en septembre 1985 au Conseil-exécutif et au public (professeur Mey: Développement de la technologie dans le canton de Berne, facteurs déterminants et mesures; professeur von Weizsäcker: Promotion de conditions propices à la constitution de fonds propres et à la mise à disposition de capital-risque dans le canton de Berne; M. Furler, Prognos SA, Bâle: Structure et perspectives de développement de l'économie dans le canton de Berne). Le Conseil-exécutif a pris connaissance de ces études et a remercié les mandataires ainsi que le groupe de travail, composé des responsables d'offices et de représentants des milieux politiques, mis en place pour suivre ces études, pour le travail accompli; il a considéré le mandat comme rempli. Se fondant sur ces trois études ainsi que sur les expériences de la promotion économique, l'élaboration du troisième programme d'encouragement de l'économie a débuté.

2.2.6 *Troisième programme d'encouragement de l'économie du Conseil-exécutif*

Selon l'article 2 de la loi sur le développement de l'économie du 12 décembre 1971, le Conseil-exécutif doit revoir entièrement son programme d'encouragement de l'économie à des intervalles de quatre à six ans et le soumettre au Grand Conseil pour information. Le programme doit tenir compte des découvertes de la science. Sur proposition de la Direction de l'économie publique, le deuxième programme d'encouragement de l'économie, actuellement en vigueur, avait été accepté en date du 4 octobre 1978 par le Conseil-exécutif. Les travaux préparatoires pour l'élaboration du troisième programme pour la période 1986 à 1991 ont déjà commencé (cf. chap. 2.2.5 Etudes). En raison de problèmes survenus au cours du deuxième semestre 1985 seulement et liés aux fondements juridiques de la promotion économique, le calendrier initial a dû être fortement prolongé. Le projet du 3^e programme d'encouragement de l'économie sera probablement soumis pour examen aux directions ainsi qu'aux organes concernés en été 1986. Le Conseil-exécutif devrait ensuite se prononcer en automne 1986 sur le nouveau programme, sur toutes les propositions de modification de loi ou de décret ainsi que sur les projets d'arrêts du Grand Conseil.

2.3 **Tourisme**

2.3.1 *L'évolution du tourisme*

D'après les premiers résultats provisoires, l'évolution du tourisme a été très satisfaisante dans l'ensemble de la Suisse, dépassant même légèrement des prévisions pourtant prudentes. En effet, la tendance à la baisse que l'on observait depuis 1981, année record, a pris fin en 1985. Certes, les 75 millions de nuitées (tous lieux d'hébergement confondus) améliorent d'un pour cent à peine le résultat de l'année précédente, mais, vu à long terme, ce chiffre représente néanmoins le cinquième meilleur résultat de fréquentation.

Ce sont les étrangers qui ont le mieux contribué à ce résultat positif: si, en 1984, leur fréquentation avait diminué de trois pour cent, ils ont été 1,5 pour cent de plus en 1985 à passer une nuit en Suisse. Ce renversement de tendance a probablement

Diese voraussichtliche Trendwende ist vermutlich auf zwei Hauptgründe zurückzuführen: Einerseits herrschte 1985 ein grösstenteils freundlicheres Konjunkturklima; andererseits war an der Wechselkursfront eine gewisse Beruhigung zu verzeichnen. Einen günstigen Einfluss dürfte ingesamt aber auch das vor allem im Sommer und Herbst gute Wetter ausgeübt haben. Umgekehrt scheint die Autobahnvignette den Einreiseverkehr kaum negativ beeinflusst zu haben, sieht man von den Frequenzrückgängen auf Campingplätzen ab, welche traditionell ein eher preisempfindliches Publikum beherbergen. Erfreulich ist in diesem Zusammenhang auch, dass der Rückgang der für unseren Fremdenverkehr wichtigen deutschen Gästen gestoppt werden konnte. Die teilweise empfindlichen Rückgänge aus dem israelischen sowie dem belgisch/niederländischen Raum konnten durch markante Zunahmen aus den USA/Kanada, dem Fernen Osten und Skandinavien wettgemacht werden.

Demgegenüber ist die Zunahme der gesamten Logiernächte von Inländern mit plus 0,2 Prozent eher bescheiden ausgefallen. Immerhin konnte der seit dem Vorjahr zu beobachtende leichte Aufwärtstrend auch 1985 fortgesetzt werden. Das Verhältnis Inländer-/Ausländerlogiernächte blieb mit 53:47 Prozent konstant.

Nach der uneinheitlichen Entwicklung von 1984 trugen im Berichtsjahr sowohl die Hotellerie (+1%) wie die Parahotellerie (+0,8%) zur Frequenzsteigerung bei. Die durchschnittliche Bettenbesetzung in der Hotellerie konnte dadurch leicht verbessert, in der Parahotellerie wegen des Angebotswachstums jedoch nur auf tiefem Niveau gehalten werden.

Obwohl für den Kanton Bern erst die provisorischen Ergebnisse der Hotel- und Kurbetriebe vorliegen, zeichnet sich für 1985 im Vergleich zur gesamten Schweiz ein noch zufriedenstellenderes Bild ab: Die Logiernächte in den Hotel- und Kurbetrieben nahmen im Berichtsjahr überdurchschnittlich um zwei Prozent zu. Im Gegensatz zu den gesamtschweizerischen Ergebnissen erhöhte sich die Zahl der Logiernächte von Schweizern (+3%) deutlich stärker als jene der Ausländer (+1%). Damit konnte die Auslandabhängigkeit zugunsten der weniger krisenempfindlichen Inlandgäste leicht abgebaut werden und liegt jetzt unter dem gesamtschweizerischen Mittel. Dank des konstanten Bettenangebotes konnte die durchschnittliche Bettenbesetzung verbessert werden, was sich auf die Ertragslage der Hotellerie positiv auswirken sollte.

Die Entwicklung innerhalb des Kantons verlief dagegen uneinheitlich: Die kantonalen Zahlen werden weitgehend geprägt durch den positiven Frequenzverlauf im Berner Oberland, wo eine Logiernächtesteigerung um 2,5 Prozent realisiert werden konnte. Auch hier trugen die Schweizer mit plus 4,0 Prozent am meisten zur Frequenzsteigerung bei (Ausländer: +1,5%). Sorgen bereiten im Berner Oberland vor allem die britischen, deutschen und israelischen Gäste mit nach wie vor deutlichen Logiernächteeinbussen; diese konnten indessen hauptsächlich durch Zunahmen aus den USA/Kanada, Frankreich und Japan wettgemacht werden. Die Bettenbesetzung darf als relativ gut bezeichnet werden, liegt sie doch an dritter Stelle aller elf touristischen Regionen der Schweiz (noch vor dem Wallis und dem Tessin).

Demgegenüber ist im Berner Mittelland eine leichte Frequenzeinbusse von -0,5 Prozent zu verzeichnen, fast ausschliesslich verursacht durch einen entsprechenden Rückgang der ausländischen Gäste. Die Bettenbesetzung blieb auf relativ tiefem Niveau (37%) praktisch konstant. Der Berner Jura wiederum darf auf ein höchst erfreuliches Jahr zurückblicken: Ihm gelang eine Steigerung der Hotellogiernächte um elf Prozent. Diese Zunahme geht ausschliesslich auf ein grösseres Interesse der Schweizer zurück. Auch wenn die absoluten Werte nach wie vor recht bescheiden sind, so scheint die kontinuierliche Aufbauarbeit der Verantwortlichen im Berner Jura doch erfreuliche Früchte zu tragen.

deux raisons principales: d'une part, en 1985 la conjoncture générale a été plus favorable à bien des égards; d'autre part, il s'est produit une nette accalmie sur le front des taux de change. Mais le beau temps qui a régné sur notre pays, notamment en été et en automne, a certainement eu une influence heureuse. En revanche, il semble que la vignette autoroutière n'ait que peu dissuadé les touristes de voyager en Suisse; seuls les campings, qui hébergent traditionnellement un public sensible aux prix, ont vu leur fréquentation baisser. A cet égard, il est également réjouissant de constater que la diminution du nombre de touristes allemands, si importants pour notre tourisme, a cessé. Le recul souvent sensible du tourisme en provenance d'Israël ainsi que de Belgique et des Pays-Bas a été compensé par une nette augmentation du tourisme en provenance des Etats-Unis et du Canada, d'Extrême-Orient et de Scandinavie.

En revanche, l'accroissement du total des nuitées de touristes suisses (+0,2%) a été plutôt timide. Mais la légère tendance à la hausse qui s'était amorcée l'année précédente s'est poursuivie en 1985. La répartition des nuitées entre touristes suisses et étrangers n'a pas changé, avec 53 contre 47 pour cent.

Alors qu'il avait évolué inégalement en 1984, le taux de fréquentation de l'hôtellerie (+1%) et des secteurs annexes (+0,8%) est remonté. L'occupation moyenne des lits dans l'hôtellerie s'est donc améliorée tandis que, dans les secteurs annexes, l'accroissement de l'offre a seulement permis de maintenir son niveau, au demeurant peu élevé.

Bien que nous ne connaissions pour le canton de Berne que les résultats provisoires des établissements hôteliers et thermaux, l'image qui se dessine pour 1985 est encore plus satisfaisante que pour l'ensemble de la Suisse: le nombre de nuitées dans les établissements hôteliers et thermaux a augmenté en moyenne de deux pour cent en 1985. Contrairement à l'ensemble de la Suisse, le nombre des nuitées de touristes suisses a connu une augmentation nettement plus forte (+3%) que celui des nuitées de touristes étrangers (+1%). Ainsi, notre dépendance à l'égard de l'étranger a légèrement diminué grâce aux touristes suisses, moins sensibles à la crise, et se situe désormais en-dessous de la moyenne nationale. L'offre de lits étant restée constante, l'occupation moyenne des lits a augmenté, entraînant à la hausse les recettes de l'hôtellerie. Néanmoins, le développement du tourisme reste inégal à l'intérieur du canton: les chiffres cantonaux reflètent largement un accroissement de la fréquentation de l'Oberland bernois, où le nombre des nuitées a augmenté de 2,5 pour cent. Là aussi, les Suisses ont apporté la plus forte contribution, avec une hausse de quatre pour cent (étrangers: +1,5%). L'Oberland bernois éprouve quelques inquiétudes à propos des touristes britanniques, allemands et israélénis notamment, dont le nombre de nuitées reste nettement à la baisse; l'accroissement du tourisme en provenance surtout des Etats-Unis et du Canada, de France et du Japon a cependant compensé cette baisse. L'occupation des lits peut sembler assez bonne bien qu'elle ne nous classe qu'au troisième rang par rapport aux onze régions touristiques de la Suisse (avant le Valais et le Tessin toutefois). Le Mittelland, en revanche, a subi une légère baisse de fréquentation (-0,5%), presque entièrement imputable au recul de même ampleur observé dans le tourisme étranger. Le niveau d'occupation des lits, presque constant, est resté assez bas (37%). Le Jura bernois peut se montrer extrêmement satisfait de son année: il a réussi à accroître le nombre des nuitées de onze pour cent. Cette hausse découle d'un plus grand intérêt des Suisses pour cette région. Même si les résultats restent aussi modestes qu'auparavant en termes absolus, le travail de construction qu'entreprendent sans relâche les responsables du Jura bernois semble porter ses fruits.

Bien que certains facteurs d'insécurité subsistent, comme l'important chômage à l'étranger et les fluctuations incessantes

Obwohl gewisse Unsicherheitsfaktoren wie hohe Arbeitslosigkeit im Ausland und erneute Wechselkursschwankungen bleiben, so lauten die Aussichten für 1986 doch mehrheitlich verhalten positiv. Neben der Anfälligkeit des amerikanischen Marktes wird vor allem die Entwicklung bei den Ferien- und Zweitwohnungen vermehrter Aufmerksamkeit bedürfen: Zusätzlich zum bestehenden Angebotsüberhang zeichnet sich nämlich bei den Gästen ein Trend von der Parahotellerie zur Hotellerie ab. Projekte für grössere Ferien- und Zweitwohnungsüberbauungen sind aus raumplanerischen, tourismuswirtschaftlichen und ökologischen Gründen mehr denn je problematisch und deshalb mit grösster Zurückhaltung zu prüfen. Gleichzeitig ist der qualitativen Verbesserung des Hotelbetten- und Kurortsangebotes grösstmögliche Beachtung zu schenken.

2.3.2 Kommissionen

Die Fachkommission für Fremdenverkehrsfragen, in welcher mit Frau Sibylla Asper, Kurdirektorin von Hasliberg, erstmals eine Frau Einsitz nahm, hat sich zu fünf arbeitsintensiven Sitzungen zusammengefunden. Unter dem Präsidium von Prof. Jost Krippendorf konnte neben der Beurteilung von Beitragsbegehren an touristische Kurortseinrichtungen intensiv die eingeleitete Revision des Fremdenverkehrsförderungsgesetzes behandelt werden. So wurden insbesondere an einer zweitägigen Sitzung im Ferien- und Kulturzentrum Appenberg die bisherige Förderungspolitik kritisch gewürdigt und Grundsätze für die künftige Förderung festgelegt. Gleichzeitig liess sich die Kommission über dieses für das Emmental einzigartige und bedeutungsvolle Tourismusangebot orientieren. Nach dem gegenwärtigen Stand der Vorbereitungsarbeiten sollte das revidierte Fremdenverkehrsförderungsgesetz im Sommer 1986 in die Vernehmlassung gehen.

Unter dem Vorsitz ihres Präsidenten Daniel Frei aus Interlaken trat die Gastgewerbekommission zu vier Sitzungen zusammen. Sie behandelte im gewohnten Rahmen Beitragsgesuche an die Verbesserung des Beherbergungs- und Saalangebotes, an Massnahmen zur Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs, an die berufliche Aus- und Weiterbildung sowie an Werbemaßnahmen zugunsten des Gastgewerbes und des bernischen Fremdenverkehrs. Durch den Kantonschemiker liess sie sich eingehend über Auftrag und Aufgaben des kantonalen Laboratoriums orientieren. Ferner wurde sie durch Herrn Dr. Hanspeter Weisshaupt, Direktor der Schweizerischen Gesellschaft für Hotelkredit (SGH), über die Tätigkeit der SGH und deren Gesuchsbehandlung informiert.

Die Prüfungskommission für die gastgewerblichen Fähigkeitsausweise organisierte und überwachte die Wirteprüfungen (vgl. Ziff. 2.3.7.3) nach bewährter Art.

Am 13. März 1985 wurde die Bergführer- und Skilehrerkommission wie folgt ergänzt: Für den zurückgetretenen Sekretär, Dr. Georg Wyss, wurde neu Fürsprecher Christian Wyss gewählt; für den verstorbenen Alfred Stäger, Bergführer und Skilehrer, Mürren, kam neu Hanspeter Gertsch, Skilehrer, Wengen, in die Kommission.

Im Berichtsjahr trat die Kommission sechsmal zusammen. Das Hauptgeschäft bildete die Revision der Skilehrerverordnung. Hierzu führte die Kommission ein Hearing mit den Skischulleitern und Präsidenten der Skilehrervereine durch. Zusammen mit der Volkswirtschaftsdirektion konnte ein Antrag an den Regierungsrat ausgearbeitet werden, welcher voraussichtlich im Frühjahr 1986 verabschiedet werden dürfte.

des taux de change, les perspectives pour 1986 semblent raisonnablement bonnes. De plus, il faudra observer d'une part la réceptivité du marché américain et d'autre part l'évolution des logements de vacances et des résidences secondaires. En effet, l'excédent actuel de l'offre est accentué par la tendance des touristes à se détourner des secteurs annexes de l'hôtellerie au profit de l'hôtellerie même. Plus que jamais, les projets de construction de logements de vacances et de résidences secondaires en grand nombre posent des problèmes, que ce soit pour des raisons d'aménagement du territoire, d'économie touristique ou d'écologie. Il convient donc de conserver à ce sujet une grande réserve. Il faut également s'attacher à améliorer la qualité de l'offre de lits et des stations existantes.

2.3.2 Commissions

La Commission d'experts en matière de tourisme, qui accueillait pour la première fois une femme en son sein en la personne de M^{me} Sibylla Asper, directrice de station à Hasliberg, s'est réunie à cinq reprises. Elle a effectué un travail considérable sous la présidence du professeur Jost Krippendorf puisqu'elle a non seulement examiné des demandes de subventions pour l'équipement de stations touristiques mais s'est aussi longuement penchée sur la révision de la loi sur l'encouragement du tourisme. C'est ainsi que la Commission, réunie pour une session de deux jours à Appenberg, centre de vacances et de culture, a porté un regard critique sur la politique d'encouragement appliquée jusqu'à ce jour et énoncé des principes à suivre à l'avenir dans ce domaine. Pendant la même session, la Commission s'est également intéressée à l'offre touristique en Emmental, aussi originale qu'importante. D'après l'avancement des travaux préparatifs, la loi révisée sur l'encouragement du tourisme devrait partir en consultation en été 1986. Sous la présidence de M. Daniel Frei, d'Interlaken, la Commission de l'hôtellerie et de la restauration a tenu quatre réunions. Elle a examiné selon le mode habituel des demandes de subvention pour l'amélioration de l'offre en matière d'hébergement et de salles, la mise en œuvre de mesures contre la consommation abusive d'alcool, la formation et le perfectionnement professionnels ainsi que le lancement d'opérations publicitaires au profit de l'hôtellerie et de la restauration et en faveur du tourisme bernois. Le chimiste cantonal a présenté en détail le mandat et les devoirs du Laboratoire cantonal. De plus, le Dr Hanspeter Weisshaupt, directeur de la Société suisse de crédit hôtelier (SCH), a parlé de l'activité de cette société et du traitement de ses dossiers.

La Commission d'examen pour les certificats de capacité de l'hôtellerie et de la restauration a organisé et surveillé les examens de cafetiers, restaurateurs et hôteliers (cf. ch. 2.3.7.3) selon les modalités d'usage.

Le 13 mars 1985, la Commission des guides de montagne et de maîtres de ski a accueilli de nouveaux membres: Christian Wyss, avocat, a été élu en remplacement du secrétaire sortant, M. Georg Wyss; Hanspeter Gertsch, maître de ski à Wengen, a fait son entrée dans la Commission en remplacement du regretté Alfred Stäger, guide de montagne et maître de ski à Mürren.

La Commission s'est réunie à six reprises en 1985. Elle s'est principalement penchée sur la révision de l'ordonnance concernant l'enseignement du ski. A cet effet, elle a entendu les directeurs des écoles de ski et les présidents des associations des maîtres de ski. Avec la Direction de l'économie publique, elle a élaboré à l'intention du Conseil-exécutif une proposition qu'il devrait adopter au printemps 1986.

2.3.3 Förderung des Fremdenverkehrsangebotes

2.3.3.1 Beiträge an Anlagen im Sinne des Fremdenverkehrsförderungsgesetzes

Von den zur Behandlung gelangten 40 Begehren um Beiträge aus Mitteln der Beherbergungsabgabe mussten vier für zusätzliche Abklärungen zurückgestellt und eines abgelehnt werden. Die bewilligten Beiträge von 3,6 Millionen Franken lösen voraussichtlich Investitionen in der Höhe von rund 11,5 Millionen Franken aus. Beitragsteilungen von über 50000 Franken sind nachstehend tabellarisch festgehalten.

Art der Anlage	Gemeinde	Beitrag
Emmentaler Schaukäserei	Affoltern i.E.	1 750 000 ¹
Schwimmbad (Ausbau)	Kandersteg	650 000 ²
Skigelände «Lussi» Mürren (Sicherung)	Lauterbrunnen	200 000
Schwimmbad (Sanierung und Ausbau)	Laufen	130 000
Strandbad (Weiterausbau)	La Neuveville	100 000
Hallenbad (Sanierung 1. Etappe)	Beatenberg	90 000
Schifffländte (Neugestaltung)	Isebtwald	75 000
Bergweg «Niederhorn–Gemmenalphorn»	Beatenberg/Sigriswil	70 000
Skipisten Abländschens (Verbesserung)	Boltigen	60 000
Touristische Signalisationen auf Autobahnen und Hauptstrassen	Kanton, touristische Regionalverbände	150 000

¹ Durch den Grossen Rat in der a.o. Dezember-Session 1985 genehmigt.

² Durch den Grossen Rat in der September-Session 1985 genehmigt.

Besonders zu erwähnen sind:

- Affoltern i.E.: Das touristische Angebot des Emmentals stützt sich zur Hauptsache auf die Landschaft, während die Infrastruktur weitgehend aus Wanderwegen, Sehenswürdigkeiten und einigen wenigen Sportanlagen besteht. Mit der vorgesehenen Schaukäserei kann somit im spezifischen Angebotsbereich eine wesentliche Lücke geschlossen werden. Sie ist geeignet, dem Emmentaler Tourismus neue Impulse zu vermitteln.
- Touristische Signalisation: Während in verschiedenen Kantonen die Arbeiten an der praktischen Umsetzung der in Versuchen erprobten touristischen Autobahn- und Hauptstrassensignalisation noch laufen, hat der Kanton Bern bereits im Juli 1985 mit den «Willkommenstafeln» auf Autobahnen und Hauptstrassen die erste Etappe abgeschlossen. Mit diesem Willkommensgruss sollen ortsunkundige in- und ausländische Gäste vermehrt auf die touristischen Regionen aufmerksam gemacht und auf möglichst direktem Weg in das ausgewählte Feriengebiet geleitet werden. In einer zweiten Etappe folgen 1986 noch die Ankündigungstafeln und später die Folgewegweisung. Die ganze Aktion läuft im Rahmen eines gesamtschweizerischen Konzeptes und konnte nur dank intensiver Zusammenarbeit zwischen den touristischen Regionalverbänden sowie mehreren kantonalen Amtsstellen und der Produktionsfirma in derart kurzer Zeit realisiert werden. Zahlreiche Reaktionen anderer Regionen zeigen, dass der Kanton Bern um diese «Pionierarbeit» benedient wird.
- Verschiedene neuere Beitragsgesuche zeigen, dass nach einer längeren Phase der effektiven Neubauten grösserer Projekte nun langsam umfangreichere Sanierungs- und Verbesserungsmassnahmen bestehender Anlagen folgen. Da Betrieb und ordentlicher Unterhalt auch in Zukunft von Beitragsteilungen ausgeschlossen sein sollen, hat die Fachkommission für Fremdenverkehr bereits die neue Beitragspolitik umrissen, wie sie auch im revidierten Fremdenverkehrsförderungsgesetz Eingang finden soll.

2.3.3 Développement de l'infrastructure touristique

2.3.3.1 Subventions à des installations selon la loi sur l'encouragement du tourisme

Sur les 40 demandes de subventions cantonales à prélever sur le produit de la taxe d'hébergement qui ont été examinées en 1985, quatre ont dû être mises en suspens pour complément d'information et une a dû être rejetée. Les subventions accordées, d'un montant de 3,6 millions de francs, permettront de réaliser des investissements pour environ 11,5 millions de francs. Les subventions d'un montant supérieur ou égal à 50000 francs figurent dans le tableau ci-dessous:

Type d'installation	Commune	Subvention
Fromagerie de démonstration en Emmental	Affoltern i.E.	1 750 000 ¹
Piscine (agrandissement)	Kandersteg	650 000 ²
Zone skiable «Lussi» Mürren (maintien)	Lauterbrunnen	200 000
Piscine (assainissement et agrandissement)	Laufon	130 000
Plage (nouvel agrandissement)	La Neuveville	100 000
Piscine couverte (assainissement, 1 ^{re} étape)	Beatenberg	90 000
Pontons d'amarrage (aménagement)	Isebtwald	75 000
Chemin montagnard «Niederhorn–Gemmenalphorn»	Beatenberg/Sigriswil	70 000
Pistes de ski Abländschens (amélioration)	Boltigen	60 000
Signalisation touristique sur autoroutes et routes principales	Canton, associations touristiques régionales	150 000

¹ Approuvée par le Grand Conseil lors de la session extraordinaire de décembre 1985.

² Approuvée par le Grand Conseil lors de la session de septembre 1985.

A noter:

- Affoltern i.E.: l'attrait touristique de l'Emmental réside avant tout dans son paysage et son infrastructure se résume à des chemins pédestres, des curiosités et quelques installations sportives. La fromagerie de démonstration en projet permettra donc de combler une lacune importante dans l'offre touristique de cette région. Elle va certainement donner une nouvelle impulsion au tourisme en Emmental.
- Signalisation touristique: tandis que se poursuit dans divers cantons la mise en place de la signalisation touristique testée sur les autoroutes et les routes principales, le canton de Berne en a achevé la première étape en juillet 1985 en plaçant des «panneaux de bienvenue» sur les autoroutes et les routes principales. Ces panneaux devraient permettre aux visiteurs suisses et étrangers qui connaissent mal le canton de remarquer les régions touristiques et de choisir le chemin le plus court pour atteindre leur lieu de villégiature. La deuxième étape consistera en 1986 à placer des panneaux annonçant des régions touristiques puis à jaloner des itinéraires. Cette opération se déroule dans le cadre de toute la Suisse et si elle a été menée aussi rapidement, c'est grâce à une étroite collaboration entre les associations touristiques régionales, plusieurs offices cantonaux et les sociétés de fabrication. Les nombreuses réactions d'autres régions montrent que l'on envie le canton de Berne pour ce travail de pionnier.
- Diverses nouvelles demandes de subvention indiquent qu'après une longue période de constructions les grands projets céderont peu à peu la place à des travaux d'assainissement et d'amélioration des installations existantes. Or, comme leur exploitation et leur entretien normal ne pourront plus être subventionnés à l'avenir, la Commission d'experts en matière de tourisme a déjà esquissé la nouvelle politique d'aide financière, que reprendra notamment la loi révisée sur l'encouragement du tourisme.

2.3.3.2 Beiträge an Hotel- und Saalbauten im Sinne des Gastgewerbegegesetzes

Von den der Gastgewerbekommission vorgelegten Begehren konnten in 21 Fällen in Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Gesellschaft für Hotelkredit (SGH) und in vier Fällen ohne Mithilfe der SGH Zinsverbilligungen während einer Startphase von drei Jahren in der Höhe von insgesamt 1,2 Millionen Franken zugesichert werden (Investitionskosten rund 81 Mio. Fr.). An drei Saalbaugeschäften sind Kostenbeiträge von total 362 000 Franken gewährt worden (Investitionsvolumen 6,8 Mio. Fr.), während ein Geschäft abgewiesen werden musste.

Eine finanzielle Hilfe von 110 000 Franken erhielt auch der Wirteverband des Kantons Bern für die Einrichtung neuer Schulungsräume in seinem Weiter- und Fortbildungszentrum in Bern. Ferner beteiligte sich der Kanton Bern am Stiftungskapital der neu gegründeten Stiftung «Schweizerisches Gastronomiemuseum Thun» und stellte ihr zusätzlich einen einmaligen Starthilfebeitrag zur Verfügung (gesamthaft 75 000 Fr.). Die Zahlen zeigen deutlich, dass mit relativ bescheidenen Beiträgen namhafte Investitionen ausgelöst werden können, die von hohem volkswirtschaftlichem Interesse sind. Die Hotelförderung hat zudem bewirkt, dass der Komfort in den Hotelzimmern sprunghaft verbessert werden konnte und der Kanton Bern heute bezüglich Sanitätkomfort gesamtschweizerisch einen Spitzenrang einnimmt. Die Bedeutung der staatlichen Unterstützung zeigt sich eindrücklich auch in folgender Tat- sache: In den letzten Jahren flossen alljährlich 25 bis 42 Prozent aller von der SGH bewilligten Bürgschaften und Darlehen in den Kanton Bern.

2.3.3.2 Subventions à la construction d'hôtels et de salles selon la loi sur l'hôtellerie et la restauration

La Commission de l'hôtellerie et de la restauration a octroyé des subventions pour un montant total de 1,2 million de francs (coût des investissements: environ 81 millions de fr.); elles consistent en une réduction du service de l'intérêt pendant une période initiale de trois ans, consentie dans 21 cas en collaboration avec la Société de crédit hôtelier et dans quatre cas par la seule Commission. Il a été octroyé une aide financière totale de 362 000 francs à la construction de trois salles (volume d'investissement: 6,8 millions de fr.). Une demande a dû cependant être rejetée. La Fédération des cafetiers du canton de Berne a également reçu une subvention de 110 000 francs pour la construction de nouvelles salles de cours dans son centre de formation et de perfectionnement professionnels situé à Berne. Enfin, le canton de Berne a contribué au capital de la nouvelle fondation du «Musée suisse de la gastronomie à Thoune» et lui a octroyé en outre une subvention unique de lancement (total 75 000 fr.).

Ces chiffres montrent que des subventions assez modestes suffisent à lancer d'importants investissements d'un haut intérêt économique. Le développement hôtelier a en outre permis d'améliorer notamment le confort des chambres d'hôtel et le canton de Berne figure désormais en bonne place pour le confort sanitaire par rapport à l'ensemble de la Suisse. De plus, la Société suisse de crédit hôtelier a consenti ces dernières années au canton de Berne 25 à 42 pour cent selon les années de toutes ses garanties et de tous ses prêts: voilà qui démontre sans conteste l'importance des subventions cantonales.

2.3.4 Förderung der Fremdenverkehrs nachfrage

Gegenüber dem Vorjahr beschränkten sich die Aktivitäten des Amtes für Fremdenverkehr (AFV) zur Hauptsache auf Massnahmen «gegen innen». Das Schwergewicht lag auf einer weiteren Durchsetzung der Richtlinien des Marketing-Handbuches, insbesondere auf der Sensibilisierung der regionalen Verkehrsverbände, in diesem Bereich vermehrt aktiv zu werden. Das AFV versteht sich nach wie vor als Koordinations- und Beratungsstelle für gesamtkantonale bis lokale Vorhaben, welche in enger Zusammenarbeit mit den massgebenden Tourismusorganisationen durchgeführt werden müssen.

In dieser Hinsicht waren mehrere bemerkenswerte Präsentationen zu verzeichnen. Allen voran standen die bezirksweisen Informationsveranstaltungen des Verkehrsverbandes Emmental, bei welchen sich das Amt den damit angesprochenen Fremdenverkehrs- und Gemeindevertretern vorstellen konnte. Bei diesen Gelegenheiten war es möglich, die staatliche «Fremdenverkehrsphilosophie» und die verschiedenen Förderungsmöglichkeiten eingehend darzulegen und in direkten Gesprächen zu vertiefen. In allen Fällen waren sehr positive Impulse zu vermerken.

Zur Unterstützung der Nachfrageförderung richtet der Staat seit jeher Beiträge an die Tätigkeit der Verkehrsverbände aus (Werbung). Im Rahmen der Revision des Fremdenverkehrsförderungsgesetzes (vgl. Ziff. 2.3.2) hat die Fachkommission für Fremdenverkehrsfragen im Berichtsjahr unter der Leitung des AFV einen Ausschuss zur Überprüfung dieser Beiträge eingesetzt. Die Bearbeitung dieses komplexen Problemkreises konnte noch nicht abgeschlossen werden.

Die im Marketing-Handbuch auf staatlicher Ebene vorgesehene nachfragefördernden Massnahmen wurden weiterverfolgt. Es handelt sich jedoch um längerfristige Projekte, deren

2.3.4 Développement de la demande touristique

L'Office cantonal du tourisme (OCT) a restreint ses activités par rapport à l'année précédente pour se consacrer avant tout aux mesures «intérieures». Il s'est employé à poursuivre la mise en œuvre des directives énoncées dans le Manuel de marketing, notamment en ce qui concerne la sensibilisation des associations touristiques régionales, et a redoublé d'activité dans ce domaine. L'OCT a offert comme auparavant ses services de coordination et de conseil aux projets touchant l'ensemble du canton comme aux projets locaux. Ceux-ci doivent être réalisés en collaboration plus étroite avec les organismes touristiques importants.

A cet égard, il faut mentionner plusieurs exposés intéressants. C'est l'Association touristique de l'Emmental qui a ouvert la voie en tenant des séances d'information dans les districts; elle s'est ainsi présentée aux représentants communaux et aux responsables du tourisme, qui ont assisté aux séances. Celles-ci ont permis d'exposer en détail la «philosophie» du canton en matière de tourisme et les possibilités de développement ainsi que d'engager un dialogue direct sur ces sujets. Dans tous les cas, l'impact en a été très positif.

Afin d'encourager le développement de la demande, les autorités cantonales subventionnent depuis toujours les activités des associations touristiques (publicité). Dans le cadre de la révision de la loi sur l'encouragement du tourisme (cf. ch. 2.3.2), la Commission d'experts en matière de tourisme a constitué en 1985, sous l'égide de l'OCT, un comité appelé à examiner ces subventions. Mais cet ensemble de problèmes complexes n'a pas encore été résolu.

La mise en œuvre des mesures de développement de la demande énoncées dans le Manuel de marketing s'est poursuivie. Cependant, les projets en cours ont des échéances plus

Realisierung zum überwiegenden Teil von der Gesetzesrevision abhängig sein wird. Einzig der 1984 in deutscher und französischer Sprache herausgegebene «Bern-Prospekt» über den ganzen Kanton soll hier noch speziell erwähnt werden: Er stiess in der Praxis auf derart positives Echo, dass nun auch eine englische Version vorbereitet wird, welche ab Frühjahr 1986 verfügbar sein dürfte.

2.3.5 Beratung und Begutachtung

Nach der markanten Steigerung im Vorjahr hat sich die Beratungs- und Begutachtungstätigkeit des Amtes für Fremdenverkehr im Berichtsjahr erneut verstärkt: Allein für Förderungsgeschäfte und allgemeine Fremdenverkehrsfragen fanden rund 150 Einzelbesprechungen statt. Die damit verbundenen wichtigen Kontakte zur Praxis haben sich alseits bewährt. Von der zeitlichen Belastung her ist nun aber eine Grenze erreicht, die mit dem bestehenden Personalbestand kaum überschritten werden kann.

Einen grossen Arbeitsaufwand verursachte dabei insbesondere die geplante Reorganisation des Verkehrsverbandes Thunersee und des Verkehrsvereins Thun: Auf Anfrage aus der Praxis stellte das Amt für Fremdenverkehr seine guten Dienste zur Verfügung und übernahm die Leitung einer 15köpfigen Arbeitsgruppe. Diese hatte zur Aufgabe, neue Grundlagen bezüglich Organisation, Tätigkeit und Finanzen der beiden Verbände/Vereine zu erarbeiten. Die definitiven Ergebnisse dürfen im Frühjahr 1986 vorliegen. Ebenfalls unter Mitarbeit des Amtes für Fremdenverkehr studierten die Vorstände des Verkehrsverbandes Seeland-Bielersee und des Verkehrsvereins Biel ähnliche Probleme. Hier konnten im Berichtsjahr bereits erste Verbesserungen realisiert werden.

Daneben hat das Amt für Fremdenverkehr – wie teilweise im Vorjahr – unter anderem an folgenden wichtigen konzeptionellen Vorarbeiten mitgewirkt:

- Armeemuseum Bern: Standortfrage und Nutzungsauflagen
- Beatshöhlen Sundlauenen: Gesamtsanierung
- Emmentaler Schaukäserei Affoltern i. E.: Trägerschaft, Konzept, Finanzierung
- Lötschberg-Zentrum Spiez: Finanzierung, Patentrecht
- Schweizerisches Gastronomiemuseum Thun: Organisation, Finanzierung
- Touristische Teilplanung Oberer Hasliberg: Gesamtkonzept
- Touristische Signalisationen an Autobahnen und Hauptstrassen: Gestaltung, Standorte, Finanzierung
- Truppenunterkunft «Truft» Gadmen: Gesamtkonzept
- Videofilm Kanton Bern: Koordination mit touristischen Regionalverbänden, Konzept.

Die Mitberichte zu touristischen, raumplanerischen und gesetzgeberischen Vorhaben haben 1985 leicht zugenommen. Relativ grossen Aufwand verursachten dabei der Richtplan 84 sowie die See- und Flussferrichtpläne.

Das Amt für Fremdenverkehr ist wie bis anhin in den Vorständen der Verkehrsverbände Berner Oberland (VBO), Berner Mittelland (VBM) und Berner Jura (OTJB) sowie neu im Stiftungsrat des Schweizerischen Gastronomiemuseums Thun vertreten.

éloignées et leur réalisation dépendra en grande partie de la révision de la loi. Rappelons le prospectus d'information sur l'ensemble du canton, publié en 1984 en allemand et en français («Le canton de Berne»): il a reçu un tel accueil qu'une version anglaise est en cours de préparation et devrait être disponible dès le début de 1986.

2.3.5 Activités d'expert-conseil

Les activités de consultation et d'expertise de l'Office cantonal du tourisme ont poursuivi en 1985 la courbe ascendante qu'elles avaient entamée l'année précédente. En effet, la promotion et les affaires touristiques générales ont donné lieu à elles seules à environ 150 consultations différentes. Les contacts pratiques ainsi engagés ont été maintenus par toutes les parties. Néanmoins, l'emploi du temps de l'OCT est désormais surchargé et il ne pourra guère développer ses activités de consultation et d'expertise avec ses effectifs actuels.

Le projet de réorganisation de l'Association touristique du lac de Thoune et du syndicat d'initiative de Thoune a donné un travail considérable: pour résoudre les problèmes pratiques, l'Office cantonal du tourisme a proposé ses services et dirigé un groupe de travail de 15 personnes. Il incombaît à ce groupe d'élaborer de nouveaux principes relatifs à l'organisation, l'activité et le financement de l'Association et de l'Office. Il présentera certainement ses conclusions définitives au début de 1986. Toujours en collaboration avec l'Office cantonal du tourisme, les comités directeurs de l'Association touristique du Seeland et du lac de Bienne ainsi que du syndicat d'initiative de Bienne se sont également penchés sur des problèmes d'organisation. Ils ont pu apporter les premières améliorations dès 1985.

De plus, l'Office cantonal du tourisme a participé notamment aux travaux préparatoires suivants, comme c'était déjà le cas en partie l'année précédente:

- Musée de l'armée, Berne: choix de l'emplacement et affectation
- Grottes de Saint-Béat, Sundlauenen: assainissement complet
- Fromagerie de démonstration en Emmental, Affoltern i.E.: responsabilité, conception, financement
- Centre-Lötschberg, Spiez: financement, patente
- Musée suisse de la gastronomie, Thoune: organisation, financement
- Aménagement touristique partiel, Haut-Hasliberg: conception
- Signalisation touristique sur les autoroutes et les routes principales: conception, emplacements, financement
- Hébergement des troupes (Truft), Gadmen: conception globale
- Film vidéo sur le canton de Berne: coordination avec les associations touristiques régionales, conception.

Le nombre de corapports relatifs à des projets de tourisme, d'aménagement du territoire ou de législation a légèrement augmenté en 1985. Le plan directeur 1984 et les plans directeurs relatifs aux rives des lacs et des rivières ont entraîné de fortes dépenses.

L'Office cantonal du tourisme était représenté comme par le passé au sein des comités directeurs des Association touristiques de l'Oberland bernois et du Mittelland bernois ainsi que de l'Office du tourisme du Jura bernois (OTJB); depuis cette année, il est également représenté au sein du conseil de la Fondation du Musée suisse de la gastronomie de Thoune.

2.3.6 Beherbergungsabgabe und Kurtaxen

Mit 1958 300 Franken erfuhr der Ertrag aus der Beherbergungsabgabe gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung um rund zwei Prozent. Dieses Resultat deckt sich mit dem erfreulichen Ergebnis aus der Hotellerie im gesamten Kanton, welches ebenfalls eine Steigerung von zwei Prozent erfuhr.

Spürbar intensiviert hat sich die Beratungstätigkeit in bezug auf die Gemeindekurtaxen. Die Gründe liegen einerseits bei den neuen Bestimmungen über die Gästekontrolle (die Anpassung hat gemäss der Gastgewerbegegesetzgebung bis Ende 1986 zu erfolgen), andererseits beim Bedürfnis der Kur- und Verkehrsvereine, die Taxe möglichst lückenlos beziehen zu können.

2.3.7 Gastgewerbe

2.3.7.1 Allgemeines

Im Berichtsjahr war eine unverändert hohe Zahl der zu behandelnden Geschäfte zu verzeichnen (rund 1200 Einzelfälle). Wegen der parallel laufenden Anpassung verschiedener Gastgewerbearten an das neue Recht (z.B. Kantinen, Klubwirtschaften, Campingplätze) konnte die unbefriedigend hohe Anzahl pendenter Geschäfte kaum abgebaut werden.

Die Umstellung auf elektronische Datenverarbeitung wurde plangemäss weitergeführt. Die Arbeiten konnten im Verlaufe des Jahres 1985 abgeschlossen werden. Die ersten Erfahrungen können als durchaus positiv bezeichnet werden. Problematisch sind allerdings die relativ häufigen Schwierigkeiten des Rechenzentrums, was zu teilweise unangenehmen Verzögerungen führte.

2.3.7.2 Gastgewerbepatente

Im Berichtsjahr wurden die Patente der Amtsbezirke Courteulary, Neuenstadt, Moutier und Laufen erneuert.

Das Amt für Fremdenverkehr hat im abgelaufenen Jahr Gesuche um Neuerteilung von Alkoholpatenten und um Umwandlung von alkoholfreien Betrieben wie gewohnt streng geprüft. Erneut wurden die ablehnenden Entscheide jedoch häufig weiterversogen.

Wie bereits im letzten Verwaltungsbericht erwähnt, ergeben sich aufgrund des neuen Gesetzes bei der Erfassung und Einteilung der Betriebe so viele Veränderungen, dass die bisherigen Statistiken nicht mehr fortgeschrieben werden können. Die Umstellungen in den verschiedenen Amtsbezirken erfolgen jeweils im Rahmen der Patenterneuerung. Entgegen der im letzten Jahresbericht geäusserten Ansicht wird eine bereinigte Bestandesaufnahme frühestens 1988 möglich sein. Aufgrund der ersten Erfahrungen mit der Datenverarbeitung können für 1986 wiederum gewisse Statistiken erstellt werden, die wegen gewisser Unklarheiten vorderhand jedoch nur für den internen Gebrauch bestimmt sind.

2.3.7.3 Wirtekurse und Fähigkeitsausweise

Kurse zum Erwerb des Fähigkeitsausweises I (für die Leitung sämtlicher Arten von Gastgewerbebetrieben) wurden im üblichen Rahmen (10 Kurse inkl. Saint-Imier) durchgeführt. Insgesamt konnten 207 (Vorjahr 213) Fähigkeitsausweise erteilt werden. 90 (75) Personen haben die Prüfung nicht bestanden.

2.3.6 Taxe d'hébergement et taxe de séjour

La taxe d'hébergement a rapporté 1958 300 francs, ce qui représente une hausse de deux pour cent environ par rapport à l'année précédente. Ce chiffre provient des bons résultats de l'hôtellerie dans l'ensemble du canton, eux-même en augmentation de deux pour cent.

L'Office cantonal du tourisme a sensiblement augmenté ses consultations en matière de taxes de séjour communales. En effet, les nouvelles dispositions sur le contrôle des clients devront être mises en œuvre d'ici 1986 (conformément à la législation sur l'hôtellerie et la restauration); en outre, il était nécessaire que les syndicats d'initiative puissent percevoir cette taxe aussi complètement que possible.

2.3.7 Hôtellerie et restauration

2.3.7.1 Généralités

En 1985, le nombre des dossiers à traiter est resté aussi élevé que l'année précédente (environ 1200 cas particuliers). Or, différentes catégories d'établissements (par ex. cantines, débits de clubs, campings) visés par la nouvelle loi entreprennent en même temps de s'y adapter et il a été presque impossible de réduire le nombre regrettable de dossiers pendants.

L'introduction de l'informatique s'est déroulée selon les prévisions. Les travaux se sont achevés courant 1985. Les premières expériences ont été jugées globalement positives. Toutefois, les fréquents problèmes du centre de calcul subsistent et provoquent des retards parfois gênants.

2.3.7.2 Patentes

En 1985, les patentes des districts de Courtelary, La Neuveville, Moutier et Laufon ont été renouvelées.

L'Office cantonal du tourisme a exercé au cours de l'année comme à l'habitude un contrôle strict sur les demandes de nouvelles patentees avec alcool et de changements en patentees avec alcool. Toutefois, il a souvent été fait recours contre ses décisions négatives.

Comme mention en avait été faite dans le rapport de gestion de l'année précédente, la nouvelle loi occasionne tellement de modifications dans le recensement et la répartition des établissements que les statistiques n'ont pas progressé. Les modifications dans les différents districts sont opérées à chaque renouvellement de patente. Contrairement à l'avis énoncé l'année précédente, il ne sera possible de procéder à un comptage apuré qu'en 1988 au plus tôt. Etant donné les premiers résultats de l'informatisation, il est possible d'établir de nouvelles statistiques pour 1986, mais du fait de certaines incertitudes elles restent destinées à l'usage interne.

2.3.7.3 Cours d'aubergistes et certificats de capacité

Les cours pour l'obtention du certificat de capacité I (autorisant la gestion de toutes les catégories d'établissements) ont été organisés selon le mode habituel (10 cours, y compris celui de Saint-Imier). Au total, 207 (213) certificats de capacité ont été délivrés; 90 (75) personnes ont échoué. Il y a eu autant de

Unverändert blieb die Zahl der Personen, welche sich zur Anerkennung ihres ausserkantonalen Fähigkeitsausweises bzw. Diplomes gemeldet haben.

Der Kantonalbernische Verband alkoholfreier Gaststätten organisierte einen Kurs zur Erlangung des Fähigkeitsausweises II (für die Leitung alkoholfreier Betriebe). 21 (27) bestandenen Examens stehen 11 (21) Misserfolge gegenüber. Die Anlaufschwierigkeiten mit dem neuen Kurskonzept konnten weitgehend behoben werden.

Für den Fähigkeitsausweis III (zur Leitung von Kleinbetrieben) fanden sechs Kurse statt. 127 (127) Fähigkeitsausweise wurden erteilt, 58 (38) Personen haben die Prüfung nicht bestanden.

2.3.7.4 Handel mit alkoholischen Getränken

Wegen der neuen gesetzlichen Umschreibungen der Patentarten ist es auch in diesem Bereich nicht möglich, die bisherigen Statistiken fortzuschreiben. Wie im Vorjahr ist zu beobachten, dass kleine, unrentable Verkaufsstellen nach und nach aufgegeben werden. Der Wegfall wird zum Teil kompensiert durch Fachgeschäfte wie Metzgereien, die ihr Sortiment um Wein und Bier erweitern.

Es mussten wiederum mehrere Gesuche um Spirituosenpatente abgewiesen werden.

2.3.8 Bergführer und Skilehrer

Im Berichtsjahr führte der Kanton Bern den Bergführer-Patentkurs durch. 52 Teilnehmer konnten zur Patentierung empfohlen werden, 15 davon aus dem Kanton Bern.

Ferner konnten im Berichtsjahr 28 Skilehrerinnen und Skilehrer patentiert werden. 27 Ski- bzw. Skiwanderschulen erhielten die Bewilligung für die Saison 1985/86.

2.3.9 Grundstückserwerb durch Personen im Ausland

Das Amt für Fremdenverkehr hat auf den 1. Januar 1985 diesen Sachbereich vom Direktionssekretariat übernommen. Gleichzeitig ist das neue Bundesgesetz in Kraft getreten. Die Umstellung konnte ohne grössere Schwierigkeiten vorgenommen werden. Begünstigt hat diesen reibungslosen Übergang sicher auch das unter der Leitung des Amtes für Fremdenverkehr anfangs Jahr mit allen Regierungsstatthaltern durchgeföhrte ganztägige Seminar. Den Teilnehmern wurde nicht nur die neue Materie durch teilweise ausserkantonale Referenten vermittelt; gleichzeitig erhielten sie auch Gelegenheit, die Gesetzgebung an mehreren Fallbeispielen zu üben. Das Echo war entsprechend positiv.

Durch die Neuordnung ergeben sich jedoch in der Statistik gewisse Umstellungen. Im Berichtsjahr wurden 81 (73) Einzelfälle behandelt. Insgesamt wurde 13 (12) Personen der Erwerb als Hauptwohnsitz und 15 (39) Personen der Erwerb als Ferienwohnung neu bewilligt. In 14 (22) Fällen wurde der Erwerb einer Betriebsstätte gestattet. 7 Ausländer verkauften ihre Liegenschaft wiederum einem Ausländer, 10 (9) Mal wurde ein Grundstück an einen Schweizer zurückveräußert.

Von den neu 160 zur Verfügung stehenden Kontingenten wurden lediglich 9 (27) ausgenützt. Das bereits im letzten Jahresbericht erwähnte grössere Vorhaben konnte noch nicht definitiv behandelt werden.

Bei zwei (2) Geschäften hatte sich das Amt für Fremdenverkehr mit allfälligen Umgehungen der gesetzlichen Bestimmungen zu beschäftigen.

demandedes de reconnaissance de certificats ou de diplômes de capacité obtenus hors du canton.

L'Association cantonale bernoise des restaurants sans alcool a organisé un cours pour l'obtention du certificat de capacité II (pour la gestion d'établissements sans alcool). Il y a eu 21 (27) réussites contre 11 (21) échecs. Les difficultés qu'avait eu ce cours de conception nouvelle à démarrer ont été éliminées en grande partie.

Six cours ont eu lieu pour l'obtention du certificat de capacité III (pour la gestion de petits établissements). Il a été octroyé 127 (127) certificats de capacité et 58 (38) personnes ont échoué.

2.3.7.4 Vente de boissons alcooliques

La nouvelle classification des types de patentes a rendu inutilisables dans ce domaine également les statistiques existantes. Comme l'année précédente, il est à constater que les points de vente de moindre importance et non rentables disparaissent progressivement. Cette chute est compensée en partie par les commerces spécialisés, les boucheries par exemple, qui proposent en plus de leurs produits habituels du vin et de la bière.

Plusieurs demandes de patentes de spiritueux ont à nouveau dû être rejetées.

2.3.8 Guides de montagne et maîtres de ski

En 1985, le canton de Berne a organisé un cours pour l'obtention de la patente de guide de montagne. 52 participants, dont 15 du canton de Berne, ont reçu la patente.

Vingt-huit personnes ont en outre obtenu la patente de maître de ski en 1985. Enfin, 27 écoles de ski ou de ski de randonnée ont reçu l'autorisation pour la saison d'hiver 1985/86.

2.3.9 Aquisition d'immeubles par des personnes à l'étranger

L'Office cantonal du tourisme est responsable de ces questions à la place du Secrétariat de la Direction depuis le 1^{er} janvier 1985. De plus, la nouvelle loi fédérale est entrée en vigueur et les modifications qui en découlent ont été réalisées sans difficultés majeures. Cette transition a certainement été facilitée par le séminaire d'une journée qui a réuni en début d'année tous les préfets sous l'égide de l'Office cantonal du tourisme. En effet, d'une part la nouvelle matière leur a été présentée par des orateurs dont certains ne venaient pas du canton; d'autre part, ils ont pu appliquer la législation à plusieurs exemples pratiques. Ce séminaire a été jugé positif.

La nouvelle loi provoque néanmoins des modifications statistiques. En 1985, 81 (73) cas particuliers ont été traités. Au total, 13 (12) personnes ont reçu l'autorisation d'acquérir un domicile principal et 15 (39) personnes un logement de vacances. Quatorze (22) acquisitions d'établissements stables ont été autorisées. Sept étrangers ont revendu leur immeuble à des étrangers alors qu'ils ont été 10 (9) à les revendre à des Suisses.

Sur les 160 nouvelles unités disponibles, seules 9 (27) ont été utilisées. Le grand projet évoqué dans le rapport de gestion 1984 n'a pas encore trouvé de solution définitive.

L'Office cantonal du tourisme a traité deux (2) cas d'infraction aux dispositions légales.

2.4 Wohnungswesen
2.4.1 Wohnungsmarktage

Bis zu Beginn der siebziger Jahre herrschte eine chronische Wohnungsnot. Seither hat sich die Situation auf dem Wohnungsmarkt stetig entspannt. Der Hypothekarzinssatz ist seit dem Frühling 1983 stabil geblieben, womit auch eine ruhige Mietzinsentwicklung einherging. Vor allem hat die Wohnungsproduktion den bei annähernd gleichbleibender Bevölkerungszahl immer noch stark steigenden Wohnraumbedarf zu decken vermocht. In den achtziger Jahren ist die Zahl der Wohnungen kontinuierlich angestiegen und seit 1982 wächst auch der Leerwohnungsbestand langsam wieder an. Wäre der Wohnraumbedarf pro Person noch gleich niedrig wie 1960, so würden heute nicht weniger als rund 20 Prozent der Wohnungen leer stehen.

Die Entwicklung des Wohnungsmarktes in den letzten Jahren und die heutige Situation sind gesamthaft als gut zu bezeichnen und entbehren auffälliger Alarmzeichen. Der Ausstattungsgrad des Wohnungsbestandes ist äusserst hoch. Rund 90 Prozent aller Wohnungen werden über Zentral-, Etagen- oder Fernheizungen mit Wärme versorgt. 95 von 100 Wohnungen verfügen über eine eigene Bade- oder Duschgelegenheit und mehr als 98 Prozent über eine eigene Warmwasserversorgung.

Für die Wohnungspolitik sind Durchschnittswerte allerdings wenig aussagekräftig. Eine differenzierte Betrachtung zeigt denn auch, dass in gewissen Teilbereichen nach wie vor Probleme bestehen und in der Wohnungsvorsorge für bestimmte Bevölkerungsgruppen staatliche Hilfen nach wie vor nötig sind. Die bisherigen Aufgaben bleiben somit weiterhin gestellt und der Staat wird nach wie vor Härtefällen und dem sozialen Wohnungsbau seine Aufmerksamkeit schenken müssen. Mit dem Fächer bestehender Massnahmen im Bereich der Förderung preisgünstiger Mietwohnungen für Familien, der Verbesserung ungenügender Wohnverhältnisse vorab in Berggebieten, der Aktivierung kommunaler Bodenpolitik durch die Wohnbaulandsicherung in den Gemeinden und der Erhaltung preisgünstiger Altwohnungen werden die hauptsächlichsten Problemfelder abgedeckt.

Von aktuellem Interesse sind die mutmasslichen Auswirkungen der obligatorischen beruflichen Vorsorge – der sogenannten Zweiten Säule – auf den Wohnungsmarkt. Deren Anlagevorschriften zwingen schwergewichtig, nebst in anderen Immobilien, vor allem auch in den Wohnungssektor zu investieren. Dies könnte dazu führen, dass Wohnungen auch unabhängig vom tatsächlichen Bedarf erstellt werden, um so die flüssigen Mittel der Zweiten Säule anzulegen. Der konstante Anlagedruck und die damit verknüpfte hohe Investitionsneigung lassen tendenziell eine Dämpfung der Wohnungsmieten erwarten, sofern nicht eine Kompensation durch Preisanstiege auf dem Boden- und Liegenschaftsmarkt eintritt. Sollte die Anlagepolitik der Zweiten Säule tatsächlich zu einer gewissen Überproduktion von Wohnungen führen, so wären Konsequenzen in den Anlagevorschriften nicht auszuschliessen.

Die Wohnungsproduktion ist trotz konjunktureller Unsicherheiten in der Baubranche weiterhin auf hohem Niveau geblieben. Der Trend weist eindeutig in Richtung höherer Leerwohnungszahlen. Die Zeiten ausgeprägten Wohnungsmangels, beispielsweise das Jahr 1963 mit weniger als 20 Leerwohnungen in der Stadt Bern, verblassen als böse Erinnerung. Per 1. Juni 1985 zählte Bern 221 Leerwohnungen, was einem Anteil von 0,31 Prozent des Wohnungsbestandes entspricht. Das Leerwohnungsangebot hat sich in Bern gegenüber dem Vorjahr um 14 Prozent verbessert. In den übrigen Gemeinden der Region Bern belief sich der Leerwohnungsbestand auf 1,07 Prozent. Während im Landesteil Mittelland eine Erhöhung der Leerwohnungsziffer von 0,62 Prozent im Vorjahr auf 0,72 Prozent im

2.4 Logement
2.4.1 Marché du logement

La pénurie de logements qui sévissait de façon chronique jusqu'au début des années septante n'a cessé de diminuer depuis lors. Depuis le printemps 1983, le taux d'intérêt hypothécaire est resté stable, d'où aussi une certaine stabilité des loyers. Mais le plus important est que la production de logements a pu couvrir les besoins toujours fortement croissants de logements pour une population qui n'a guère augmenté. Au cours des années quatre-vingts, le nombre de logements n'a cessé d'augmenter, alors que depuis 1982, le nombre des logements vacants diminue progressivement. Si le besoin en espace habitable par personne était resté aussi bas qu'en 1960, il n'y aurait aujourd'hui pas moins de 20 pour cent de logements vides. L'évolution des dernières années sur le marché du logement et la situation actuelle peuvent non seulement être qualifiées de bonnes mais ne comportent aucun facteur d'inquiétude. Le taux d'équipement des logements n'a jamais été élevé: près de 90 pour cent sont équipés de chauffage (central, par étage ou à distance), 95 pour cent ont un bain ou une douche particuliers, et plus de 98 pour cent ont leur propre alimentation d'eau chaude.

Cependant les données moyennes sont peu concluantes en politique de logement. En effet, une analyse différenciée permet de voir que les problèmes sont restés les mêmes dans certains domaines et que l'aide de l'Etat est toujours nécessaire pour les réserves de logements en faveur de certaines couches de la population. Par conséquent, les tâches sont inchangées et l'Etat devra continuer d'attacher la même importance aux cas de rigueur et à la construction de logements sociaux. Les problèmes principaux sont couverts par tout l'éventail de mesures existantes concernant l'encouragement aux logements familiaux à loyers raisonnables, l'amélioration des conditions de logements insuffisantes, en particulier dans les régions de montagne, une politique agraire plus active dans les communes par la réservation de terrains à bâtir ainsi que le maintien de logements anciens à des prix raisonnables.

Les effets probables sur le marché du logement de la prévoyance professionnelle obligatoire, le deuxième pilier, sont des plus actuels. Les prescriptions obligent instamment à investir dans le secteur du logement avant d'autres secteurs immobiliers. Il pourrait en résulter que des logements soient construits sans tenir compte des besoins réels à seule fin d'absorber les liquidités de la prévoyance professionnelle. L'investissement, qui fait l'objet d'une pression constante et se développe en une forte tendance, peut laisser présager une baisse des loyers s'il n'est pas compensé par une hausse des prix sur le marché de l'immobilier. Si la politique d'investissement du deuxième pilier débouchait effectivement sur une surproduction de logements, ce ne serait pas sans conséquence sur les prescriptions en matière d'investissement.

Bien que la situation soit incertaine dans la construction, la production de logements est restée à un niveau élevé. Le nombre des logements vacants a même une nette tendance à augmenter, faisant oublier les temps d'âpre pénurie, comme en 1963 où il y avait moins de 20 logements vides à Berne. Ainsi, au 1^{er} juin 1985, Berne comptait 221 logements vides, soit 0,31 pour cent de l'ensemble de l'habitat. L'offre a augmenté de 14 pour cent à Berne vers le printemps. Dans les autres communes de la région bernoise, la proportion de logements vacants était de 1,07 pour cent. Dans le Mittelland, cette proportion a augmenté pour passer de 0,62 pour cent en 1984 à 0,72 en 1985. En revanche, elle a un peu baissé dans le Jura bernois et le Laufonnais, mais reste toujours assez élevée (1,5%). L'offre de logements vides a également baissé dans l'Oberland, en unités comme en pourcentage (0,47%). En résumé, le canton comptait au 1^{er} juin 1985 2926 logements

Berichtsjahr zu verzeichnen war, nahmen die leeren Wohnungen im Landesteil Berner Jura/Laufen ganz gering ab, wobei die Leerwohnungsziffer mit 1,5 Prozent aber immer noch hoch ist. Ebenfalls abgenommen hat das Leerwohnungsangebot, sowohl in Wohnungseinheiten als auch in Prozenten ausgedrückt, im Landesteil Oberland. Die Leerwohnungsziffer beträgt dort 0,47 Prozent. Im Kanton standen per 1. Juni 1985 insgesamt 2926 Wohnungen leer, was 220 oder 8,1 Prozent mehr ist als im Vorjahr. Gemessen als prozentualer Anteil am approximativen Wohnungsbestand ergibt dies eine Leerwohnungsziffer von 0,72 Prozent gegenüber 0,68 Prozent vor Jahresfrist.

Der Wachstumsrückgang der Bauinvestitionen im Jahre 1984 war der Beginn einer Verflachung, die ins Jahr 1985 hineinlief. Die Zahl der Wohnbauvorhaben nahm 1985 um nominal 3,2 Prozent nur noch leicht zu. Die sich nun abzeichnende Entwicklung beim Wohnungsbau kann als Stabilisierung auf hohem Niveau charakterisiert werden. Seitens der Baugesuche und der erteilten Baubewilligungen gehen für die Zukunft dämpfende Impulse aus. Da der Hypothekarzins stabil geblieben ist, liegen die Ursachen hierzu offenbar auf der Nachfrageseite. Der nicht unerhebliche Leerwohnungsbestand und die damit verbundene schlechtere Vermietbarkeit der Wohnungen dämpfen die Baulust. Schwer abschätzbar bleibt die Realisierungsquote, jener Anteil geplanter Bauten, der tatsächlich zur Ausführung gelangt. Die selben Effekte, die zu einer Abnahme der Baugesuche führten, können gleichfalls die Realisation früher geplanter Vorhaben beeinflussen.

Gegenüber der letzten Erhebung haben sich die Wohnbaukosten leicht erhöht. Vor Jahresfrist lagen sie um 0,8 Prozent tiefer als 1985. Obwohl damit eine während mehr als einem Jahr andauernde Phase der Stabilität zu Ende zu gehen scheint, kann kaum von einer Trendwende gesprochen werden. Diese Kostensteigerung geht weniger auf höhere Preise im Bauhauptgewerbe zurück als vielmehr auf Mehrforderungen bei den Honoraren, den Installationen und dem Innenausbau. Der derzeitige Preisstand liegt immer noch unter dem Niveau von 1982 und zudem blieb die Entwicklung des Baukostenindexes deutlich hinter der im gleichen Zeitraum erfolgten landesweiten Teuerung der Konsumentenpreise.

2.4.2 Förderungsmassnahmen

2.4.2.1 Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten (Dekret II)

Aufgrund des Bundesgesetzes vom 20. März 1970 und des kantonalen Dekrets II vom 10. November 1980 konnten auch im Berichtsjahr wiederum zahlreiche Bauvorhaben, die der Verbesserung baulich oder räumlich ungenügender Wohnverhältnisse der im Berggebiet lebenden Bevölkerung dienen, subventioniert werden. Dank dieser sozial- und regionalpolitisch ausgerichteten Hilfe können Heimwesen im Berggebiet erhalten und in zahlreichen Fällen die Abwanderung der ins Erwerbsleben eintretenden jungen Generation verhindert werden. Mit verhältnismässig bescheidenen Aufwendungen von Bund, Kanton und Gemeinden kann damit Bevölkerungskreisen geholfen werden, die auf eine Hilfe besonders angewiesen sind, nämlich vorzugsweise kinderreichen Familien in bescheidenen finanziellen Verhältnissen.

Der Gesuchseingang hat gegenüber dem Vorjahr leicht abgenommen. Trotzdem ist die Zahl der Subventionszusicherungen, wie schon in den letzten Jahren, konstant geblieben. Die dem Kanton Bern zuguteilte Quote des Bundeskredites konnte voll ausgeschöpft werden.

Von den 621 vom Bund gesamtschweizerisch berücksichtigten Sanierungsgeschäften entfielen deren 142 oder 22,9 Prozent auf den Kanton Bern. Von 180 (Vorjahr 232) angemeldeten

vides, c.-à-d. 220 unités ou 8,1 pour cent de plus qu'en 1984. La part de logements vides représente donc 0,72 pour cent contre 0,68 pour cent en 1984.

Le ralentissement des investissements dans la construction a amorcé en 1984 une phase de stagnation, qui a continué en 1985. Au cours de cet exercice, le nombre des projets de construction de logements n'a que légèrement augmenté, de 3,2 pour cent en valeur nominale, et la construction de logements a tendance à se stabiliser à un niveau élevé. Les demandes de permis de construire et les permis accordés devraient tendre à diminuer, fait explicable non pas par le taux d'intérêt hypothécaire, qui est resté stable, mais par une demande moins forte. En effet, si les logements vides sont en nombre assez important, les logements se louent mal, donc l'envie de construire est freinée. Il est par ailleurs difficile d'estimer la part que représentent les plans de construction qui sont effectivement réalisés. Les mêmes facteurs qui faisaient baisser le nombre de demandes de permis de construire peuvent aussi influer sur la réalisation de projets prévus antérieurement. Les coûts de construction ont quant à eux légèrement augmenté par rapport à la dernière enquête, de 0,8 pour cent plus précisément. Même si cette hausse marque la fin d'une stabilité longue de plus d'un an, elle n'est pas encore un changement de tendance. Par ailleurs, cette hausse des coûts n'est pas due principalement à des prix plus élevés dans les principales branches artisanales mais davantage à des suppléments d'honoraires, de coûts d'installations et d'aménagement intérieur. Le niveau des prix de cette année est encore inférieur à celui de 1982 et, de plus, la hausse des prix à la construction reste nettement derrière celle des prix à la consommation pendant la même période.

2.4.2 Aide au logement

2.4.2.1 Amélioration de l'habitat dans les régions de montagne (Décret II)

Au cours de l'exercice, nombre de projets d'amélioration des conditions de logement insuffisantes en faveur de la population des régions de montagne ont bénéficié des subventions accordées en vertu de la loi fédérale du 20 mars 1970 et du décret cantonal II du 10 novembre 1980. Cette aide relevant tant de la politique régionale que sociale permet de maintenir l'habitat de montagne et empêche dans bien des cas l'exode des jeunes qui entrent dans la vie active. La Confédération, le canton et les communes peuvent ainsi aider, avec des moyens relativement peu importants, une population qui est particulièrement dépendante des ces subsides et plus spécialement les familles nombreuses aux moyens modestes.

Le nombre des demandes de subvention a légèrement baissé par rapport à l'exercice précédent, mais les promesses de subsides sont restées en nombre constant comme auparavant. La part du crédit fédéral attribuée au canton a été entièrement utilisée.

Sur 621 projets d'assainissement subventionnés en Suisse, 142, soit 22,9 pour cent, reviennent au canton de Berne. Sur 180 (232 en 1984) demandes déposées, 168 (200) ont été soumises à un examen plus approfondi. En outre, les projets donnant droit à subventions portant sur une somme de 17,43

Beitragsgesuchen konnten 168 (200) zur Weiterbehandlung entgegengenommen werden. Bei einer subventionsberechtigten Bausumme von 17,43 Millionen Franken (16,17) wurde ein Gesamtbauvolumen von 22,24 Millionen Franken (21,3) ausgelöst, das zahlreichen kleinen Unternehmen der Baubranche im Berggebiet willkommene Aufträge brachte. Dabei wurden an 142 Geschäfte (150) Subventionen des Bundes, des Kantons und der Gemeinden der Bauorte von insgesamt 3,89 Millionen Franken (3,77) zugesichert. Der auf den Kanton entfallende Beitragsanteil belief sich auf 1,13 Millionen Franken (1,12) und ermöglichte die Verbesserung von 172 Wohnungen (179) im Berggebiet. Anträge auf Genehmigung von Bau- und Subventionsabrechnungen wurden 127 (161) ausgearbeitet, was einer ausbezahlten Beitragssumme von 3,05 Millionen Franken (4,16) entspricht.

2.4.2.2 Wohnbaulandsicherung (Dekret III)

Seit Inkrafttreten des Dekrets über die Wohnbaulandsicherung auf den 1. Januar 1981 hat der Kanton Zinsvorschüsse und Zinsbeiträge für den Erwerb von 351721 m² Wohnbauland (rund 290 000 m² bis Ende 1984) in 41 Gemeinden zugesichert. Die Gesamtheit der verzinsten Darlehen, die von den Gemeinden aufgenommen wurden, beläuft sich auf 16,62 Millionen Franken. Auf dem mit Staatshilfe erworbenen Bauland können je nach der baulichen Nutzungshöhe zwischen 485 und 1200 Wohnungen erstellt werden. Im Mittel hatten die Gemeinden für einen Quadratmeter meist unerschlossenen Baulandes rund 48 Franken zu bezahlen. Das grösste Erwerbsgeschäft umfasste 32 000 und das kleinste 1000 Quadratmeter. Beitragsgesuche für den Erwerb bestehender Liegenschaften wurden nur ganz vereinzelt gestellt und sind in der Minderzahl.

2.4.2.3 Förderung preisgünstiger Wohnbauten (Dekret IV)

Der Verflachungstrend in der Wohnungsproduktion folgend, war das Interesse für staatliche Beihilfe im Berichtsjahr kleiner als 1984. Sowohl bei den Vorabklärungen als auch bei den definitiven Gesuchen wurden geringere Zahlen registriert. 33 Wohnbauprojekte (Vorjahr 41) mit total 260 Wohnungen wurden zur Vorabklärung auf ihre Eignung zur Förderung gemäss Dekret IV eingereicht.

Definitive Gesuche und Zusicherungen:

1985	Gesucheingänge <i>Demandes reçues</i>				Zusicherungen <i>Promesses de subventions</i>				1985	
	Geschäfte Affaires	Wohnungen Logements	Baukosten- volumen Volume des coûts de construction	Mio. Fr.	Bürgschaften <i>Cautions</i>		Lastenzuschüsse <i>Contributions aux charges</i>			
					Anzahl Nombre	Verbürgte Summe in Somme cautionnée en Mio. Fr.	Geschäfte Affaires	Wohnungen Logements	Total 12 Jahre Total 12 ans	
Total	16	168	29,6	11	3,5		20	173	4,8	Total
davon Erneuerungen	2	26	4,9	1	0,1		2	26	0,4	Part des rénovations
Total Vorjahr	28	293	51,8	14	7,6		21	228	7,0	Total de l'année précédente

Der bereitgestellte Gesamtkredit von 80 Millionen Franken wird durch die zugesicherten Lastenzuschüsse sowie die Rückstellungen im Ausmass von 10 Prozent der Bürgschaftssumme mit rund 5,2 Millionen Franken (Vorjahr 7,8) belastet.

millions de francs (16,17) ont produit un volume de construction équivalant à 22,24 millions de francs (21,3) qui, de son côté, a amené des commandes bienvenues dans les nombreuses petites entreprises du bâtiment des régions de montagne. Par ailleurs, un total de 3,89 millions de francs (3,77) de subventions de la Confédération, du canton et des communes de situation a été garanti à 142 (150) projets. La part à la charge du canton s'est élevée à 1,13 million (1,12) de francs et a permis d'améliorer 172 (179) logements dans les régions de montagne. Enfin, 127 (161) demandes d'approbation de décomptes portant sur des constructions et des subventions ont été examinées et représentent un total de subventions versées de 3,05 (4,16) millions de francs.

2.4.2.2 Réservation de terrains à bâtir (Décret III)

Depuis l'entrée en vigueur le 1^{er} janvier 1981 du décret sur la réservation de terrains à bâtir, le canton a accordé des avances et contributions aux charges d'intérêts dans 41 communes, leur permettant ainsi d'acquérir 351721 m² de terrains à bâtir (environ 290 000 m² fin 1984). Les prêts à intérêts pris par les communes représentent un total de 16,62 millions de francs. Selon le degré de constructibilité des terrains achetés, ce sont entre 485 et 1200 logements qui pourront être construits. Les communes ont en moyenne payé 48 francs le m² de terrain à bâtir, le plus souvent non viabilisé. Le plus grand terrain acquis mesure environ 32 000 m² et le plus petit 1000 m². Les demandes de subventions afin d'acquérir des immeubles déjà existants n'ont été que rarement déposées et représentent une minorité.

2.4.2.3 Aide à la construction de logements à des prix raisonnables (Décret IV)

La production de logements ayant tendance à stagner, les subsides cantonaux ont été moins sollicités qu'au cours de l'exercice précédent. Ainsi, les dossiers mis à l'étude tout comme les demandes définitives ont été moins nombreux. 33 projets de construction (41), soit un total de 260 logements, ont été déposés et sont examinés pour déterminer s'ils répondent aux normes du décret IV.

Demandes définitives et promesses de subventions

Les contributions aux charges de l'Etat et les mises en réserve, qui représentent 10 pour cent de la somme cautionnée, grèvent le crédit global ouvert (80 millions de francs) de 5,2 millions de francs environ (7,8).

Volkswirtschaft	Economie publique	91
2.4.2.4 Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetz des Bundes vom 4.Oktober 1974 (WEG)	2.4.2.4 Loi fédérale du 4 octobre 1974 encourageant la construction et l'accession à la propriété de logements	
<p>Nachdem bereits 1984 die verfügbare Tranche des Bundeskredites für die Wohnbau- und Eigentumsförderung bei weitem nicht ausreichte, war den im Jahre 1985 eingereichten Gesuchen um Bundeshilfe wenig Erfolg beschieden. Die als Ausnahme vorgesehene Vorbelastung von Kredittranchen späterer Jahre scheint zur Norm zu werden. Ende 1985 war das für 1986 vorgesehene Kontingent bereits bis auf einen unbedeutenden Rest vergeben. Angesichts dieser Sachlage hat das Bundesamt für Wohnungswesen seit Mitte 1985 alle neu eingereichten Gesuche zurückgesandt und die Gesuchsteller auf einer Warteliste vorgemerkt. Schon heute lässt sich absehen, dass diese unerfreuliche Situation, infolge der grossen Zahl unerledigter Rückstände beim Bund, in nächster Zukunft kaum eine Verbesserung erfahren dürfte.</p> <p>Vom 1. Januar 1975 bis Ende 1985, also während der ganzen bisherigen Laufzeit dieser Bundesaktion, gingen aus dem Kanton Bern 1113 Gesuche betreffend 4230 Wohnungseinheiten ein. Davon entfallen auf das Berichtsjahr 28 Begehren um Bundeshilfe an 291 Mietwohnungen und 25 Eigentumsobjekte. Die grosse Mehrheit der Kantonsregierungen und des Ständates sprach sich im Rahmen der Diskussion über die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen für einen Rückzug des Bundes aus der Wohnbauförderung aus. Nachdem diese Aufgabe, infolge eines Meinungsumschwunges im Nationalrat, weiterhin beim Bund verbleibt, mehren sich die Anzeichen, dass der Bund gar nicht in der Lage ist, den Vollzug seines Gesetzes über die Wohnbau- und Eigentumsförderung aus eigenen Kräften zu gewährleisten. Mit einer Verordnungsänderung sollen die Kantone in vermehrtem Mass mit Vollzugsaufgaben belastet werden, anderseits aber nach wie vor keine Entscheidungsbefugnis erhalten.</p>	<p>La tranche du crédit fédéral réservée à l'encouragement de la construction et de l'accession à la propriété de logements ayant été nettement insuffisante en 1984, les demandes faites en 1985 ont eu peu de succès. L'imputation de crédit au cours des dernières années semble devenir chose courante. Ainsi, fin 1985, le contingent prévu pour 1986 était déjà presque entièrement attribué. Vu cette situation, l'Office fédéral du logement a renvoyé toutes les demandes arrivées à partir du milieu de l'année et a inscrit les requérants sur une liste d'attente.</p> <p>On peut dès à présent supposer que cette situation ne va pas s'améliorer à court terme, vu le nombre important d'arriérés à l'Office fédéral.</p> <p>Depuis le début de cette campagne fédérale, c.-à-d. depuis le 1^{er} janvier 1975, 1113 demandes émanant du canton de Berne portant sur 4230 logements ont été déposées. Les 28 demandes d'aide fédérale déposées en 1985 portaient sur 291 logements locatifs et 25 logements en propriété.</p> <p>Lors des débats qui ont eu lieu sur la répartition des tâches entre la Confédération et les cantons, les gouvernements cantonaux ainsi que le Conseil des Etats se sont prononcés à la majorité pour un retrait de la Confédération de l'encouragement à la construction. Or, cette tâche est restée à la Confédération par suite d'un changement d'opinion au sein du Conseil national, et maintenant tout porte à croire que la Confédération n'est pas à même de garantir par ses propres moyens l'exécution de sa loi sur l'encouragement à la construction et à l'accession à la propriété de logements. Une fois l'ordonnance modifiée, les cantons auront certes plus de tâches d'exécution mais n'auront toujours pas le pouvoir de décider.</p>	
2.4.2.5 Zuschussaktion 1965	2.4.2.5 Campagne d'encouragement à la construction de logements 1965	
<p>Im Rahmen der Kapitalzinszuschussaktion gemäss Bundesgesetz vom 19. März 1965 und kantonalem Volksbeschluss vom 17. April 1966 über Massnahmen zur Förderung des Wohnungsbauens standen zu Beginn des Berichtsjahres noch 1153 Wohnungen zur Verfügung. Infolge Ablaufes der auf 14 Jahre befristeten Zuschussdauer verringerten sich dieser Bestand bis Ende 1985 auf 891 Wohnungen. Zu diesem Zeitpunkt waren 509 Wohneinheiten oder 57,1 Prozent nicht vorschriftsgemäss belegt und demzufolge von den Zuschussleistungen ausgeschlossen. Von den sparbedingten Kürzungen der Zuschussleistungen gemäss Bundesgesetz vom 5. Mai 1977 über Massnahmen zur Gesundung des Bundeshaushaltes (Sparpaket I) waren Ende 1985 752 Wohnungen betroffen. 29 Wohnungen, deren Bewohner in bescheidenen finanziellen Verhältnissen leben, konnten als Härtefälle vom Zuschussabbau ausgeklammert werden. Nicht unter die Sparmassnahmen fallen ferner 110 Alterswohnungen.</p>	<p>Au début de l'exercice, il y avait 1153 logements qui pouvaient bénéficier des apports au service des intérêts accordés dans le cadre de la campagne menée en vertu de la loi fédérale du 19 mars 1965 et de l'arrêté populaire cantonal du 17 avril 1966 sur l'encouragement à la construction de logements. Le nombre de ces logements s'est réduit à 891 à la fin de l'exercice par suite de l'expiration du délai de subside de 14 ans. A ce moment-là, 509 logements, soit 57,1 pour cent, n'étaient pas occupés selon les prescriptions et ont par conséquent été exclus des prestations. Fin 1985, 752 logements ont été touchés par la réduction des subventions résultant de la loi fédérale du 5 mai 1977 instituant des mesures propres à équilibrer les finances fédérales. Ces mesures de réduction n'ont pas été appliquées dans les 29 cas dits de rigueur que justifiait la situation financière des occupants. Ont également été épargnés 110 logements occupés par des personnes âgées.</p>	
2.4.2.6 Subventionsaktionen 1942 bis 1949	2.4.2.6 Campagnes de 1942 à 1949	
<p>Für Tausende von Wohnungen, die zwischen 1942 und 1945 sowie 1947 und 1949 im Rahmen der grossen Wohnbauaktionen I und III der Kriegs- und Nachkriegsjahre mit Beiträgen von Bund, Kanton und Gemeinden subventioniert wurden, dauert die Unterstellung unter die Subventionsauflagen, weil unbefristet, immer noch an. Durch die Bundesgesetzgebung wird der Kanton verpflichtet, diese jahrzehnteaalten Geschäfte immer wieder auf die Einhaltung der Beitragsbedingungen hin zu über-</p>	<p>Des milliers de logements ont été subventionnés entre 1942 et 1945 et entre 1947 et 1949 grâce aux campagnes lancées pendant et après la guerre. Mais ces subventions accordées par la Confédération, le canton et les communes sont encore soumises à certaines charges qui ne sont pas limitées dans le temps. La législation fédérale oblige le canton à vérifier que les conditions sont toujours respectées depuis des décennies et, en cas d'infraction, à engager, conformément à l'inscription au</p>	

prüfen und bei festgestellten Verletzungen das grundbuchlich angemerkte Verfahren auf Subventionsrückforderung einzuleiten. Diese Subventionsrückforderungen ergaben, zusammen mit freiwillig erfolgten Beitragsrückerstattungen, im Berichtsjahr einen Betrag von rund 482 500 Franken (Vorjahr: 764 000 Fr.), wovon rund 147 000 Franken (240 000 Fr.) auf den Kantonsanteil entfallen.

2.4.3 Erhaltung von Wohnraum

Dem kantonalen Gesetz vom 9. September 1975 über die Erhaltung von Wohnraum hat sich bis heute einzig die Gemeinde Bern unterstellt. Deren Unterstellung wurde ein zweites Mal um zwei Jahre, bis Februar 1987, verlängert.

Seit Inkrafttreten des Gesetzes hat die Gemeinde Bern bis Ende 1985 insgesamt 301 Gesuche (bis Ende 1984: 271 Gesuche) für den Abbruch von Wohnliegenschaften und die bauliche Umwandlung oder Zweckänderung von Wohnungen entgegenommen.

Die Volkswirtschaftsdirektion hat am 18. November 1985 einen Entwurf zu einem totalrevidierten Gesetz über die Wohnraumerhaltung in die Vernehmlassung gegeben. Im Gesetzesentwurf wird die Schaffung von Sanierungsberatungsstellen auf Kantons- und Gemeindeebene sowie die Ausrichtung von Beiträgen an Massnahmen der Gemeinden zur Förderung der Erneuerung von Wohnungen vorgeschlagen. Des Weiteren wird ein gesetzliches Vorkaufsrecht der Mieter zur Diskussion gestellt.

2.4.4 Mietwesen; Missbrauchsgesetzgebung

Nach den Bestimmungen des Bundesbeschlusses vom 30. Juni 1972 über Massnahmen gegen Missbräuche im Mietwesen beschränkt sich dessen Geltungsbereich auf Gemeinden mit Wohnungsnott oder Mangel an Geschäftsräumen. Zuständig für die Bezeichnung der zu unterstellenden Gemeinden ist der Bundesrat. Das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement hat den Kantonen im November 1985, gestützt auf das Ergebnis der Leerwohnungszählung vom Juni 1985, eine Liste mit den vorgesehenen Neuunterstellungen und Entlassungen von Gemeinden zur Stellungnahme unterbreitet. Der Kanton Bern wird seinen Antrag im Januar 1986 einreichen und hierbei die bei allen bernischen Gemeinden verlangten Stellungnahmen miteinbeziehen.

2.5 Industrie, Gewerbe und Arbeit

2.5.1 Allgemeines

Die Tätigkeit des Amtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit (KIGA) war während des Jahres 1985 mehrmals Gegenstand öffentlicher Diskussionen, so insbesondere im Zusammenhang mit der Asylantenfrage. Bedingt durch die zunehmende Anzahl von Asylbewerbern im Kanton Bern, sah sich das KIGA als Arbeitsmarktbehörde zu Beginn des Jahres veranlasst, in Zusammenarbeit mit der Fremdenpolizei, aus wirtschaftlich-arbeitsmarktlchen Gründen keine Arbeitsbewilligungen mehr an neueinreisende Asylbewerber zu erteilen.

Der sich während des Berichtsjahres abzeichnende, leichte wirtschaftliche Aufschwung – verbunden mit sinkenden Arbeitslosenzahlen – ermöglichte später eine Lockerung dieser Massnahme. Auf den 1. Juli konnten für Kurzeinsätze und

registre foncier, une procédure en restitution des subventions. En 1985, ces remboursements, ajoutés aux restitutions volontaires des personnes qui désirent se libérer de leurs obligations vis-à-vis de l'Etat, se sont élevés à près de 482 500 (764 000) francs dont 147 000 (240 000) francs reviennent au canton.

2.4.3 Maintien de locaux d'habitation

Jusqu'à présent, seule la commune de Berne s'est soumise aux prescriptions de la loi du 9 septembre 1975 sur le maintien des locaux d'habitation. La soumission a été prolongée pour la deuxième fois, de deux ans, jusqu'en février 1987.

Depuis l'entrée en vigueur de la loi jusqu'à la fin de l'exercice, la commune de Berne a accepté 301 demandes (271 fin 1984) de démolition d'immeubles d'habitation, de transformation ou de changement d'affectation de logements.

Le 18 novembre 1985, la Direction de l'économie publique a envoyé en consultation un projet de révision totale de la loi sur le maintien des locaux d'habitation. Ce texte législatif envisage l'instauration de services d'information sur la rénovation de logements, au canton et dans les communes, ainsi que des subventions aux communes qui prennent des mesures visant à encourager la rénovation de logements. En outre, un droit de préemption en faveur des locataires est également proposé.

2.4.4 Législation instituant des mesures contre les abus dans le secteur locatif

L'arrêté fédéral du 30 juin 1972 instituant des mesures contre les abus dans le secteur locatif a un domaine d'application limité aux communes où sévit la pénurie de logements ou de locaux commerciaux. Les communes qui doivent se soumettre à ces prescriptions sont désignées par le Conseil fédéral. Se fondant sur les résultats du recensement des logements vacants de juin 1985, le Département fédéral de l'économie publique (DFEP) a établi une liste des communes à assujettir ou à libérer. Il a transmis cette liste aux cantons pour consultation en novembre 1985. Le canton de Berne communiquera en janvier 1986 sa proposition qui tiendra compte des avis qu'il a demandés aux communes.

2.5 Industrie, arts et métiers et travail

2.5.1 Généralités

L'activité de l'Office de l'industrie, des arts et métiers et du travail (OCIAMT) s'est trouvée à plusieurs reprises au cours de l'année 1985, être l'objet de discussions publiques, en particulier à propos de la question des requérants d'asile. Du fait de l'augmentation du nombre de requérants d'asile dans le canton de Berne, l'OCIAMT, autorité responsable du marché du travail, n'a pas pu, pour des raisons économiques propres au marché de l'emploi, accorder en collaboration avec la police des étrangers de permis de travail aux requérants nouvellement arrivés.

La faible redressement économique qui s'est dessiné durant l'année – lié à une baisse du nombre de chômeurs – a ultérieurement permis un assouplissement de cette mesure. Au

Tätigkeiten in der Land- und Hauswirtschaft wiederum Arbeitsbewilligungen abgegeben werden. Neben den durch die Asylanten verursachten Probleme führte die Diskussion um die Luftreinhaltung, insbesondere in Zusammenhang mit dem heutigen Ausmass der Waldschäden, zu einer grossen Bereitschaft der betroffenen Behörden, inskünftig vermehrt und wirkungsvoller zusammenzuarbeiten.

2.5.2 Arbeitnehmerschutz

2.5.2.1 Arbeitssicherheit

Mit Regierungsratsbeschluss Nr. 444 vom 5. Februar 1985 konnten, gestützt auf das Einführungsgesetz vom 17. April 1966 zum Bundesgesetz über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (ArG), weitere Teilaufgaben zur Verhütung von Berufsunfällen auf die Gemeinden Bern, Biel und Thun übertragen werden.

Im Berichtsjahr wurden im Rahmen des Unfallversicherungsgesetzes (UVG) 1095 Betriebe ganz oder teilweise inspiziert, davon 41 mehrmals. Rechtsakte zur Durchsetzung von Unfallverhütungsmassnahmen mussten keine eingeleitet werden. In einem Fall war, gestützt auf Artikel 62 der Verordnung über die Verhütung von Unfällen und Berufskrankheiten (VUV), der Arbeitgeber ermahnt worden. Im Rahmen des Vollzugs der SIA Norm 370/10 «Aufzüge für Förderung von Personen und Gütern», welche gemäss Bundesgesetz vom 19. März 1976 über die Sicherheit von technischen Einrichtungen und Geräten (STEG), mit Beschluss vom 15. März 1981 durch das Eidgenössische Departement des Innern, als verbindlich erklärt wurde, sind im Berichtsjahr 15 Ausnahmebewilligungen erteilt worden.

2.5.2.2 Plangenehmigungen

Einerseits ist die Zahl der Plangenehmigungen gestiegen, andererseits war – im Vergleich zum Vorjahr – gesamthaft ein Rückgang der umbauten Kubikmeter festzustellen. Eigentliche Grossprojekte sind keine zur Genehmigung unterbreitet worden; nur ein einziges beinhaltete ein Bauvolumen von über 50000 Kubikmeter (vgl. Ziff. 2.5.11, Tab. 4).

2.5.2.3 Heimarbeit

Das kantonale Heimarbeitsregister umfasste Ende Jahr 256 Betriebe, die Heimarbeit vergeben. Diese beschäftigen zurzeit ungefähr 2400 Personen, davon ca. 95 Prozent weibliche Arbeitskräfte. Wegen Reklamationen seitens der Heimarbeitnehmer mussten im Laufe des Jahres zwei Betriebsinspektionen vorgenommen werden. Weitere Kontrollen in diesen Betrieben erfolgen stichprobenweise anlässlich von routinemässigen Betriebsinspektionen im Rahmen des Arbeits- bzw. des Unfallversicherungsgesetzes.

2.5.2.4 Chauffeurwesen

Die trotz ausgeprägter Konkurrenz stete zahlenmässige Zunahme von Betrieben und Fahrzeugen im Kanton Bern erforderte eine entsprechende Vermehrung der Betriebskontrollen. Mit der Einführung der Elektronik im Fahrtenschreiberwesen mussten leider vermehrt Fälschungen festgestellt werden. Dadurch gestalten sich die Kontrollen zusehends aufwendiger.

1^{er} juillet, des permis de travail ont pu être octroyés pour des activités temporaires et des emplois dans l'agriculture et le service de maison.

Outre les problèmes soulevés par les requérants d'asile, le débat sur la salubrité de l'air, du fait notamment de l'envergure actuelle du dépeuplement des forêts, a conduit l'engagement des autorités concernées de collaborer davantage et plus efficacement à l'avenir.

2.5.2 Protection des travailleurs

2.5.2.1 Sécurité du travail

L'arrêté n° 144 du 5 février 1985 du Conseil exécutif a permis, selon la loi du 17 avril 1966 portant introduction à la loi fédérale sur le travail dans l'industrie, l'artisanat et le commerce (loi sur le travail), de confier d'autres tâches partielles relatives à la prévoyance contre les accidents du travail aux communes de Berne, Bienne et Thoune.

Durant l'année, 1095 entreprises ont été inspectées en totalité ou en partie au titre de la loi fédérale sur la prévoyance contre les accidents (LPA), dont 41 à plusieurs reprises. Aucune procédure juridique n'a dû être engagée pour instaurer des mesures de prévoyance contre les accidents. Dans un cas, un employeur s'est vu administrer un blâme au titre de l'article 62 de l'ordonnance du Conseil fédéral sur la prévention des accidents et des maladies professionnelles (OPA). Dans le cadre de l'exécution de la norme SIA 370/10 «Ascenseurs pour le transport de personnes et de marchandises» qui, au titre de la loi fédérale du 19 mars 1946 sur la sécurité d'installations et d'appareils techniques, fut déclarée avoir force obligatoire par la décision du Département fédéral de l'intérieur du 15 mars 1981, 15 autorisations d'exception furent accordées.

2.5.2.2 Approbation de plans

D'un côté, le nombre d'approbations de plans a augmenté, d'un autre côté – comparé à l'année passée – on constate une diminution du volume total en mètres cube des constructions. Aucune demande d'autorisation n'a été soumise pour de grands projets; un seul projet a porté sur un volume de construction de plus de 50000 mètres cube (cf. ch. 2.5.11, tabl. 4).

2.5.2.3 Travail à domicile

Le registre cantonal sur le travail à domicile a recensé à la fin de l'année 256 entreprises. Celles-ci emploient à l'heure actuelle quelque 2400 personnes, dont environ 95 pour cent sont des femmes. Deux inspections ont dû être effectuées dans des entreprises au cours de l'année à la suite de réclamations émanant de travailleurs à domicile. D'autres contrôles sont effectués dans ces entreprises, par sondage, lors des inspections de routine dans le cadre de la loi du travail et de la loi sur la prévoyance contre les accidents.

2.5.2.4 Conducteurs professionnels

Le nombre sans cesse croissant d'entreprises et de véhicules dans le canton de Berne malgré une concurrence acharnée, a nécessité un accroissement correspondant des contrôles dans les entreprises. L'introduction des enregistreurs électriques des paramètres de conduite a malheureusement entraîné une recrudescence des fraudes. Les contrôles deviennent, de ce fait, de plus en plus coûteux.

Die Kantonspolizei und die Stadtpolizei Bern haben im Verlauf des Sommers/Herbsts 1985 einzelne, gezielte Car-Kontrollen durchgeführt. Gegen eine erhebliche Anzahl Fahrer (ohne verantwortliche Arbeitgeber) wurde Strafanzeige erhoben. Häufigste Vergehen waren:

- Überschreitung der Ruhezeit
- Nichteinhalten der Pausen und der wöchentlichen Höchstarbeitszeit
- Nichtmitführen und z.T. Fälschen von Kontrollmitteln
- Widerhandlungen gegen das Bundesgesetz über den Aufenthalt und die Niederlassung der Ausländer (ANAG).

Oft werden – gerade für Badefahrten in den Süden – Aushilfschauffeure eingesetzt, welche während der Woche ihrem Hauptberuf nachgehen und über das Wochenende, unter Missachtung der Arbeits-, Lenk- und Ruhezeitvorschriften, sich als Schwarzarbeiter betätigen. Ein Schwerpunkt der künftigen Betriebsinspektionen wird, so weit als möglich, auf solche Fahrten gelegt werden müssen.

2.5.3 Arbeitsmarkt

2.5.3.1 Arbeitslosigkeit

Die wirtschaftliche Erholung wirkte sich nur teilweise auf den Arbeitsmarkt aus. Sie war, bedingt durch Rationalisierungsmaßnahmen und den Einsatz neuer technischer Mittel, beschäftigungsmässig nur teilweise wirksam.

Im Januar wurden 4507 Ganzarbeitslose gezählt. Der tiefste Stand lag im Monat September bei 2441 Stellenlosen; der Rückgang erreichte demnach nicht ganz die Hälfte. Der Monatsdurchschnitt belief sich auf 3219 (Vorjahr 5092) Personen ohne Beschäftigung. Im Verhältnis zur Zahl der Erwerbstätigen sank der Anteil auf 0,75 Prozent (Vorjahr 1,2%). Die Entwicklung verlief ähnlich wie in der übrigen Schweiz, wobei der Kanton Bern um 0,1 Prozent unter dem Durchschnitt der ganzen Schweiz lag.

In den Regionen schwächte sich die Arbeitslosigkeit ungleich ab. Zwar konnte auch in der Uhrenregion ein Rückgang festgestellt werden, im übrigen Kantonsgebiet war er aber ausgeprägter.

Entsprechend dem grossen Anteil der Beschäftigten in den Büroberufen sowie demjenigen der Berufe in der Metall- und Uhrenindustrie wurden in diesen Bereichen wiederum die höchsten absoluten Zahlen festgestellt.

Mit einem Anteil von 45 Prozent (Vorjahr 47%) wurden etwas weniger weibliche Arbeitslose registriert, wogegen derjenige der Jugendlichen unter 24 Jahren mit rund einem Viertel unverändert blieb.

Entsprechend dem allgemein geringern Angebot an Teilzeitbeschäftigungen ging die Zahl der Teilzeitarbeitslosen nicht im gleichen Ausmass zurück. Im Januar waren rund 800 Personen registriert, im September noch 640 Personen. Der Anteil dieser Stellensuchenden an der Gesamtzahl der Arbeitslosen stieg deshalb von 15 auf 21 Prozent (vgl. Ziff. 2.5.11, Tab. 6).

2.5.3.2 Wirtschaftliche oder wetterbedingte Arbeitsausfälle

Die Vorschriften der Arbeitslosenversicherung im Bereich der Kurzarbeits- und Schlechtwetter-Entschädigungen bringen den Betrieben einen grossen Aufwand. Genaue Zahlen stehen aus den Abrechnungen an die Arbeitslosenkassen zur Verfügung. Ganz allgemein darf festgehalten werden, dass die Kurzarbeit zurückging, entsprechend der Besserung der Wirt-

La police cantonale et la police municipale de Berne ont effectué, au cours de l'été et de l'automne 1985, des contrôles ponctuels de cars. Des contraventions ont été dressées contre un nombre considérable de conducteurs (sans la responsabilité de l'employeur). Les délits les plus fréquents ont été:

- ne pas tenir compte du temps de repos,
- ne pas respecter les pauses et la durée maximale de travail hebdomadaire,
- ne pas avoir sur soi ou, dans certains cas, avoir falsifié les dispositifs de contrôle,
- contrevenir à la loi fédérale sur le séjour et l'établissement des étrangers (LSEE).

On constate souvent – notamment pour le tourisme balnéaire vers le sud – que des chauffeurs occasionnels, qui occupent un emploi différent durant la semaine, sont employés au noir le week-end, au mépris des réglementations du travail, de la conduite automobile et des temps de repos. Les futures inspections dans les entreprises devront, dans la mesure du possible, porter attention en priorité à cette pratique.

2.5.3 Marché de l'emploi

2.5.3.1 Chômage

Le reprise économique ne s'est répercutee que partiellement sur le marché de l'emploi. Du fait des mesures de rationalisation et de l'introduction de nouveaux moyens techniques, elle ne fut que peu sensible au niveau de l'emploi.

En janvier, 4507 chômeurs complets furent recensés. Le nombre le plus bas était atteint en septembre, avec 2441 chômeurs, une diminution ne représentant toutefois pas tout à fait la moitié du nombre des sans-emploi. La moyenne mensuelle s'élevait à 3219 chômeurs (contre 5092 l'année passée). Le pourcentage de chômeurs comparé au nombre de personnes actives est passé à 0,75 (contre 1,2 l'année passée). L'évolution a été comparable dans le reste de la Suisse, le pourcentage dans le canton de Berne ayant cependant été de 0,1 inférieur à la moyenne générale de l'ensemble du pays.

La baisse du chômage n'a pas été du même ordre dans toutes les régions: si le chômage diminua également dans la région horlogère, la diminution fut toutefois plus sensible dans le reste du canton.

En chiffres absolus, ce sont à nouveau les métiers du secrétariat, de la métallurgie et de l'industrie horlogère qui ont été les plus touchés.

Avec un taux de chômage de 45 pour cent (contre 47% l'an passé), le chômage des femmes a quelque peu régressé tandis que le chômage des jeunes de moins de 24 ans, de l'ordre d'un quart, restait inchangé.

Du fait de la diminution générale des offres d'emploi à temps partiel, le nombre de chômeurs de cette catégorie n'a pas baissé dans les mêmes proportions. En janvier, on y comptait environ 800 sans-emploi, en septembre, le nombre de chômeurs s'élevait encore à 640. Rapporté au nombre total de chômeurs, le pourcentage de demandeurs d'emploi dans cette catégorie a ainsi augmenté de 15 à 21 (cf. ch. 2.5.11, tabl. 6).

2.5.3.2 Pertes d'emploi dues à des facteurs économiques ou aux intempéries

Les dispositions de l'assurance-chômage relatives aux indemnités en cas de réduction de l'horaire de travail et en cas d'intempéries entraînent de lourdes charges pour les entreprises. Les chiffres exacts sont fournis par les décomptes des caisses de chômage. Il est à noter d'une manière générale que le chômage partiel a diminué en raison de l'amélioration de la situa-

schaftslage. Im Januar wurden statistische Meldungen für 571 Personen eingereicht, die kurzarbeiten mussten. Die witterungsbedingten Arbeitsausfälle hingegen stiegen wegen der Kältewelle im Januar und Februar stark an. Insgesamt wurden Statistikmeldungen für 7908 (Vorjahr 2256) Personen eingereicht. Der Monatsdurchschnitt belief sich auf 659 Personen (Vorjahr 188). Die Zahl der gemeldeten Ausfallstunden kletterte mit 550 000 (90 000) auf das Sechsfache.

2.5.3.3 Kündigungen und Entlassungen

Insgesamt gingen Meldungen über 577 (560) Kündigungen aus wirtschaftlichen Gründen ein. Die Zahl der darauffolgenden Entlassungen ist mit 78 (424) erheblich geringer, teils weil Kündigungen wegen des wirtschaftlichen Wiederanstiegs und Betriebsübernahmen zurückgezogen wurden, teils weil eine grössere Betriebsschliessung erst Ende Jahr erfolgte.

2.5.3.4 Arbeitsvermittlung

Die Arbeitslosigkeit war im Berichtsjahr eher strukturellen Ursachen zuzuschreiben. Aus diesem Grunde wurde das Schwergewicht der Tätigkeit vermehrt in diese Richtung verlegt. In Intensivkursen konnten den Gemeindearbeitsämtern die Möglichkeiten zur Unterstützung der Arbeitslosen bei der Wiedereingliederung nahegebracht werden. Die Beratung der Stellensuchenden über die zur Verfügung stehenden Massnahmen zur Weiterbildung und Umschulung wurde verstärkt. Auch die Bemühungen zur Bekämpfung der Lehrerarbeitslosigkeit sind intensiviert worden. Um die Vermittlungsfähigkeit zu verbessern, wurden zudem Anstrengungen unternommen, die Meldung offener Stellen zu verbessern. Mit Einarbeitungszuschüssen konnte 28 Arbeitslosen zu einem neuen Wirkungskreis verholfen werden.

Die Tätigkeit des regionalen Arbeitsamtes in Tavannes trug namhaft zur Verminderung der Arbeitslosenzahl im Berner Jura bei. Neben der Beratung und Unterstützung der Arbeitslosen konnten dort insgesamt 263 Personen vermittelt werden.

2.5.3.5 Massnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Weil zu Jahresbeginn der namhafte Rückgang der Arbeitslosenzahl noch nicht bekannt war, sind von 14 Gemeinden Gesuche um Beiträge an 89 (104) Beschäftigungsprogramme eingereicht worden. Diese Programme wurden zu einem grossen Teil auch durchgeführt, nicht zuletzt deshalb, weil vor allem schwerer vermittelbaren Arbeitslosen Unterstützung geboten werden musste. Die Dauer des Einsatzes war für die einzelnen Teilnehmer auf zwei bis drei Monate befristet, womit eine Überbrückung der Arbeitslosigkeit erzielt werden konnte. Der Nachweis einer Tätigkeit während längerer Arbeitslosigkeit verhalf manchen Arbeitslosen zu einer neuen Anstellung. Der Wiedereingliederung dienten auch die 9 Kurse (Vorjahr 19), die speziell für Arbeitslose durchgeführt wurden. Darin wurden wiederum allgemeine berufliche Bildungsgänge, Persönlichkeitsbildung und Kenntnisse aus dem Bereich der Informatik vermittelt.

tion économique. En janvier, les données statistiques faisaient état d'avis de réduction de l'horaire de travail pour 571 personnes.

Les pertes de travail dues aux intempéries ont augmenté toutefois fortement en raison de la vague de froid de janvier et de février. Au total, 7908 personnes furent touchées, d'après les statistiques (contre 2256 l'année passée). La moyenne mensuelle s'éleva à 659 personnes (contre 188 l'an passé) et le nombre d'heures de travail perdues annoncées, qui est passé à 550 000 (contre 90 000), fut six fois plus élevé que l'année précédente.

2.5.3.3 Congédiements et licenciements

Au total, 577 (560 l'année précédente) personnes furent congédiées pour des raisons économiques. Le nombre de licenciements qui s'en suivirent, soit 78 (contre 424 l'année passée), est beaucoup plus faible, d'une part parce que des congédiements furent annulés en raison du redressement économique et des reprises d'entreprises, d'autre part du fait que l'augmentation des fermetures d'entreprises ne se produisit qu'à la fin de l'année.

2.5.3.4 Service de placement

Pendant l'exercice, le chômage fut essentiellement imputable à des causes structurelles et les efforts ont donc principalement été portés dans cette direction. Les cours intensifs ont représenté pour les offices communaux du travail une possibilité d'aider les chômeurs en vue de leur réinsertion. Le service de conseils aux demandeurs d'emploi relatifs aux mesures existant en matière de perfectionnement professionnel et de reconversion a été renforcé. Les efforts déployés pour combattre le chômage des enseignants ont également été intensifiés. Pour rendre le service de placement plus efficace, des efforts ont en outre été entrepris en vue d'améliorer l'information relative aux postes vacants. Grâce aux allocations d'initiation au travail, 28 chômeurs ont ainsi pu trouver un nouveau métier.

L'activité de l'office régional du travail à Tavannes a contribué pour une grande part à réduire le nombre de chômeurs dans le Jura bernois. Outre les conseils et le soutien apportés aux sans-emploi, 263 personnes au total y ont bénéficié du service de placement.

2.5.3.5 Lutte contre le chômage

Comme au début de l'année la baisse substantielle du taux de chômage n'était pas encore connue, 14 offices communaux ont présenté des demandes de contribution à 89 (104) programmes d'occupation. Ces programmes ont en grande partie été organisés, en raison notamment du fait qu'un soutien doit être accordé principalement à des chômeurs difficiles à placer. La durée de l'occupation était limitée pour les divers participants à deux ou trois mois ce qui a permis de réduire leur chômage. La possibilité d'avoir une occupation durant un chômage prolongé aide de nombreux chômeurs à trouver un nouvel emploi.

Les 9 cours (19 l'année précédente) organisés spécialement pour les chômeurs contribuent également à leur réinsertion. Ces cours ont porté à nouveau sur la formation professionnelle, la culture générale et des connaissances dans le domaine de l'informatique.

An die Gesamtkosten von rund 5 Millionen Franken (6,8) wurden Kantonsbeiträge von 45 Prozent zugesichert, wogegen der Anteil aus der Arbeitslosenversicherung zwischen 35 und 50 Prozent ausmachte.

2.5.4 Ausländische Arbeitskräfte

Der wirtschaftliche Aufschwung war begleitet von einer vermehrten Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften. Mehr als 20000 Gesuche wurden eingereicht, was gegenüber dem Vorjahr einer Zunahme von rund 25 Prozent entspricht. Für die Wirtschaft war es insbesondere zunehmend schwieriger geworden, Fachpersonal in Industrie, Gewerbe sowie im Gesundheitswesen und im Gastgewerbe in der Schweiz zu rekrutieren. Weil der grössere Zuspruch erst im Frühling entstand, reichten die vom Bund zugeteilten Kontingente aus (vgl. Ziff. 2.5.11, Tab. 7).

Aus dem Bundeskontingent konnten zudem 107 Jahresbewilligungen (Vorjahr 85), 560 (450) Kurzaufenthalterbewilligungen sowie 462 (427) Saisonbewilligungen zusätzlich erwirkt werden.

Die Zahl der im Kanton Bern erwerbstätigen Ausländer stieg wieder leicht an, nachdem im Vorjahr bei den kontrollpflichtigen Ausländern wirtschaftlich bedingt ein Rückgang festzustellen war.

Erwerbstätige Ausländer	Niederlasser	Jahres-aufenthalter	Saison-arbeiter	Grenz-gänger	Total
am 31. 8. 1984	33 008	10 032	10 113	447	53 600
am 31. 8. 1985	33 855	9 787	10 535	489	54 663
am 31.12. 1984	33 441	10 019	497	427	44 384
am 31.12. 1985	33 946	10 184	443	476	45 094

Das rapide Anschwellen der Zahl der Asylbewerber, insbesondere aus Sri Lanka, erforderte besondere Anstrengungen, um zu vermeiden, dass der Arbeitsmarkt, der noch mehr als 1500 arbeitslose Hilfskräfte zählte, mit weiteren Hilfsarbeitern über schwemmt wurde.

Zur Überbrückung von Engpässen wurde eine grössere Anzahl Bewilligungen für Kurzeinsätze erteilt, so dass Asylbewerbern zwischendurch eine Beschäftigungsmöglichkeit offenstand.

2.5.5 Arbeitslosenversicherung

2.5.5.1 Allgemeines

Die im Berichtsjahr leicht verbesserte Wirtschaftslage schlug sich, wie unter 2.5.3 erwähnt, in einer gewissen Verringerung der Arbeitslosenzahlen nieder. Die Leistungen und Aufwendungen der Arbeitslosenversicherung jedoch waren dementsprechend rückläufig, denn gleichzeitig mit einem generellen Rückgang der Gesamtzahl von Arbeitslosen erhöhte sich im Einzelfall die Dauer der Arbeitslosigkeit. Dies führte auch zu einer vermehrten Inanspruchnahme der Krisenhilfeleistungen.

Nachdem im Jahre 1984 mit dem neuen Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzentschädigung (AVIG) die ersten Erfahrungen gesammelt werden konnten, wurde 1985 zu einem Jahr der Konsolidierung. Die unerwartet strengen Wirtschaftsverhältnisse des Winters 1984/1985 deckten bei der Behandlung und Ausrichtung von Schlechtwetterentschädigungen einzelne Mängel auf. Als Folge musste z.B. das entsprechende Anmeldeformular geändert werden.

Mit einer Anpassung der Verordnung zum AVIG hat der Bundesrat auf den 1. Juli neue Erwerbszweige, an welche

Economie publique

Sur un coût total d'environ 5 millions de francs (6,8) le canton a contribué pour 45 pour cent, la part de l'assurance-chômage se situant entre 35 et 50 pour cent.

2.5.4 Main-d'œuvre étrangère

La reprise économique a entraîné une augmentation de la demande de main-d'œuvre étrangère. Plus de 20 000 demandes furent déposées, soit une augmentation par rapport à l'année passée d'environ 25 pour cent. Les entreprises ont eu de plus en plus de difficultés à recruter en Suisse du personnel spécialisé dans l'industrie, l'artisanat ainsi que dans le secteur de l'hygiène publique, de l'hôtellerie et de la restauration. La demande particulièrement forte n'ayant commencé à se faire sentir qu'au printemps, les contingents accordés par la Confédération se sont révélés suffisants (cf. ch. 2.5.11, tabl. 7).

Sur les contingents de la Confédération, 107 permis annuels (contre 85 l'an passé), 560 (450) permis temporaires et 462 (427) permis saisonniers ont en outre pu être accordés.

Le nombre d'étrangers actifs dans le canton de Berne a de nouveau légèrement augmenté, alors que l'année passée on avait constaté une diminution des étrangers soumis au contrôle, pour des raisons économiques.

Effectif des travailleurs étrangers	Etrangers établis	Résidents annuels	Saisonniers	Frontalières	Total
au 31. 8. 1984	33 008	10 032	10 113	447	53 600
au 31. 8. 1985	33 855	9 787	10 535	489	54 663
au 31.12. 1984	33 441	10 019	497	427	44 384
au 31. 2. 1985	33 946	10 184	443	476	45 094

La forte progression du nombre de demandeurs d'asile, notamment en provenance du Sri Lanka, a nécessité des efforts particuliers pour éviter que le marché du travail, qui comptait déjà plus de 1500 chômeurs non qualifiés, ne soit submergé par une main-d'œuvre supplémentaire sans qualification.

Pour aider les secteurs surchargés, un certain nombre de permis temporaires a été attribué, offrant la possibilité aux demandeurs d'asile de trouver une occupation.

2.5.5 Assurance-chômage

2.5.5.1 Généralités

La légère amélioration de la situation économique durant l'année s'est traduite, comme indiqué au chiffre 2.5.3, par une relative diminution du taux de chômage. Les prestations et les dépenses de l'assurance-chômage n'ont toutefois pas diminué corrélativement du fait que la réduction générale du nombre de chômeurs a été associée à une augmentation dans certains cas de la durée du chômage. Ceci a également entraîné un accroissement de la demande de prestations dans le cadre du secours de crise.

Alors qu'en 1984 les premières expériences ont été acquises avec la nouvelle loi fédérale sur l'assurance-chômage obligatoire et sur l'indemnité en cas d'insolvabilité (LACI), 1985 fut une année de consolidation. Les conditions climatiques particulièrement difficiles de l'hiver 1984/1985 firent apparaître certains défauts dans la maniement et l'attribution des indemnités pour intempéries. La conséquence fut, par exemple, la modification apportée aux formulaires de demande d'indemnisation.

Grâce à une adaptation de l'ordonnance relative à la LACI, le Conseil fédéral a défini, à compter du 1^{er} juillet, de nouvelles

Schlechtwetterentschädigungen ausgerichtet werden können, bezeichnet.

Erfahrungen mit der Überprüfung von Schlechtwettermeldungen haben ergeben, dass die Kontrollmöglichkeiten der Verwaltung nicht ausreichend sind.

Ein eventueller Missbrauch kann in vereinzelten Fällen nicht ganz ausgeschlossen werden. Einer im Herbst bei einer Anzahl grösserer Gemeinden durchgeführten ersten Vernehmlassung zu dieser Frage kann entnommen werden, dass die Gemeinden hier zu einer vermehrten Mitarbeit bereit sind.

Immer wieder auftauchende Schwierigkeiten der Arbeitgeber mit der Anmeldung von Schlechtwetterentschädigungsbegehren oder von Kurzarbeit führten dazu, dass für diese Bereiche eine zusätzliche Wegleitung ausgearbeitet werden musste, die im Laufe des Herbsts an rund 14 000 Berner Firmen verschickt wurde. Diese Informationsschrift soll dazu beitragen, die administrativen Aufgaben der Arbeitgeber zu erleichtern und die Zusammenarbeit sowie das gegenseitige Verständnis zwischen Arbeitgeber und Verwaltung zu fördern.

Von den durch die Arbeitslosenversicherung mitfinanzierten Möglichkeiten zur Umschulung, zum Kursbesuch, für die Verbesserung der eigenen Vermittlungsfähigkeit, wurde im Berichtsjahr weniger Gebrauch gemacht. Schon die Anzahl der eingereichten Kursgesuche sank von rund 1350 auf weniger als die Hälfte (509). Dass aus der Arbeitslosenversicherung auch Pendlerkosten- oder Wochenaufenthaltsbeiträge geleistet werden, ist offensichtlich noch wenig bekannt. Es waren bloss 39 Gesuche zu bearbeiten (vgl. Ziff. 2.5.11, Tab. 8).

2.5.5.2 Krisenhilfe

Mit Regierungsratsbeschluss Nr.185 vom 16. Januar 1985 wurde die Krisenhilfe gemäss Dekret vom 11. November 1975 über die Krisenhilfe für versicherte Arbeitslose auch für 1985 eingeführt.

Die Anzahl Bezüger, die Leistungen aus der Krisenhilfe beansprucht haben, ist im Berichtsjahr auf nahezu 900 angestiegen. Die Ausrichtung der Krisenhilfetaggelder erfolgt durch die Gemeinden. Dadurch können teilweise sehr hohe Kosten entstehen (z.B. Biel). Der Staatsbeitrag wird jeweils erst nach erfolgter Abrechnung ausgerichtet. Aus diesem Grund wurden vier Begehren um Bevorschussung der Staatsbeiträge eingereicht.

Genaue Angaben über Bezüger, Kosten, Höhe der Entschädigungen usw. liegen für das Berichtsjahr jeweils erst nach der Revision im Folgejahr vor (vgl. Ziff. 2.5.11, Tab. 9).

2.5.6 Arbeitslosenkasse

Das Geschäftsjahr 1985 stand im Zeichen der Konsolidierung. Aufgrund der Erfahrungen des Jahres 1984 konnten gezielte Massnahmen für eine reibungslose Geschäftsabwicklung getroffen werden. In diesem Zusammenhang dürfen insbesondere die Standardisierung administrativer Mittel, die Entwicklung neuer EDV-Programme zur Rationalisierung der Arbeitsabläufe und die Erarbeitung eines neuen Archivierungsprojektes erwähnt werden.

Daneben wurde eine noch engere Zusammenarbeit mit den weiteren, öffentlichen Arbeitslosenkassen anderer Kantone sowie den Verbands-Arbeitslosenkassen ins Auge gefasst und vorangetrieben.

Trotz einer Abnahme der Arbeitslosigkeit wuchs die Belastung des Personals der Arbeitslosenkasse. Im Gegensatz zum Vorjahr (8199) mussten 1985 10 535 Kassenverfügungen erlassen werden. Davon wurden 359 beim kantonalen Versicherungs-

branches professionnelles qui pourront bénéficier des indemnités en cas d'intempéries.

L'expérience ainsi que l'examen des demandes d'indemnités pour intempéries montrent que les possibilités de contrôle dont dispose l'administration sont insuffisantes.

L'éventualité d'abus n'est pas à exclure dans certains cas. Une première consultation sur cette question, effectuée à l'automne auprès d'un certain nombre de grandes communes a démontré que les communes sont prêtes à intensifier leur collaboration dans ce domaine.

Les difficultés incessantes rencontrées par les employeurs dans l'établissement des demandes d'indemnités en cas d'intempéries et de réduction de l'horaire de travail ont conduit à la mise au point de directives additionnelles, qui ont été envoyées durant l'automne à quelque 14 000 entreprises bernoises. Ce complément d'information devrait contribuer à faciliter les tâches administratives des employeurs et à développer la collaboration et la compréhension mutuelle entre les employeurs et l'administration.

Les possibilités de reconversion et de cours, qui sont co-financées par l'assurance-chômage en vue d'améliorer les aptitudes de chacun au placement, n'ont été que peu utilisées durant cet exercice. Le nombre de demandes d'inscription à des cours passa de 1350 à moins de la moitié (509). Le fait que l'assurance-chômage accorde également des indemnités pour frais de déplacement quotidien et des contributions aux frais de déplacement et de séjour hebdomadaire est encore, à l'évidence, peu connu: seules 39 demandes en ce sens ont été traitées (cf. ch. 2.5.11, tabl. 8).

2.5.5.2 Secours de crise

Par l'arrêté du Conseil-exécutif N° 185 du 16 janvier 1985, le secours de crise, instauré par le décret du 11 novembre 1975 sur le secours de crise en faveur de chômeurs assurés, a été introduit également en 1985.

Le nombre de personnes qui ont bénéficié des prestations du secours de crise est passé durant l'année à près de 900. Le versement des indemnités journalières du secours de crise est effectué par les communes, ce qui peut dans certains cas entraîner des frais très élevés (p.ex. à Bienne). La contribution cantonale n'est accordée que sur présentation des décomptes. C'est la raison pour laquelle quatre communes ont demandé le versement anticipé des contributions cantonales.

Les données exactes relatives aux bénéficiaires, aux frais, au montant des indemnités, etc. ne sont disponibles qu'à l'exercice suivant, une fois la révision effectuée (cf. ch. 2.5.11, tabl. 9).

2.5.6 Caisse de chômage

L'exercice 1985 s'est déroulé sous le signe de la consolidation. L'expérience acquise en 1984 a permis de mettre sur pied des mesures ponctuelles pour assurer un déroulement harmonieux des opérations. Sont à mentionner en particulier la standardisation des moyens utilisés par l'administration, le développement de nouveaux programmes informatisés visant à rationaliser les activités et la mise au point d'un nouveau système d'archives.

En outre, une collaboration encore plus étroite avec les caisses publiques de chômage d'autres cantons ainsi qu'avec l'Association des caisses suisses a été activée.

Malgré une baisse du taux de chômage, le travail du personnel des caisses de chômage s'est accru. Par rapport à l'année passée (8199), 10 535 décisions ont dû être arrêtées en 1985, dont 359 ont été suivies d'un recours auprès du Tribunal cantonal des assurances. Cette situation trouve son explication

gericht mit Beschwerde angefochten. Diese Entwicklung lässt sich auf den Umstand zurückführen, dass bei einer allgemeinen Erholung der Wirtschaftslage in zunehmendem Masse eine eher «soziale» Arbeitslosigkeit weiterbesteht. Sie ist in der Regel gekennzeichnet von einer im Einzelfall länger dauernden Arbeitslosigkeit mit erheblich kleineren Vermittlungschancen.

Die für die Auszahlung der Arbeitslosentaggelder ursprünglich verwendeten ASER-Checks mussten – der verhältnismässig hohen Kosten wegen – anfangs Mai aus dem Verkehr gezogen werden. Nun erfolgt die Auszahlung via Datenträger auf Bank- oder Postcheckkonto des jeweiligen Versicherten. Damit ist auch ein reibungsloser Zahlungsverkehr gewährleistet. In Ausnahmefällen (Vorschüsse) werden durch die Kasse Korrespondenz-Checks erstellt.

Arbeitslose, die ihren Anspruch auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung erschöpft haben, gelten als Ausgesteuerte. Im Berichtsjahr war ein starkes Ansteigen dieser Gruppe festzustellen. Im Vergleich zum Vorjahr (358 Männer, 484 Frauen) nehmen sich die Zahlen (807 Männer, 917 Frauen) noch weniger erfreulich aus. Zu vermerken bleibt, dass es sich hier um Arbeitslose handelt, die bei der öffentlichen Kasse Taggelder bezogen haben.

Im Berichtsjahr hat die öffentliche Arbeitslosenkasse im Kanton Bern annähernd 50 Millionen Franken an Taggeldern oder Unterstützungsbeiträgen ausgerichtet. Dies umfasst alle Leistungsbereiche der Arbeitslosenversicherung (vgl. Ziff. 2.5.11, Tab. 10).

2.5.7 Vorbereitung des landwirtschaftlichen Arbeitseinsatzes im Rahmen der Landesversorgung

Obschon im Berichtsjahr keine Pflichtkontrolle bestand, wurden dennoch zahlreiche Gesuche gestellt. 42 (106) Wehrmänner sind neu von der Einrückungspflicht befreit worden. 40 Dispensationen wurden aufgehoben oder die betreffenden Wehrmänner aus dem Militärdienst entlassen. Somit waren bei Jahresende im Kanton Bern 1076 (1074) Landwirte im Besitz einer gültigen Dispensation.

Die Zahl der für die Beurlaubung vorgemerkteten Wehrmänner reduzierte sich im Berichtsjahr auf 331 (335).

2.5.8 Handel und Gewerbe

Die allgemeine Gültigkeitsdauer der bisherigen Bewilligungen für die Vermittlung und den Handel mit Liegenschaften lief am 31. Dezember 1984 ab. Im Laufe des Jahres haben deshalb die Gesamterneuerungen dieser Bewilligungen stattgefunden. Die neuen Bewilligungen sind sechs Jahre gültig.

Aufgrund der Verordnung vom 19. September 1984 über das Immobilien-Treuhandwesen, welche nun auch die gewerbsmässige Immobilien-Verwaltung einer Bewilligungspflicht unterstellt, wurde ein neues Reglement über die Durchführung von Kursen und Prüfungen zur Erlangung des bernischen Fähigkeitsausweises für Immobilien-Verwalter und Immobilien-Treuhänder erlassen. Es trat auf den 1. August 1985 in Kraft. Aufgrund der übergangsrechtlichen Regelung in der Verordnung vom 19. September 1984 über das Immobilien-Treuhandwesen waren die in Tabelle 11 aufgeführten Bewilligungsinhaber vom Erwerb des bernischen Fähigkeitsausweises als Immobilien-Verwalter befreit.

Im Bereich des übrigen Treuhandwesens liegt ein Entwurf vor, für den das Vernehmllassungsverfahren eingeleitet werden kann.

dans le fait que lors d'une reprise générale de l'économie une part croissante de chômage «social» demeure, qui se caractérise par un chômage individuel d'une durée plus longue avec des possibilités de placement beaucoup moins favorables.

Les chèques BPR qui furent utilisés au départ pour le paiement des indemnités journalières de chômage ont dû être retirés de la circulation début mai, en raison des frais relativement élevés qu'ils entraînent. Les versements sont dorénavant effectués par ordre de paiement informatisé sur le compte bancaire ou le compte de chèques postaux de l'assuré, ce qui permet d'assurer un trafic de paiement à la fois sûr et efficace. La caisse établit, dans des cas exceptionnels (avances), des chèques de correspondance.

Le nombre des chômeurs ayant épousé leur droit aux prestations de la caisse de chômage a fortement augmenté durant l'année, passant de 358 hommes et 484 femmes l'an passé au chiffre franchement inquiétant de 807 hommes et 917 femmes. Notons qu'il s'agit là de chômeurs qui ont perçu des indemnités journalières auprès de la caisse publique de chômage.

Durant l'exercice, la caisse publique de chômage du canton de Berne a versé près de 50 millions de francs d'indemnités journalières et autres contributions, ce montant englobant tous les domaines de prestations de l'assurance-chômage (cf. ch. 2.5.11, tabl. 10).

2.5.7 Affectation de la main-d'œuvre agricole dans le cadre de l'approvisionnement économique du pays

Bien qu'aucun contrôle obligatoire n'ait eu lieu durant cet exercice, un nombre élevé de demandes de dispense a été déposé. 42 (106) soldats ont récemment été exemptés de l'obligation de servir. 40 dispenses ont été levées ou les soldats concernés ont achevé leur période militaire. Ainsi, à la fin de l'année, 1076 (1074) agriculteurs disposaient d'une dispense valable dans le canton de Berne.

Le nombre de soldats pouvant être mis en disponibilité a baissé à 331 (335) durant l'année.

2.5.8 Commerce et artisanat

La durée générale de validité des autorisations accordées pour le courtage et le commerce d'immeubles a expiré le 31 décembre 1984. Le renouvellement global de ces autorisations a donc été effectué au cours de l'année écoulée. Les nouvelles autorisations sont valables pour une durée de six ans.

En vertu de l'ordonnance du 19 septembre 1984 sur les fiduciaires immobilières, qui soumet également la gérance d'immeubles à titre professionnel à une autorisation obligatoire, un nouveau règlement a été arrêté sur l'organisation de cours et d'examens pour l'obtention du certificat bernois de capacité pour les régisseurs et courtiers en immeubles. Cette réglementation est entrée en vigueur le 1^{er} août 1985. Au titre de la disposition transitoire de l'ordonnance précitée, les détenteurs d'autorisation figurant au tableau 11 ont été dispensés de l'acquisition obligatoire du certificat de capacité en qualité de gérant d'immeubles.

Un projet a été établi pour les autres activités fiduciaires, pour lequel une procédure de consultation pourra être engagée.

Volkswirtschaft	Economie publique	99
2.5.9 <i>Uhrenbeobachtung</i>	2.5.9 <i>Contrôle des chronomètres</i>	
Die im Berichtsjahr vom kantonalen Uhrenbeobachtungsbüro in Biel geprüfte Anzahl Uhren erfuhr im Vergleich zum Vorjahr eine erhebliche Steigerung (vgl. Ziff. 2.5.11, Tab.13). Von den 207 796 geprüften Uhren haben 206 207 ein Chronometerzeugnis erhalten.	Le nombre de montres qui ont été vérifiées par le Bureau cantonal de contrôle de Bienne a fortement augmenté par rapport à l'année passée (cf. ch. 2.5.11, tabl.13). Sur les 207 796 montres qui ont été contrôlées, 206 207 ont obtenu un certificat de conformité.	
2.5.10 <i>Umweltschutz</i>	2.5.10 <i>Protection de l'environnement</i>	
2.5.10.1 <i>Lufthygiene</i>	2.5.10.1 <i>Salubrité de l'air</i>	
Zur Ursache und Herkunft der Luftverschmutzung im Kanton Bern lässt sich zum heutigen Zeitpunkt folgendes festhalten (vgl. Ziff. 2.5.11, Graph.1): Die Schwefeldioxid-Emissionen (SO_2) stammen vorwiegend aus dem Bereich der Industrie- und Hausfeuerungen. Die 85–90 000 Anlagen im Kanton Bern, welche mit dem fossilen Brennstoff Heizöl betrieben werden, emittieren jährlich rund 5000 Tonnen Schwefeldioxid. Die Stickoxid- (NO_x) und Kohlenmonoxid-Emissionen (CO) werden dagegen zur Hauptsache durch den Motorfahrzeugverkehr (weit über 500 000 Fahrzeuge) verursacht. Die Kohlenwasserstoff-Emissionen (HC) wiederum stammen etwa zu gleichen Teilen aus Industrie und Verkehr. Dies sind aber lediglich einige wenige Hauptkomponenten der heutigen Luftverschmutzung; daneben wird eine grosse Zahl von sehr unterschiedlichen Luftfremdstoffen aus Industrie und Gewerbebetrieben emittiert. Wie der Emissionskataster des Kantons Bern für den Luftfremdstoff SO_2 zeigt (vgl. Ziff. 2.5.11, Graph. 2), ist die Verteilung der Emissionsquellen sehr ungleichmässig. Lokal oder regional können diese Schadstoff-Emissionen in sehr unterschiedlichem Ausmass an der gesamten Luftverschmutzung beteiligt sein. Dies gilt ebenso für andere Luftfremdstoffe. Emissionsseitig wurden im Jahre 1985 aufgrund des kantonalen Lufthygienegesetzes 374 lufthygienische Problemfälle bearbeitet. Dies geschah vorwiegend im Rahmen der bestehenden Bewilligungsverfahren (Bau- und Gewerbegegesetz, Eidg. Arbeitsgesetz). Es handelt sich dabei zur Hauptsache um die Festlegung von Emissionsgrenzwerten, die Durchführung von Augenscheinen, Überprüfung von technischen Anordnungen sowie Abluftmessungen. Im Einwirkungsbereich der Luftfremdstoffe (Immissionsbereich) lässt sich die Situation wie folgt charakterisieren (vgl. Ziff. 2.5.11, Graph. 3): Die heutige Belastung durch die primären Luftschaadstoffe wie Schwefeldioxid (SO_2), Stickoxide (NO_x) sowie Kohlenwasserstoffe (HC) nimmt von den ländlichen bzw. alpinen Gebieten zu den Agglomerationen und Ballungszentren hin stark zu. So wurde im letzten Jahr festgestellt, dass auch in verschiedenen Ballungsgebieten des Kantons Bern die Immissionsgrenzwerte für Luftfremdstoffe zeitweilig recht massiv überschritten werden. Genau umgekehrt verhält es sich mit den sekundär gebildeten Luftfremdstoffen (Umwandlung während des Transportes), insbesondere den Photooxidantien. Wie das Beispiel des Ozons (O_3) zeigt, treten die höchsten Konzentrationen in ländlichen bzw. alpinen Gebieten auf. Es ist deshalb heute sehr in Frage gestellt, ob unsere ländlichen und alpinen Regionen noch als effektive Reinluftgebiete bezeichnet werden können. Gerade dieser Frage wird in den nächsten Jahren durch intensive Messungen im Immissionsbereich vermehrte Aufmerksamkeit zu schenken sein.	Les éléments suivants ont pu être avancés pour définir les causes et les origines de la pollution de l'air (cf. 2.5.11, graph.1): Les émissions de dioxyde de soufre (SO_2) sont en majeure partie imputables aux installations de chauffage industriel et domestique. Les 85–90 000 installations existant dans le canton de Berne, qui sont alimentées par de l'huile de chauffage à combustible fossile, rejettent annuellement quelque 5000 tonnes de dioxyde de soufre. Les émissions d'oxyde d'azote (NO_x) et d'oxyde de carbone (CO) sont par contre avant tout le fait des véhicules automobiles (dépassant largement les 500 000 véhicules). Les émissions d'hydrocarbures (HC) proviennent toujours, à peu près à égalité, de l'industrie et du trafic automobile. Ce ne sont toutefois là que quelques-uns des composants principaux de la pollution de l'air, auxquels viennent s'ajouter un grand nombre de polluants divers provenant des activités industrielles et artisanales. Comme l'indiquent les relevés d'émissions du canton de Berne pour le SO_2 (cf. ch. 2.5.11, graph. 2), la répartition des sources d'émission est des plus irrégulières. Aux niveaux local ou régional, ces émissions de substances nocives peuvent ainsi participer à la pollution générale de l'air dans des proportions très différentes. Ceci vaut également pour d'autres polluants atmosphériques. En matière d'émissions, 374 affaires de pollution de l'air ont été traitées durant l'année 1985 au titre de la loi cantonale sur la salubrité de l'air, et ce principalement dans le cadre des procédures d'autorisation existantes (loi sur la construction, sur l'industrie, loi fédérale sur le travail). Il s'est agi principalement d'établir des valeurs limites d'émission, de procéder à des inspections sur place, de contrôler des prescriptions d'ordre technique ainsi que de mesurer l'air évacué. Dans le domaine des effets de substances nocives (immissions), la situation peut être décrite (cf. ch. 2.5.11, graph. 3) comme suit: La concentration en polluants primaires comme le dioxyde de soufre (SO_2), l'oxyde d'azote (NO_x) et les hydrocarbures (HC) augmente fortement des régions rurales ou alpines vers les agglomérations et les zones fortement peuplées. On a ainsi pu déterminer durant l'année écoulée que dans les zones à forte densité de population de notre canton, les valeurs limites d'immission de substances nocives peuvent par moments être largement dépassées. Il en va tout autrement pour les formations de polluants secondaires (modifiées durant le transport), notamment pour les photo-oxydants. Comme le montre l'exemple de l'ozone (O_3), les concentrations les plus élevées sont enregistrées dans les régions rurales ou alpines. La question se trouve dès lors posée de savoir si nos régions rurales et montagneuses peuvent encore être véritablement qualifiées d'espaces d'air pur. Il s'agira de vouer durant les prochaines années une attention prioritaire à cette question, en effectuant des mesures plus nombreuses dans le domaine des immissions.	

2.5.10.2 Ölfeuerungskontrolle

Die Ergebnisse der lufthygienischen Ölfeuerungskontrolle in der Heizperiode 1984/85 lassen sich wie folgt zusammenfassen:

a) Periodische Kontrolle

24 477 Feuerungen wurden kontrolliert	100%
21 434 waren lufthygienisch in Ordnung	87,7%
3 013 mussten beanstandet werden	12,3%

b) 1. Nachkontrolle

3 195 Feuerungen wurden nachkontrolliert	100%
3 036 waren nicht mehr zu beanstanden	95%
159 mussten ein weiteres Mal beanstandet werden	5%

c) 2. Nachkontrolle

162 Feuerungen wurden ein zweites Mal nachkontrolliert	100%
132 waren nicht mehr zu beanstanden	93,8%
10 mussten immer noch beanstandet werden (Sanierung)	6,2%

Seit der Einführung der lufthygienischen Ölfeuerungskontrolle in der Heizperiode 1980/81 ist die Beanstandungsquote im Kanton Bern von 17,5 auf 12,3 gesunken (vgl. Ziff. 2.5.11, Graph. 4). Zwischen den einzelnen Gemeinden sind jedoch immer noch grosse Schwankungen bei den Beanstandungen festzustellen (3 bis über 40%)!

Die Resultate der Messungen bei Industrie- und Gewerbefeuerungen (Heizöl «mittel» oder «schwer», Kohle und Holz) zeigen ein weniger erfreuliches Bild: Von den 44 im letzten Jahr gemessenen Anlagen mussten 25 lufthygienisch beanstandet werden, was einer Beanstandungsquote von mehr als 55 Prozent entspricht! Besonders gravierend ist dies, weil es sich dabei durchwegs um Grossanlagen handelt.

2.5.10.3 Lärm

Im Berichtsjahr wurde die Vernehmlassung zu der Verordnung über den Lärmschutz bei ortsfesten Anlagen (LSV) zum Bundesgesetz über den Umweltschutz durchgeführt. Diese Vernehmlassung hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, dass dem Problem des Lärms auch im Vollzug künftig praktisch derselbe Stellenwert wie der Luftreinhaltung beigemessen werden muss. Konkret heisst dies, dass die in den heute geltenden Bewilligungsverfahren eingereichten Bauvorhaben (Bau- und Gewerbegegesetz sowie Eidg. Arbeitsgesetz) einer lärmseitigen Begutachtung unterstellt werden müssen. Das Festlegen von Lärmgrenzwerten, die Lärmmeßung und -prognose werden somit zur unumgänglichen Norm.

2.5.11 Anhang Industrie, Gewerbe und Arbeit

Tabelle 1: Industrielle Betriebe

	1982	1983	1984	1985
Stand 1. Januar				
nach gesetztechnischer Bereinigung	1284	1265	1242	1230
Abgänge durch:				
Betriebseinstellung	31	19	24	17
Sinken der Arbeitnehmerzahl	3	11	6	5
Betriebszusammenschluss	1	2	–	1
Betriebsverlegung	2	1	1	3
Total Abgänge	37	33	31	26
Zuwachs	18	10	19	11
Stand 31. Dezember	1265	1242	1230	1215
Veränderung absolut	-19	-23	-12	-15
Veränderung in %	-1,5	-1,8	-0,7	-1,2
Schweiz. Durchschnitt in %	-1,6	-1,7	-0,6	-0,4

2.5.10.2 Contrôle des chauffages à mazout

Les résultats des contrôles des chauffages à mazout effectués durant 1984/1985 se présentent comme suit:

a) Contrôle périodique

24 477 foyers au total ont été contrôlés	100%
21 434 d'entre eux étaient conformes aux normes	87,7%
3 013 ont fait l'objet d'une contestation	12,3%

b) 1^{er} contrôle ultérieur

3 195 foyers ont été contrôlés une 2 ^e fois	100%
3 036 d'entre eux n'étaient plus contestables	95%
159 ont fait l'objet d'une nouvelle contestation	5%

c) 2^{er} contrôle ultérieur

162 foyers ont été contrôlés une 3 ^e fois	100%
132 d'entre eux n'étaient plus contestables	43,8%
10 n'étaient toujours pas conformes (assainissement)	6,2%

Depuis l'introduction du contrôle des chauffages à mazout durant la période de chauffage 1980/1981, le taux de contestation dans le canton de Berne est passé de 17,5 à 12,3 pour cent (cf. ch. 2.5.11, graph.4). On constate encore entre les différentes communes de très fortes variations entre les taux de contestation (de 3% à plus de 40%).

Les résultats des mesures effectuées pour les installations de chauffage de l'industrie et de l'artisanat (alimentées en huile de chauffage de qualité «moyenne» ou «lourde», en bois ou en charbon) se sont révélés plus inquiétants: sur les 44 installations contrôlées l'année écoulée, 25 ont fait l'objet d'une contestation en matière de salubrité de l'air, ce qui représente un taux de contestation de plus de 55 pour cent. Le fait qu'il se soit agi généralement de grosses installations constitue un facteur aggravant.

2.5.10.3 Lutte contre le bruit

Durant l'exercice s'est déroulée la consultation sur l'ordonnance sur la protection contre le bruit dû aux installations fixes (OPB), relative à la loi fédérale sur la protection de l'environnement. Cette consultation a clairement montré que, dans la pratique, il faudra apporter une attention égale au problème du bruit et à la salubrité de l'air. Concrètement, cela signifie que les projets de construction en cours de procédure d'octroi de permis (lois sur les constructions, sur l'industrie et loi fédérale sur le travail) devront être soumis à des expertises sur le bruit. Ainsi, l'établissement de valeurs limites de bruit, les mesures et les estimations prendront valeur de norme obligatoire.

2.5.11 Annexe industrie, arts et métiers et travail

Tableau 1: Entreprises industrielles

	1982	1983	1984	1985
Etat au 1 ^{er} janvier				
après mise à jour de la liste	1284	1265	1242	1230
Motifs de radiation:				
Cessation d'exploitation	31	19	24	17
Diminution du nombre des travailleurs	3	11	6	5
Fusion d'entreprises	1	2	–	1
Transfert d'entreprises	2	1	1	3
Total des radiations	37	33	31	26
Augmentation	18	10	19	11
Etat au 31 décembre	1265	1242	1230	1215
Différence en chiffres absolus	-19	-23	-12	-15
Différence en %	-1,5	-1,8	-0,7	-1,2
Moyenne nationale, en %	-1,6	-1,7	-0,6	-0,4

Tabelle 2: *Eingestellte industrielle Betriebe (nach Branchen)*

	1982	1983	1984	1985
Uhrenindustrie	20	11	13	7
Maschinen-, Apparate- und Metallindustrie	6	8	6	8
Textil-, Bekleidungs- und Wäscheindustrie	2	3	3	3
Holzindustrie	–	3	1	2
Graphisches Gewerbe	–	1	2	3
Lebens- und Genussmittelindustrie	1	3	–	–
Verschiedene	2	4	6	3
Total	31	33	31	26

Tabelle 3: *Nichtindustrielle (gewerbliche) Betriebe*
(vollständige Erhebung alle 5 Jahre)

	1976	1981
Anzahl	20 725	22 321

Tabelle 4: *Plangenehmigungen und Betriebsbewilligungen*

Plangenehmigungen	1982	1983	1984	1985
Anzahl	136	116	130	178
Umbaute m ³	799 684	567 304	1 043 503	758 425
Umbaute m ³ pro Objekt	5 880	4 890	8 027	4 260
Veränderungen der m ³ gegenüber dem Vorjahr	– 38%	– 29%	+ 84%	– 27%
<hr/>				
Betriebs- und Einrichtungsbewilligungen	167	151	143	125
Veränderungen in % gegenüber Vorjahr	+ 12%	– 9,5%	– 5%	– 13%
Gutachten (Auflagen) für Baubewilligungsverfahren	202	200	250	236

Tabelle 5: *Unternehmen und Fahrzeuge (Chauffeurverordnung)*

	1982	1983	1984	1985
Zahl der Unternehmer	2490	2492	2551	2622
Bestand an Lastwagen	5248	5314	5383	5382
Bestand an Sattelschleppern	381	384	403	436
Bestand an Gesellschaftswagen	654	676	703	711
Bestand an Taxis	542	548	547	547

Tabelle 6: *Arbeitsmarkt*

Ganzarbeitslose	1976	1981	1982	1983	1984
Durchschnitt	3710	528	1741	3402	5092
1985 Durchschnitt		Min.		Max.	
3219		Sept.: 2441		Januar: 4507	

Kurzarbeit	Betriebe	Betroffene Personen	Ausfallstunden
1976 Durchschnitt	395	12 327	430 448
1981 Durchschnitt	25	691	32 838
1982 Durchschnitt	76	3 491	138 582
1983 Durchschnitt	116	5 063	212 220
1984 Durchschnitt	39	1 227	66 709
1985 Durchschnitt	10	128	8 333
1985 Juli	1	4	104
1985 Max. Januar	36	571	40 515

Economie publique

Tableau 2: *Entreprises industrielles ayant cessé leur activité (par branches)*

	1982	1983	1984	1985
Industrie horlogère	20	11	13	7
Machines, appareils, métallurgie	6	8	6	8
Textiles, habillement et lingerie	2	3	3	3
Industrie du bois	–	3	1	2
Arts graphiques	–	1	2	3
Alimentation, boissons, tabac	1	3	–	–
Autres	2	4	6	3
Total	31	33	31	26

Tableau 3: *Entreprises non industrielles (artisanales)*
(recensement complet tous les 5 ans)

	1976	1981
Nombre	20 725	22 321

Tableau 4: *Approbations de plans et autorisations d'exploiter*

Approbations de plans	1982	1983	1984	1985
Nombre	136	116	130	178
Travaux de construction, en m ³	799 684	567 304	1 043 503	758 425
Volume moyen en m ³ par objet	5 880	4 890	8 027	4 260
Déférence du volume par rapport à l'exercice précédent	– 38%	– 29%	+ 84%	– 27%
Autorisation d'exploiter et d'équiper	167	151	143	125
Déférence en % par rapport à l'exercice précédent	+ 12%	– 9,5%	– 5%	– 13%
Expertises (conditions) dans la procédure d'octroi du permis de construire	202	200	250	236

Tableau 5: *Entreprises et véhicules (ordonnance concernant les chauffeurs)*

	1982	1983	1984	1985
Nombre d'entrepreneurs	2490	2492	2551	2622
Nombre de camions	5248	5314	5383	5382
Nombre de tracteurs à sellette	381	384	403	436
Nombre de cars	654	676	703	711
Nombre de taxis	542	548	547	547

Tableau 6: *Marché de l'emploi*

Chômeurs complets	1976	1981	1982	1983	1984
Moyenne	3710	528	1741	3402	5092
1985 Moyenne		Min.		Max.	
3219		Septembre: 2441		Janvier: 4507	

Réduction de l'horaire de travail	Entreprises	Personnes touchées	Heures perdues
1976 Moyenne	395	12 327	430 448
1981 Moyenne	25	691	32 838
1982 Moyenne	76	3 491	138 582
1983 Moyenne	116	5 063	212 220
1984 Moyenne	39	1 227	66 709
1985 Moyenne	10	128	8 333
Juillet 1985	1	4	104
Max. Janvier 1985	36	571	40 515

Kurzarbeit	Betriebe	Betroffene Personen	Ausfallstunden
<i>Wetterbedingte Arbeitsausfälle, vor 1984 nicht separat erhoben</i>			
1984 Durchschnitt	15	188	7 550
1984 Min. Juli	—	—	—
1984 Max. Februar	59	856	41 518
1985 Durchschnitt	41	659	45 830
1985 Min. Oktober	—	—	—
1985 Max. Januar	287	4 160	359 769

Tabelle 7:
Übersicht Ausländerkontingente, Zuteilungen 1985

Branchen	Deutschsprachiger Teil des Kantons	Berner Jura	Total
<i>Kontingent Jahresaufenthalter (inkl. Übertrag)</i>			
Industrie, Gewerbe, Verwaltung,			750
Gastgewerbe und Hausdienst	300	65	365
Gesundheits- und Fürsorgewesen			365
Erziehungswesen, Landwirtschaft			
<i>Kontingent Saisoniers</i>			
Baugewerbe			5 200
Baunebengewerbe			730
Hotel- und Gastgewerbe			7 000
Übrige Wirtschaftszweige mit Saisoncharakter			1 891
			14 821
<i>Kontingent Kurzaufenthalter/au-pair</i>			
			419

Tabelle 8: Übersicht über den Geschäftsgang im Bereich Arbeitslosenversicherung

Art des Geschäfts	1984	1985
Überweisungen zum Entscheid	255	278
Meldungen von Gemeindearbeitsämtern	549	525
Kursgesuche	1 368	509
Pendlerkosten- und Wochenaufenthalterbeiträge	33	39
Erlassgesuche	8	53
Voranmeldungen Kurzarbeit	2 309	962
Gesuche um Befreiung Karenztage	57	2
Meldungen Schlechtwetter	3 284	9 623
Beschwerden an das Versicherungsgericht	123	220
Überprüfung Kassenverfügungen	8 924	10 535
Verschiedenes	53	196

Tabelle 9: Krisenhilfe

Für 1985 liegen noch keine genauen Zahlen vor		
	1983	1984
Anzahl Bezüger von Krisenhilfe	276	427
Anzahl beteiligte Gemeinden	45	46
Anzahl entschädigte Tage	10 857	16 382
	Fr.	Fr.
Beiträge zu Lasten Kanton	278 727.–	526 496.45
Beiträge zu Lasten Gemeinden	273 207.–	522 226.45
Total Entschädigungen Krisenhilfe	551 934.–	1 044 452.90

Tabelle 10: Leistungen der kantonalen Arbeitslosenkasse

Art der Entschädigung	Anzahl Abrechnungen	Anzahl Betriebe	Anzahl Bezüger	Total
Ganzarbeitslosigkeit	28 104	—	—	39 611 737.10
Kurzarbeit	—	535	2 893	2 152 277.60
Schlechtwetter-entschädigung	—	966	6 074	4 493 474.80

Réduction de l'horaire de travail

	Entreprises	Personnes touchées	Heures perdues
<i>Perte de travail en cas d'intempéries, chiffres non distincts avant 1984</i>			
1984 Moyenne	15	188	7 550
1984 Min. Juillet	—	—	—
1984 Max. Février	59	856	41 518
1985 Moyenne	41	659	45 830
1985 Min. Octobre	—	—	—
1985 Max. Janvier	287	4 160	359 769

Tableau 7:
Aperçu des contingents d'étrangers, attributions 1985

Branches	Partie germanophone du canton	Jura bernois	Total
<i>Contingent de résidents annuels (report compris)</i>			
Industrie, arts et métiers, administration, hôtellerie et restauration, service de maison	300	65	365
Hygiène publique, œuvres sociales, instruction, agriculture			365
<i>Contingent de saisonniers</i>			
Construction			5 200
Branches annexes de la construction			730
Hôtellerie et restauration			7 000
Autres secteurs économiques à caractère saisonnier			1 891
			14 821
<i>Contingent de résidents temporaires/jeunes filles au pair</i>			
			419

Tableau 8: Aperçu des cas traités par l'assurance-chômage

Types de cas	1984	1985
Cas soumis à examen	255	278
Avis des offices communaux du travail	549	525
Demandes de cours	1 368	509
Contributions aux frais quotidiens et hebdomadaires	33	39
Demandes en remise d'indemnités	8	53
Préavis de réduction de l'horaire de travail	2 309	962
Demandes en libération de jours de carence	57	2
Avis d'intempéries	3 284	9 623
Recours au Tribunal des assurances	123	220
Examens des décisions des caisses	8 924	10 535
Divers	53	196

Tableau 9: Secours de crise

Aucun chiffre exact n'existe encore pour 1985	1983	1984
Nombre de bénéficiaires	276	427
Nombre de communes participantes	45	46
Nombre de jours indemnisés	10 857	16 382
	Fr.	Fr.
Contributions à la charge du canton	278 727.–	526 496.45
Contributions à la charge des communes	273 207.–	522 226.45
Total des indemnités secours de crise	551 934.–	1 044 452.90

Tableau 10: Prestations de la Caisse cantonale de chômage

Types d'indemnisation	Nombre de décomptes	Nombre d'entreprises	Nombre de bénéficiaires	Total
Chômage complet	28 104	—	—	39 611 737.10
Réduction de l'horaire de travail	—	535	2 893	2 152 277.60
Indemnités pour intempéries	—	966	6 074	4 493 474.80

Art der Entschädigung	Anzahl Abrechnungen	Anzahl Betriebe	Anzahl Bezüger	Total
Insolvenzentschädigung	-	26	104	557 035.40
Präventivmassnahmen	-	-	443	606 634.10
Total	28 104	1 527	9 514	47 421 159.-

Tabelle 11: *Immobilien-Treuhänder und Immobilien-Verwalter*

Immobilien-Treuhänder	1983	1984	1985
Bestandene Prüfungen	104	- ¹	152
Neu erteilte Bewilligungen	19	30	43
Bestand der Immobilien-Treuhänder 31. Dezember	300	328	320

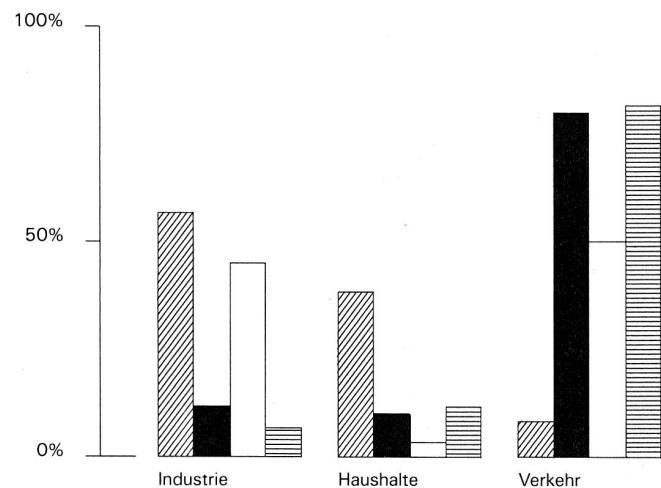
Immobilien-Verwalter ²	1983	1984	1985
Neu erteilte Bewilligungen	-	-	132
Bestand der Immobilien-Verwalter am 31. Dezember	-	-	132

¹ Die Prüfungen kamen erst im Frühjahr 1985 zum Abschluss.² Erstmals ab 1. November 1984 bewilligungspflichtig.Tabelle 12: *Ausverkäufe*

	1984	1985
Sonderverkäufe vom 15. Januar bis 28. Februar	647	706
Sonderverkäufe vom 1. Juli bis 31. August	551	667
Teilausverkäufe	63	78
Totalausverkäufe	53	43
Total	1314	1494

Tabelle 13: *Uhrenbeobachtung*

	1982	1983	1984	1985
Anzahl geprüfte Chronometer	156 290	164 230	164 867	207 769
Veränderungen in % gegenüber Vorjahr	-10%	+5%	+0,4%	+26%

Graphik 1:
Herkunft und Ursache der heutigen Luftverschmutzung

Schwefeldioxid (SO₂)

Kohlenwasserstoffe (HC)

Dioxyde de soufre (SO₂)

Hydrocarbures (HC)

Stickoxide (NO_x)

Kohlenmonoxid (CO)

Oxydes d'azote (NO_x)

Monoxyde de carbone (CO)

Types d'indemnisation	Nombre de décomptes	Nombre d'entreprises	Nombre de bénéficiaires	Total
Indemnités pour insolvenabilité	-	26	104	557 035.40
Mesures préventives	-	-	443	606 634.10
Total	28 104	1 527	9 514	47 421 159.-

Tableau 11: *Régisseurs et courtiers en immeubles et gérants d'immeubles*

Régisseurs et courtiers en immeubles	1983	1984	1985
Examens réussis	104	- ¹	152
Nouvelles autorisations accordées	19	30	43
Effectif au 31 décembre	300	328	320

¹ Les examens n'ont été terminés qu'au printemps 1985.

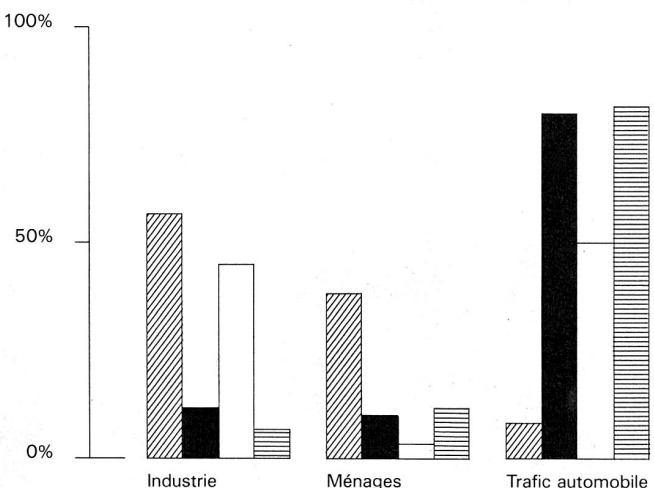
Gérants d'immeubles ²	1983	1984	1985
Nouvelles autorisations accordées	-	-	132
Effectif au 31 décembre	-	-	132

² Soumis à autorisation depuis le 1^{er} novembre 1984 seulement.Tableau 12: *Ventes et liquidations*

	1984	1985
Ventes spéciales du 15 janvier au 28 février	647	706
Ventes spéciales du 1 ^{er} juillet au 31 août	551	667
Liquidations partielles	63	78
Liquidations totales	53	43
Total	1314	1494

Tableau 13: *Contrôle des chronomètres*

	1982	1983	1984	1985
Nombre de chronomètres contrôlés	156 290	164 230	164 867	207 769
Différence en % par rapport à l'exercice précédent	-10%	+5%	+0,4%	+26%

Graphique 1:
Origines et causes de la pollution atmosphérique actuelle

Schwefeldioxid (SO₂)

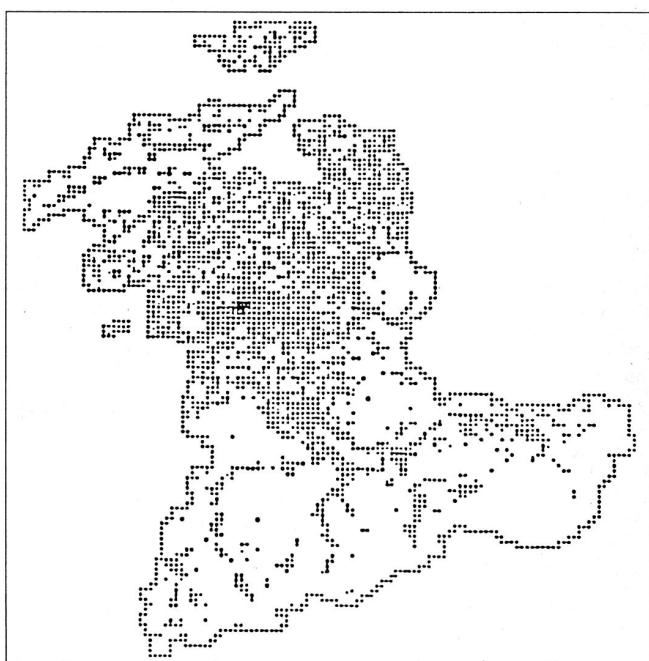
Hydrocarbures (HC)

Oxydes d'azote (NO_x)

Monoxyde de carbone (CO)

Kohlenmonoxid (CO)

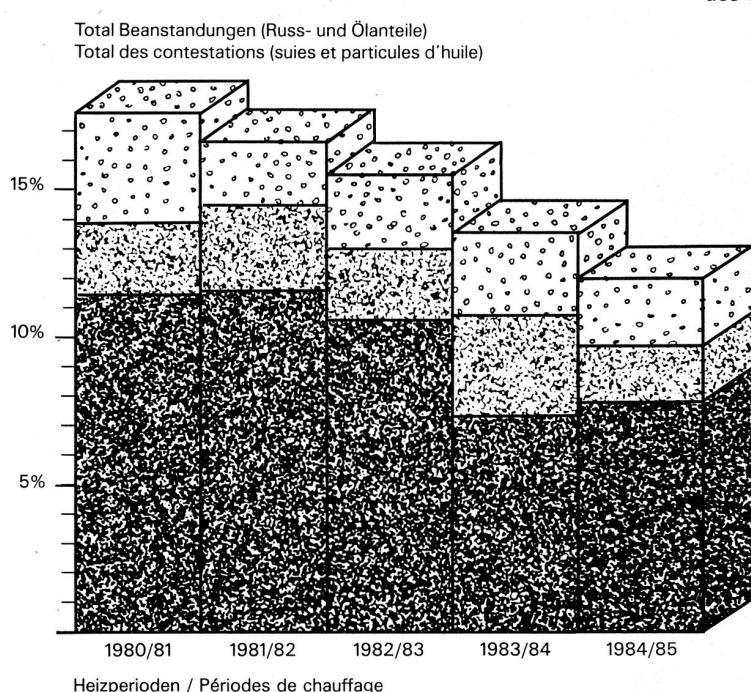
Graphik 2:
Der Schwefeldioxid-Kataster (SO_2) des Kantons Bern



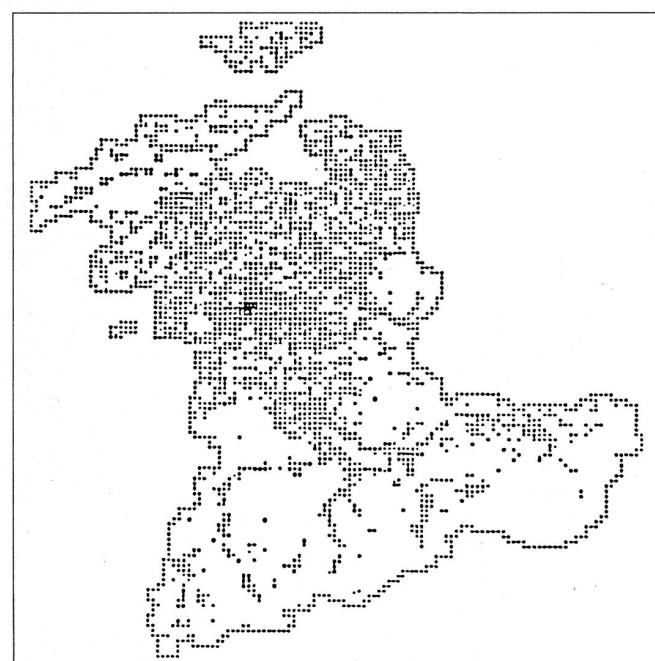
Graphik 3: Heutige Situation der lufthygienischen Belastung im Immissionsbereich

Region	Immissionskonzentrationen (Jahresmittelwerte) Concentrations des polluants (valeurs annuelles)				Région
	SO_2 ($\mu\text{g}/\text{m}^3$)	NO_2 ($\mu\text{g}/\text{m}^3$)	HC ($\mu\text{gC}/\text{m}^3$)	O_3 ($\mu\text{g}/\text{m}^3$)	
Alpine Gebiete (über 2000 m ü.M.)	2–3	2–3	< 5	60–90	Régions alpines (+ 2000 m)
Ländliche Gebiete	8–12	20–30	5–10	40–70	Régions rurales
Agglomerationen	30–40	30–50	50–200	30–50	Agglomérations
Stadtzentren	50–70	60–140	100–500	20–30	Centre des villes

Graphik 4: Lufthygienische Beanstandungen von Ölfeuerungsanlagen nach Schadstoffen und Heizperioden



Graphique 2: Relevé cadastral du dioxyde de soufre (SO_2) dans le canton de Berne



Graphique 3: Etat des immissions polluant l'atmosphère

- Beanstandungen mit unverbrannten Ölanteilen in den Abgasen
- Contestations dues aux particules d'huile non brûlée dans les gaz d'échappement
- Beanstandungen mit Russ und unverbrannten Ölanteilen
- Contestations dues à la suie et aux particules d'huile non brûlée
- Beanstandungen mit zu hoher Russzahl
- Contestations dues à une trop forte quantité de suie

Heizperioden / Périodes de chauffage

Volkswirtschaft	Economie publique	105
2.6 Wirtschaftliche Landesversorgung	2.6 Approvisionnement économique	
2.6.1 <i>Gesetzgebung</i>	2.6.1 <i>Législation</i>	
<p>Der Grosse Rat hat am 29. August 1985 das neue Dekret über die Organisation der wirtschaftlichen Landesversorgung beschlossen. Damit wird der Vollzug der zahlreichen neuen Bundesvorschriften, gestützt auf das vorhandene Personal und die Infrastruktur der Verwaltung, ermöglicht. Das Dekret wird zusammen mit dem Gesetz über die Katastrophenhilfe und Gesamtverteidigung im Kanton Bern voraussichtlich spätestens am 1. Januar 1987 in Kraft gesetzt. In der Zwischenzeit werden die erforderlichen Ausführungsbestimmungen ausgearbeitet.</p>	<p>Le Grand Conseil a arrêté, le 29 avril 1985, le nouveau décret sur l'organisation et les tâches de l'approvisionnement économique. Les nouvelles prescriptions fédérales pourront par là-même être appliquées, aussitôt que le personnel nécessaire aura été désigné et l'infrastructure de l'administration mise en place. Le décret entrera probablement en vigueur le 1^{er} janvier 1987 au plus tard, en même temps que la loi sur les secours en cas de catastrophes et la défense générale dans le canton de Berne. Dans cet intervalle, les dispositions et d'exécution nécessaires seront élaborées.</p>	
2.6.2 <i>Vorbereitungsarbeiten</i>	2.6.2 <i>Travaux de préparation</i>	
<p>Neben den gesetzgeberischen Arbeiten stand vor allem die Schaffung einer neuen, umfassenden Dokumentation für die Gemeinden im Vordergrund. Diese soll den kommunalen Verantwortlichen als Arbeitshilfe für den Auf- und Ausbau einer zweckmässigen Gemeindeorganisation dienen. Sie soll zudem auch als Ausbildungsmittel und Nachschlagewerk für alle wichtigen Fragen der wirtschaftlichen Landesversorgung eingesetzt werden können. Zurzeit liegt ein erstes Konzept vor. Die Gemeindeberatungen wurden etwas zurückgestellt. Dennoch wurden 21 Gemeinden – hauptsächlich solche ohne bisherige Organisation – besucht (Vorjahr 53).</p>	<p>Outre l'élaboration de textes législatifs, l'activité a principalement consisté à réunir une nouvelle documentation bien étouffée à l'intention des offices communaux, qui sera un instrument de travail pour les responsables de l'approvisionnement économique à l'échelon communal. Elle contiendra d'utiles renseignements pour l'instruction du personnel et servira de référence pour résoudre les problèmes essentiels de l'approvisionnement économique. Actuellement, un premier projet a déjà été présenté.</p> <p>Les activités de consultation ont été mises provisoirement au second plan. Il n'en demeure pas moins que 21 communes ont pu être visitées, dont la majorité ne disposaient pas encore d'une organisation propre (année précédente: 53).</p>	
2.7 Sozialversicherung	2.7 Assurance sociale	
2.7.1 <i>Ausgleichskasse des Kantons Bern (AKB)</i>	2.7.1 <i>Caisse de compensation du canton de Berne (CCB)</i>	
<p>Der AKB sind Durchführungs- und Kontrollaufgaben aus den folgenden eidgenössischen und kantonalen Gesetzen übertragen:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Bundesgesetz vom 20. Dezember 1946 über die Alters- und Hinterlassenenversicherung, – Bundesgesetz vom 19. Juni 1959 über die Invalidenversicherung, – Bundesgesetz vom 25. September 1952 über die Erwerbsersatzordnung für Wehr- und Zivilschutzpflichtige, – Bundesgesetz vom 25. Juni 1982 über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzentschädigung, – Bundesgesetz vom 20. Juni 1952 über die Familienzulagen in der Landwirtschaft, – Bundesgesetz vom 19. März 1965 über Ergänzungsleistungen zur AHV und IV, – Bundesgesetz vom 20. März 1981 über die Unfallversicherung, – Bundesgesetz vom 25. Juni 1982 über die berufliche Alters-, Hinterlassen- und Invaliden-Vorsorge, – Gesetz vom 17. April 1966 über die Ergänzungsleistungen zur AHV und IV, – Gesetz vom 5. März 1961 über Kinderzulagen für Arbeitnehmer, – Gesetz vom 8. Juni 1958 über Familienzulagen in der Landwirtschaft, – Gesetz vom 28. Juni 1964 über die Krankenversicherung, – Gesetz vom 11. Juni 1922 über die Versicherung der Fahrhabe gegen Feuersgefahr. <p>Die gesamten Leistungen aus allen Sozialversicherungswerken beliefen sich im Jahr 1985 auf 1,272 Milliarden Franken, die verbuchten Beiträge auf 691,6 Millionen Franken.</p>	<p>Il échoit à la CCB des tâches d'application et de contrôle découlant des lois fédérales et cantonales ci-après:</p> <ul style="list-style-type: none"> – loi fédérale du 20 décembre 1946 sur l'assurance-vieillesse et survivants, – loi fédérale du 19 juin 1959 sur l'assurance-invalidité, – loi fédérale du 25 septembre 1952 sur le régime des allocations pour perte de gain en faveur des personnes astreintes au service militaire ou à la protection civile, – loi fédérale du 25 juin 1982 sur l'assurance-chômage obligatoire et l'indemnité en cas d'insolvabilité, – loi fédérale du 20 juin 1952 sur les allocations familiales dans l'agriculture, – loi fédérale du 19 mars 1965 sur les prestations complémentaires à l'AVS et à l'AI, – loi fédérale du 20 mars 1981 sur l'assurance-accidents, – loi fédérale du 25 juin 1982 sur la prévoyance professionnelle vieillesse, survivants et invalidité, – loi du 17 avril 1966 sur les prestations complémentaires à l'AVS et à l'AI, – loi du 5 mars 1961 sur les allocations pour enfants aux salariés, – loi du 8 juin 1958 sur les allocations familiales dans l'agriculture, – loi du 28 juin 1964 concernant l'assurance en cas de maladie, – loi du 11 juin 1922 sur l'assurance mobilière contre l'incendie. <p>Les prestations globales de toutes les branches de l'assurance sociale se sont élevées à 1,272 milliard de francs durant l'année 1985, tandis que les cotisations comptabilisées durant le même laps de temps totalisent un montant de 691,6 millions de francs.</p>	

2.7.2 Durchführung von Bundesaufgaben

Gestützt auf die bundesrätliche Verordnung 86 über Anpassungen an die Lohn- und Preisentwicklung bei der AHV/IV sind die Renten der AHV/IV auf den 1. Januar 1986 erhöht worden. Die Erhöhung bei den einzelnen Renten beträgt durchschnittlich 4,34 Prozent. Massgebend für die Erhöhung ist der sogenannte Mischindex. Die Vorbereitung und Durchführung der Umrechnung von über 100 000 Renten erfolgte dank dem Einsatz moderner Arbeitsmittel (EDV) programmatisch, und die neuen Leistungen konnten termingerecht ausbezahlt werden.

Auf dem Gebiete der Ergänzungsleistungen zur AHV/IV hat der Bundesrat den Rahmen der Einkommensgrenzen und die höchstmöglichen Mietzinsabzüge angehoben. Diese Änderungen gelten ab 1. Januar 1986.

Am 4. Oktober 1985 haben die eidgenössischen Räte eine umfassende Revision des Bundesgesetzes über die Ergänzungsleistungen beschlossen. Das Inkrafttreten erfolgt voraussichtlich auf den 1. Januar 1987. Ferner hat der Bundesrat im Rahmen der Aufgabenneuerverteilung beschlossen, die Bundesbeiträge an die Ergänzungsleistungen massiv herabzusetzen. Für den Kanton Bern wird dies im Jahre 1986 eine Reduktion der Bundesbeiträge von bisher 61 Prozent auf 29 Prozent zur Folge haben. Die Aufwendungen für Bezüger im Kanton Bern betrugen im Jahre 1985 ca. 116 Millionen Franken.

2.7.3 Durchführung kantonaler Aufgaben

Mit Verordnung vom 16. Oktober 1985 über Anpassungen bei den Ergänzungsleistungen zur AHV/IV hat der Regierungsrat das kantonale Gesetz den höchstmöglichen Ansätzen des Bundesrechts angepasst. Die Auswirkungen der Revision auf die zur Auszahlung gelangenden Ergänzungsleistungen werden erst Ende 1986 ersichtlich sein. Jedenfalls wird aber der Kanton durch die erweiterten Leistungen einerseits und die Kürzung der Bundesbeiträge andererseits eine erhebliche Mehrbelastung tragen müssen.

Für die kantonalen Familienzulagen in der Landwirtschaft wurde ein Dekret ausgearbeitet, das die Abstufung der Einkommensgrenze für den Bezug von Kinderzulagen in der Landwirtschaft vorsieht. Diese Änderung drängte sich im Hinblick auf die Einführung einer flexiblen Einkommensgrenze im Bundesgesetz über Familienzulagen in der Landwirtschaft auf. Sie soll auf den 1. April 1986 in Kraft treten.

2.7.4 Besondere Aktivitäten

Im Zuge der Rationalisierungsbestrebungen und der Verbesserung der Serviceleistungen an die Versicherten wurde auf den 1. August 1985 für den Sektor Renten und Ergänzungsleistungen eine neue EDV-Applikation installiert. Das Programmpaket ist von der Ausgleichskasse St. Gallen entwickelt worden, und es steht für 17 Ausgleichskassen im Einsatz. Die neue Lösung erlaubt eine schnellere Bearbeitung der Renten und Ergänzungsleistungen.

Auf dem Gebiete der Mitarbeiterschulung hat die AKB Einführungskurse für neue Leiter und Informationstagungen für alle Leiter von Gemeindeausgleichskassen in beiden Amtssprachen durchgeführt. Die laufenden Änderungen und Verfeinerungen im Sozialversicherungssystem stellen sehr hohe Anforderungen an die mit dem Vollzug Beschäftigten.

2.7.2 Exécution des tâches fédérales

En vertu de l'ordonnance du Conseil fédéral 86 sur les adaptations des rentes AVS/AI à l'évolution des salaires et des prix, les rentes AVS/AI ont été augmentées dès le 1^{er} janvier 1986. L'augmentation moyenne des diverses rentes s'élève à 4,34 pour cent. La base déterminante pour le pourcentage d'augmentation a été donnée par l'indice mixte AVS. La préparation et l'accomplissement des conversions de plus de 100 000 rentes a pu se faire dans le cadre d'une planification comportant l'engagement de moyens modernes (TED) et toutes les nouvelles prestations ont pu être payées au terme fixé.

Dans le domaine des prestations complémentaires à l'AVS/AI, le Conseil fédéral a relevé les limites de revenu et les montants maximaux des déductions pour le loyer. Ces modifications sont valables dès le 1^{er} janvier 1986.

Le 4 octobre 1985, les Chambres fédérales ont approuvé une révision générale de la loi fédérale sur les prestations complémentaires. Les nouvelles dispositions entreront vraisemblablement en vigueur le 1^{er} janvier 1987. En outre, dans le cadre du partage des tâches entre la Confédération et les cantons, le Conseil fédéral a décidé d'abaisser massivement les contributions de la Confédération aux prestations complémentaires à l'AVS/AI. Pour le canton de Berne, cette décision aura pour conséquence en 1986 une réduction des contributions de la Confédération de 61 pour cent jusqu'ici à 29 pour cent désormais. En 1985, les prestations complémentaires allouées aux ayants-droit se sont élevées à environ 116 millions de francs.

2.7.3 Exécution des tâches cantonales

Par son ordonnance du 16 octobre 1985 sur les adaptations des prestations complémentaires à l'AVS/AI, le Conseil-exécutif a adapté la loi cantonale aux taux maximaux du droit fédéral. Les effets de cette révision sur le montant des paiements de prestations complémentaires apparaîtront seulement à la fin de l'année 1986. Toutefois, il est certain que, vu l'augmentation des prestations, d'une part, et la diminution des contributions fédérales, d'autre part, il en résultera une augmentation considérable de la charge que devra supporter le canton.

Un décret portant sur les allocations familiales cantonales dans l'agriculture a été élaboré, à teneur duquel il est prévu d'échelonner la limite de revenu donnant droit aux allocations pour enfants. Cette modification s'imposait eu égard à l'introduction d'une limite flexible de revenu dans la législation fédérale sur les allocations familiales dans l'agriculture. Cette nouvelle disposition entrera en vigueur le 1^{er} avril 1986.

2.7.4 Activités particulières

Dans l'optique des efforts de rationalisation et de l'amélioration des prestations de services aux assurés, une nouvelle application TED a été mise en service dès le 1^{er} août 1985 dans le domaine des rentes et des prestations complémentaires. Le package a été développé par la Caisse de compensation du canton de Saint-Gall et il est en application dans 17 caisses de compensation. Cette nouvelle solution permet d'accélérer le traitement des cas de rentes et de prestations complémentaires.

Dans le domaine du perfectionnement du personnel, la CCB a organisé dans les deux langues officielles des cours d'introduction, à l'intention des préposés aux offices communaux de compensation nouvellement entrés en fonction, ainsi que des cours d'instruction ouverts à tous les préposés déjà en fonction. Les modifications et affinements fréquents du régime des assurances sociales occasionnent de lourdes exigences envers les personnes chargées de l'exécution des dispositions légales.

Über den Geschäftsumfang der AKB in Zahlen orientiert die nachstehende tabellarische Übersicht.

2.7.5 Tabellarische Übersicht¹

2.7.5.1 Abrechnungspflichtige und Beiträge

	1984 Anzahl Nombre	Fr.	1985 Anzahl Nombre	Fr.	
Abrechnungspflichtige Arbeitgeber, Selbständigerverbende und Nichterwerbstätige	68 328	603 890 747	68 197	631 138 082	Employeurs assujettis à décompte, indépendants et non actifs Cotisations AVS/AI/APG/AC
Beiträge AHV/IV/EO/ALV					Cotisations pour les allocations familiales dans l'agriculture (droit fédéral)
Beiträge für landwirtschaftliche Familienzulagenordnung Bund		1 010 516		1 107 521	Cotisations pour les allocations familiales dans l'agriculture (droit cantonal)
Beiträge für landwirtschaftliche Familienzulagenordnung Kanton		250 322		273 151	Cotisations pour la Caisse d'al- locations familiales du canton de Berne
Beiträge für die Familienausgleichs- kasse des Kantons Bern		53 061 721		59 095 041	
Total verbuchte Beiträge		658 213 306		691 613 795	Total des cotisations comptabilisées
Mahnungen	19 677		22 065		Sommations
Betreibungen	5 761		7 211		Poursuites
Arbeitgeberkontrollen	2 331		1 419		Contrôles d'employeurs

¹ Parlamentarier und Behörden erhalten auf Wunsch den ausführlichen Jahresbericht der Ausgleichskasse des Kantons Bern

Le tableau synoptique ci-après donne une vue chiffrée de l'ensemble de l'activité de la CCB:

2.7.5 Aperçu statistique¹

2.7.5.1 Assujettis à décompte et à cotisations

	1984 Anzahl Nombre	Fr.	1985 Anzahl Nombre	Fr.	
Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV)					Assurance-vieillesse et survivants (AVS)
AHV-Renten	67 929		68 364		Rentes de vieillesse
Hilflosenentschädigungen an AHV-Rentner	1 401		1 504		Allocations pour impotents AVS
Ausgerichtete Leistungen		876 211 967		888 479 520	Prestations payées
Invalidenversicherung (IV)					Assurance-invalidité (AI)
IV-Renten	14 715		14 577		Rentes de l'AI
Hilflosenentschädigungen an IV-Bezüger	1 573		1 603		Allocations pour impotents AI
Ausgerichtete Leistungen		140 482 873		141 683 785	Prestations payées
Erwerbsersatzordnung					Régime des allocations pour perte de gain
Anzahl Bezüger	49 387		51 719		Ayants droit
Ausgerichtete Leistungen		43 808 085		44 655 222	Prestations payées
Ergänzungsleistungen zur AHV/IV					Prestations complémentaires AVS/AI
Ergänzungsleistungen	19 078		19 664		Ayants droit
Ausgerichtete Leistungen		111 534 458		115 935 388	Prestations payées
Familienzulagen für landwirtschaft- liche Arbeitnehmer und Kleinbauern					Allocations familiales pour salariés et petits paysans
Familienzulagen					Allocations familiales
nach kantonalem Recht	5 694		6 035		selon le droit cantonal
Ausgerichtete Leistungen		3 273 124		4 297 500	Allocations payées
Familienzulagen					Allocations familiales
nach Bundesrecht	14 622		15 051		selon le droit fédéral
Ausgerichtete Leistungen		17 943 282		19 566 959	Allocations payées
Kinderzulagen für Arbeitnehmer; Familienausgleichskasse des Kantons Bern (FKB)					Allocations pour enfants aux salariés; Caisse d'allocations familiales du canton de Berne (CAB)
Kinderzulagen	47 855		46 820		Allocations pour enfants
Ausgerichtete Leistungen		48 348 935		53 075 305	Allocations payées
Krankenversicherung					Assurance-maladie
Berechtigte	34 712		36 406		Ayants droit
Ausgerichtete Leistungen		4 134 353		4 339 606	Prestations payées
Total der Sozialversicherungs- leistungen		1 245 737 077		1 272 033 285	Prestations totales des assurances sociales

2.8 Lebensmittel- und Trinkwasserkontrolle

2.8.1 Allgemeine Bemerkungen

Gemäss den Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 5. Dezember 1905 über den Verkehr mit Lebensmitteln und Ge-

2.8 Contrôle des denrées alimentaires et de l'eau potable

2.8.1 Remarques générales

Conformément aux dispositions de la loi fédérale du 5 décembre 1905 sur le commerce des denrées alimentaires et de

brauchsgegenständen sind die kantonalen Lebensmittelkontrollen gehalten, den eidgenössischen Aufsichtsbehörden jährlich Bericht zu erstatten über den Vollzug der gesetzlichen Bestimmungen und über die dabei gemachten Beobachtungen. Dieser ausführliche Bericht, der namentlich auch viele fachtechnische Informationen an die Abteilung Lebensmittelkontrolle des Bundesamtes für Gesundheitswesen sowie über die Gift- und Badewasserkontrolle enthält, kann beim Kantonschemiker von interessierten Parlamentariern und Behörden angefordert werden. Es wird daher nachfolgend nur über einige Schwerpunktsprobleme des kantonalen Laboratoriums im Berichtsjahr informiert.

2.8.2 Überblick über die Tätigkeit der kantonalen Lebensmittelkontrolle im Jahr 1985

Die Arbeit der Lebensmittelkontrolle gliedert sich im wesentlichen in zwei Teile, nämlich in die Inspektionstätigkeit (Aussendienst) und in die chemischen und mikrobiologischen Untersuchungen im kantonalen Laboratorium.

Die Inspektionen im Aussendienst werden durch fünf kantone Lebensmittelinspektoren wahrgenommen; ihnen stehen die haupt- oder nebenamtlichen Ortsexperten der Gemeinden zur Seite. Durch die Lebensmittelinspektoren wurden 1985 4489 Lebensmittelbetriebe (Gastwirtschaften, Fabrikationsbetriebe, Verkaufslokale usw.) auf vorschriftsgemäße Ordnung, Sauberkeit und Anpreisung von Lebensmitteln kontrolliert. Dabei mussten 2072 Beanstandungen, insbesondere wegen mangelhaften Zustandes von Räumlichkeiten und Gerätschaften, unsachgemäßer Lagerung sowie fehlerhafter Bezeichnung von Lebensmitteln, ausgesprochen werden; die meisten Beanstandungen waren jedoch geringfügiger Art und konnten mündlich mit einer Ermahnung an Ort und Stelle erledigt werden. Neben der Inspektion von Lebensmittelbetrieben waren die Lebensmittelinspektoren mit der Erhebung von Proben für das kantonale Laboratorium beschäftigt. Zudem mussten sie insgesamt 15 Tonnen verdorbene oder mit Rückständen kontaminierte Lebensmittel beschlagnahmen. Dank der Neuanstellung einer Laborantin für die Probenerhebung konnten seit Jahresmitte die Lebensmittelinspektoren spürbar entlastet werden. Gleichzeitig konnten die Probenerhebungspläne wesentlich flexibler gestaltet und die Registrierung der Proben vereinfacht werden.

Im kantonalen Laboratorium wurden 1985 16 007 Proben von Lebensmitteln, Gebrauchsgegenständen und Trinkwasser untersucht; dabei mussten deren 1549 beanstandet werden, hauptsächlich wegen Überschreitung der chemischen und insbesondere der mikrobiologischen Toleranzwerte. Da die Lebensmittelkontrolle meist gezielt Schwachstellen im Lebensmittelverkehr zu erfassen versucht, sind die relativ hohen Beanstandungsquoten keineswegs repräsentativ für die effektive Qualitätssituation auf dem Markt.

2.8.3 Mikrobiologische Kontrolle von Ziegenkäse und Vacherin Mont d'Or

Es ist seit Jahren bekannt, dass die bakteriologische Beschaffenheit von Weich-, Ziegen- und Schafkäse aus unbehandelter Rohmilch zu Besorgnis Anlass gibt. Daraus resultierende Lebensmittelvergiftungen sind denn auch recht häufig. Allerdings blieb die diesbezügliche Aufklärungsarbeit verschiedener Fachstellen bei manchen Produzenten bis heute ohne befriedigendes Ergebnis, wie die Untersuchungen an Ziegenkäse und Vacherin Mont d'Or im Berichtsjahr zeigen. So mussten rund 60 Prozent der analysierten Ziegenkäseproben bernischer Provenienz aufgrund der mikrobiologischen Gesetzesvor-

divers objets usuels, les services cantonaux de contrôle des denrées alimentaires sont tenus de présenter aux autorités fédérales de surveillance un rapport annuel sur l'application des dispositions légales et sur les observations faites dans ce domaine. Ce rapport circonstancié, qui comporte notamment des renseignements concernant les contrôles des toxiques et des piscines ainsi que de nombreuses informations techniques à l'intention de la Division du contrôle des denrées alimentaires de l'Office fédéral de la santé publique, peut être demandé au chimiste cantonal par les autorités et par les députés qui s'y intéressent. Dans le présent commentaire, on se contentera par conséquent d'évoquer quelques problèmes importants traités par le Laboratoire cantonal au cours de l'année.

2.8.2 Aperçu des activités du Laboratoire cantonal de contrôle des denrées alimentaires en 1985

Le travail du Laboratoire se subdivise pour l'essentiel en deux catégories: les inspections (service extérieur) et les examens chimiques et microbiologiques effectués dans le Laboratoire cantonal.

Les inspections sont assurées par les cinq inspecteurs cantonaux des denrées alimentaires, qui sont aidés dans cette tâche par les experts locaux des communes travaillant à titre principal ou accessoire. En 1985, les inspecteurs des denrées alimentaires ont visité 4489 établissements (hôtels et restaurants, fabriques, magasins, etc.), afin de vérifier le respect des dispositions légales applicables aux denrées alimentaires en ce qui concerne l'ordre, la propreté et la désignation publicitaire. Il a fallu établir 2072 contestations, portant notamment sur l'état insatisfaisant des locaux et des ustensiles, le stockage inadéquat ainsi que l'appellation non conforme de denrées alimentaires. Cependant, la plupart des contestations étaient d'ordre mineur et ont pu être réglées sur place par un avertissement. Outre cette activité, les inspecteurs de denrées alimentaires ont été souvent occupés par le prélèvement d'échantillons pour le Laboratoire cantonal. De plus, ils ont dû mettre sous séquestre 15 tonnes de denrées alimentaires avariées ou contaminées. Une laborantine a été engagée pour le prélèvement des échantillons, de sorte que les inspecteurs des denrées alimentaires sont depuis le milieu de l'année nettement moins surchargés. Par ailleurs, les programmes de prélèvements d'échantillons ont été établis de façon beaucoup plus flexible, simplifiant ainsi l'enregistrement des échantillons.

En 1985, le Laboratoire cantonal a analysé 16 007 échantillons de denrées alimentaires, d'objets usuels et d'eau potable; 1549 d'entre eux ont fait l'objet d'une contestation, principalement en raison du dépassement des tolérances chimiques et microbiologiques. Comme le Laboratoire s'efforce le plus souvent de faire porter ses contrôles sur les points faibles du commerce des denrées alimentaires, le taux relativement élevé des contestations n'est nullement représentatif de la qualité des produits proposés sur le marché.

2.8.3 Contrôles microbiologiques de fromages de chèvre et de vacherins Mont d'Or

La qualité bactériologique des fromages mous, de chèvre et de lait de brebis fabriqués avec du lait cru non traité, est un sujet d'inquiétude bien connu depuis des années. Des intoxications alimentaires causées par ces fromages se produisent assez souvent, mais les enquêtes menées par divers services spécialisés auprès de nombreux producteurs n'ont pas donné jusqu'à présent de résultats satisfaisants. Les analyses effectuées au cours de l'année sur les fromages de chèvre et les vacherins Mont d'Or en sont la preuve: ainsi, 60 pour cent des échantillons de fromage de chèvre d'origine bernoise ont été

schriften als gesundheitsgefährdend oder verdorben beschlagnahmt werden. Heute nun dürfen die betroffenen Produzenten ihre Ware erst wieder vermarkten, wenn sie deren einwandfreie bakteriologische Beschaffenheit nachweisen können. Zudem sollen die Ziegenkäseproduzenten mit Kreisschreien erneut auf die möglichen gesundheitlichen Risiken bei Ziegenkäse, der aus roher Milch hergestellt wird, aufmerksam gemacht werden; Fachleute vertreten heute die Meinung, dass nur eine vorgängige Wärmebehandlung der Ziegenmilch (Thermisierung oder Pasteurisierung) eine gute bakteriologische Qualität des Käses garantieren kann.

Zur selben Schlussfolgerung sind nun endlich auch die Produzenten von Vacherin Mont d'Or im Kanton Waadt gelangt, allerdings erst nachdem in einer Gemeinde des Kantons Bern eine eindeutig auf den Konsum dieses Weichkäses zurückgeführte Salmonellenepidemie ausgebrochen war. Hier hatten verschiedene Meldungen der Ärzte über Magen-Darm-Erkrankungen den Ortsexperten und das kantonale Laboratorium alarmiert. Nach einer präventiv durchgeföhrten Chlorung des Trinkwassers wurden die erkrankten Personen ausnahmslos über ihre Ernährungsgewohnheiten vor dem Zeitpunkt des Krankheitsausbruchs befragt. Dies führte – zusammen mit gleichzeitig angeordneten bakteriologischen Lebensmittelanalysen – zum Auffinden der Kontaminationsquelle: Salmonellenhaltiger Vacherin Mont d'Or eines einzelnen Produzenten hatte die Epidemie verursacht. Diesem raschem Befund und dem nachfolgenden landesweiten Rückzug der verdächtigen Ware war es weitgehend zu verdanken, dass die Ausbreitung der Epidemie gesamtschweizerisch eingedämmt werden konnte. Heute nun wird der Vacherin Mont d'Or aus vorgängig hitzebehandelter bzw. thermisierter Milch produziert; es ist bedauerlich, dass diese mikrobiologisch zwingende Änderung des Fabrikationsprozesses erst nach Ausbruch einer Epidemie vollzogen wurde.

2.8.4 Bleiabgabe von Keramik-Geschirr

Geschirr mit bleihaltigen Glasuren kann mehr oder weniger grosse Mengen dieses sehr giftigen Metalls an Lebensmittel abgeben. Daher sind vor allem die grösseren Herstellerbetriebe dazu übergegangen, für ihr Geschirr nur noch bleifreie Glasuren zu verwenden. Viele kunsthandwerkliche Töpfereien im In- und Ausland verwenden aber auch heute noch aus Tradition Bleiglasuren, da offenbar bestimmte Farbnuancen oder Glanzeffekte nur mit diesen Glasuren zu erreichen sind. Wegen der grossen Giftigkeit des Bleis sind in der Lebensmittelverordnung strenge Anforderungen hinsichtlich der Bleiabgabe von Keramik-Geschirr festgelegt worden. Das kantonale Laboratorium Bern hat in den letzten Jahren mehrere Querschnittskontrollen von Keramik-Geschirr durchgeföhrt. Dabei wurden sowohl amtliche Proben aus dem Markt im Kanton Bern wie auch private Proben, meist Souvenir-Geschirr, untersucht. Die Resultate dieser Kontrollen zeigen, dass Geschirr aus grossen Herstellerbetrieben im In- und Ausland die Anforderungen der Lebensmittelverordnung meist erfüllen. Es handelt sich dabei um Alltagsgeschirr mit wenig oder keinem Dekor. Problematisch hingegen ist das Souvenir-Geschirr, das die Konsumenten in den Ferien einkaufen. Rund 10 bis 15 Prozent der untersuchten Privatproben erfüllen die Anforderungen der Lebensmittelverordnung nicht. Bei einigen Proben – meist südeuropäischer Herkunft – überstieg die Bleiabgabe den gesetzlichen Grenzwert um mehr als den Faktor 100! Da die Qualität der Glasur visuell nicht beurteilt werden kann, sollte Geschirr für den regelmässigen Gebrauch nur in Fachgeschäften gekauft werden.

Aber auch Keramik-Geschirr aus kleineren schweizerischen Töpfereien genügt nicht volumänglich den Vorschriften. Im vergangenen Jahr wurden Proben in den rund 50 Töpfereien im Kanton Bern erhoben und auf Bleiabgabe untersucht. Das

contestés parce que non conformes aux normes microbiologiques légales et donc dangereux pour la santé ou avariés. Désormais, les producteurs concernés ne peuvent remettre leurs produits sur le marché que s'ils peuvent en prouver la bonne qualité bactériologique. Les producteurs de fromages de chèvre recevront une circulaire qui leur indiquera une nouvelle fois quels risques pour la santé peuvent comporter leurs produits; les spécialistes pensent aujourd'hui que la qualité bactériologique du fromage ne peut être garantie que par un traitement préalable à la chaleur (thermisation ou pasteurisation).

Les producteurs vaudois de vacherin Mont d'Or sont arrivés aux mêmes conclusions, cependant seulement après qu'une épidémie de salmonellose s'est déclarée dans une commune du canton de Berne, due sans doute aucun à la consommation de ce fromage. L'expert local et le Laboratoire cantonal ont été prévenus de cette épidémie par divers médecins alarmés par des affections de l'intestin et de l'estomac. L'eau potable a tout d'abord subi un traitement chloré à titre préventif. Puis les malades ont tous été interrogés sur leurs habitudes alimentaires avant la maladie. Cette enquête ainsi que des analyses bactériologiques sur aliments effectués en même temps ont permis de trouver la cause de la contamination: les vacherins Mont d'Or d'un producteur contenaient des salmonelles. Cette rapide découverte, suivie du retrait général des marchandises douteuses, a largement contribué à empêcher que l'épidémie ne se propage dans tous le pays. Aujourd'hui le vacherin Mont d'Or doit être produit à partir de lait préalablement traité à la chaleur, c'est-à-dire thermisé. On déplore simplement qu'il ait fallu une épidémie pour faire changer le processus de fabrication.

2.8.4 Plomb dans la vaisselle en céramique

La vaisselle peut dégager sur les aliments des quantités plus ou moins importantes du plomb que contient le vernis. C'est pourquoi les plus gros fabricants de vaisselle surtout en sont arrivés à n'employer que des vernis ne contenant pas de ce métal très toxique. Mais il reste beaucoup de poteries d'art en Suisse et à l'étranger qui, par tradition, emploient encore des vernis de plomb, qui permettent d'obtenir certaines nuances de couleurs et brillances. Compte tenu de la forte toxicité du plomb, l'ordonnance sur les denrées alimentaires a fixé des normes très strictes en ce qui concerne le dégagement de ce métal de la vaisselle en céramique. Ces dernières années, le Laboratoire cantonal a effectué plusieurs contrôles sur un éventail représentatif qui ont porté tant sur des échantillons officiels prélevés sur le marché bernois que sur des échantillons obtenus chez des particuliers, la plupart étant de la vaisselle-souvenir. D'après les résultats, c'est la vaisselle provenant des gros fabricants suisses et étrangers qui en majorité satisfait aux normes légales. Il s'agit là de vaisselle pour tous les jours avec peu ou pas de décors. En revanche la vaisselle-souvenir achetée pendant les vacances est plus problématique puisqu'à l'analyse, 10 à 15 pour cent des échantillons ne satisfaisaient pas aux normes de la législation. Certains échantillons provenant surtout du sud de l'Europe – accusaient même un dégagement de plomb supérieur de plus de 100 pour cent à la limite tolérée. Etant donné que la qualité du vernis ne peut être jugée à l'œil nu, il faudrait que la vaisselle d'usage courant ne soit achetée que dans des magasins spécialisés.

D'autre part, la céramique que produisent les petites poteries suisses ne satisfait pas non plus complètement aux exigences fixées par la loi. En 1985, des prélèvements ont été faits dans près de 50 ateliers du canton de Berne. Le résultat des analyses est inquiétant: en effet, 10 pour cent environ des échan-

Ergebnis war beunruhigend: Rund 10 Prozent der Proben erfüllten die Anforderungen der Lebensmittelverordnung nicht. Für viele Keramiker war dieses Resultat vorerst unverständlich, da sie eine bewährte bleifeste Glasur verarbeiteten. Eingehende Abklärungen in einigen Töpfereien zeigten bald, wo die Ursache der erhöhten Bleiabgabe lag: Dekors mit Kupfergrün erhöhten die Bleilöslichkeit auch von sogenannt bleifesten Glasuren massiv. Die Schule für Gestaltung (Kunstgewerbeschule Bern) hat nun in Zusammenarbeit mit dem kantonalen Laboratorium Bern Richtlinien für die Herstellung von einwandfreiem Keramik-Geschirr erarbeitet. Aufgrund der unbefriedigenden Resultate wird sich jedoch der Gesetzgeber überlegen müssen, ob der Einsatz von Blei in Geschirr nicht generell verboten werden sollte. Durch die Anwendung dieses giftigen Schwermetalls in Keramik-Geschirr kann nicht nur die Gesundheit des Konsumenten, sondern auch jene des Herstellers gefährdet werden. Zudem ist auch die umweltgerechte Beseitigung bleihaltiger Abfälle (Geschirrbruch usw.) problematisch.

2.8.5 Entsorgung von Giftabfällen

Eine Hauptaufgabe des kantonalen Giftinspektors besteht in der Organisation einer sachgemäßen Beseitigung von Giftresten und Giftabfällen aus Landwirtschaft, Haushaltungen, Laboratorien sowie Kleingewerbe. Zu diesem Zweck wurde im Kanton Bern bereits vor sieben Jahren ein dichtes Netz von Giftsammelstellen eingerichtet. Dabei dienen die ca. 350 Apotheken und Drogerien des Kantons als Annahmestellen für giftige Abfälle aus den Haushaltungen, die ungefähr 170 Landwirtschaftlichen Genossenschaften für Gifte aus der Landwirtschaft. Von hier aus erfolgt der Transport der Abfälle in eine der neun Hauptsammelstellen, die in Bern, Burgdorf, Interlaken, Thun, Langenthal, Biel, Court, Zwingen und Lyssach eingerichtet sind. Das Kleingewerbe und die Schullaboratorien liefern ihre Giftabfälle direkt in eine dieser Hauptsammelstellen, wo die Mitarbeiter des Giftinspektors, unterstützt von Fachleuten des Wasser- und Energiewirtschaftsamtes, periodisch die erforderliche Sortierarbeit durchführen. Ein grosser Teil des Sammelgutes besteht aus Säuren, Farben, Insektiziden, Lösungs- und Reinigungsmitteln. Unter den Abfällen befinden sich auch immer wieder krebserzeugende oder stark umweltbelastende und daher verbotene Chemikalien wie Benzol, Arsen, DDT, gelegentlich sogar radioaktive und explosive Stoffe. Die sortierten Giftabfälle werden schliesslich einer Entsorgungsfirma zur sachgemäßen Beseitigung übergeben. Es gibt dabei verschiedene Methoden der Unschädlichmachung. Wenn immer möglich wird eine Regenerierung und Wiederverwertung der Abfallstoffe angestrebt, wie dies z. B. beim metallischen Quecksilber aus Thermometerbruch oder aber beim Silber aus Fixierbüdern der Fall ist. Zur Beseitung von Lösungsmitteln, Farben, Medikamenten dienen Verbrennungsöfen mit Rauchgasreinigung. Die Neutralisation bzw. Entgiftung von Säuren, Laugen und Cyaniden erfolgt in speziell eingerichteten Anlagen. Schwermetallverbindungen wie Arsen-, Quecksilber- oder Bleisalze schliesslich werden in der Untertagsdeponie eines ausgedienten deutschen Salzbergwerkes abgelagert.

In den kantonalen Giftsammelstellen wurden in den letzten Jahren folgende Mengen an Giftabfällen abgeliefert:

Jahr	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985
Anzahl Tonnen	19	14	14	22	28	30	40	60

Die massive Zunahme der Abfallmengen beweist, dass die anlässlich der Giftkontrollen vorgebrachte Aufforderung zum

tillons accusaient un dégagement de plomb trop élevé. Pour beaucoup de céramistes, ce résultat était incompréhensible car ils avaient travaillé avec un vernis de plomb garanti insoluble. Une enquête plus approfondie dans quelques poteries a permis de découvrir rapidement que le vert de cuivre de certains décors augmentait massivement la solubilité du plomb des vernis au plomb dit insoluble. L'Ecole des arts appliqués de Berne a travaillé avec le Laboratoire cantonal pour élaborer des directives de fabrication de vaisselle en céramique irréprochable. Mais, vu les résultats peu satisfaisants, le législateur doit sans doute se demander s'il ne faudra pas interdire globalement l'emploi de plomb pour fabriquer la vaisselle. En effet, ce métal lourd toxique dans la céramique n'est pas nocif seulement pour les consommateurs mais aussi pour les fabricants. Reste aussi à résoudre le problème de l'élimination des déchets contenant du plomb (vaisselle cassée p.ex.) sans nuire à l'environnement.

2.8.5 Elimination de déchets toxiques

Une des principales tâches de l'inspection des toxiques du canton de Berne consiste à organiser l'élimination appropriée des résidus et déchets toxiques qui proviennent de l'agriculture, des ménages, des laboratoires et des petites entreprises. Il y a sept ans, un réseau important de ramassage des déchets toxiques a été mis en place. Il y a ainsi 350 pharmacies et drogueries du canton qui servent de centres de ramassage pour déchets toxiques ménagers et environ 170 coopératives agricoles pour les toxiques de l'agriculture. Les déchets sont ensuite transportés dans un des neuf centres principaux, situés à Berne, Berthoud, Interlaken, Thoune, Langenthal, Bienne, Court, Zwingen et Lyssach. Les déchets toxiques des petites entreprises et des écoles y sont amenés directement. C'est là que les collaborateurs de l'inspection des toxiques assistés de spécialistes de l'Office de l'économie hydraulique et énergétique effectuent périodiquement le tri nécessaire. Une grande partie des déchets collectés est constituée d'acides, de peinture, d'insecticides, de solvants et de détergents. Par ailleurs, il y a toujours des produits chimiques cancérogènes ou extrêmement nocifs, donc interdits, comme le benzène, l'arsenic, le DDT, voire des substances radioactives ou explosives. Après le tri, les déchets sont confiés à une entreprise spécialisée pour élimination et neutralisés selon diverses méthodes. L'objectif est toujours, autant que possible, de régénérer et recycler la substance des déchets, comme c'est le cas pour le mercure des thermomètres cassés ou pour l'argent des bains fixateurs. Les solvants, peintures et médicaments sont brûlés dans des fours munis de dépoussiéreurs. La neutralisation ou détoxication des acides, des bases et des cyanures se fait dans des installations spécialement prévues à cet effet. Les composés de métaux lourds comme les sels d'arsenic, de mercure et de plomb sont stockés dans un dépôt souterrain d'une saline désaffectée en Allemagne.

Les centres cantonaux de collecte de déchets ont reçu au cours des dernières années les quantités suivantes de déchets toxiques:

Année	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985
Tonnes	19	14	14	22	28	30	40	60

L'augmentation massive du volume de déchets prouve que les recommandations faites lors des contrôles des toxiques sont

Sammeln und Liquidieren der Giftabfälle mehr und mehr befolgt wird. Man hat allen Grund zur Annahme, dass früher ein Grossteil der heute erfassbaren Giftabfälle in den Kehricht oder in die Kanalisation gelangten und so zur Umweltbelastung beitrugen.

2.9 Wirtschafts- und Kulturausstellungen

2.9.1 Allgemeines

In den Augen der Öffentlichkeit erscheint das Amt für Wirtschafts- und Kulturausstellungen meist als eine reine kulturelle Institution. Dieser Umstand basiert denn auch auf der weit verbreiteten Meinung, dass der Besuch von Ausstellungen – ungeachtet der jeweiligen Thematik – dem Bedürfnis nach geistiger Nahrung oder allenfalls Unterhaltung entsprechen sollte. Ohne jetzt auf die genaue Umschreibung der Tätigkeit des Amtes als einer der Träger für Öffentlichkeitsarbeit für den Kanton eingehen zu wollen, bringt diese landläufige Klassifikation einige Probleme mit sich: Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass die vergangenen Jahre einen erheblichen Zuwachs an kulturellen Veranstaltungen jeglicher Provenienz insbesondere in grösseren Ballungsgebieten erleben und dass die noch oft verbreitete Mär vom sogenannten hölzernen, kulturellen Schweizer Boden der Vergangenheit angehört. Dies hat nun aber auch zur Folge, dass auf einmal bislang kaum beachtete Aspekte wie Werbung, Medienberichterstattung und Erscheinungsbild der Institution eine immer grössere Rolle spielen. Damit verbunden sind die finanziellen Aufwendungen, die vielerorts den Stand der reinen Produktionskosten erreicht haben.

Das Ausstellungamt ist dieser Herausforderung bisher mit dem erfreulich verstärkten Engagement von privaten Sponsorgeldern begegnet. Hingegen wird es in naher Zukunft immer drängender, die Zugänglichkeit und den Besucherkomfort in den eingemieteten Räumlichkeiten des Kornhauses Bern zu verbessern. Die teilweise seit 1896 unverändert gebliebenen baulichen Verhältnisse entsprechen in keiner Weise mehr den Bedürfnissen nach Platzbedarf, rationellem Arbeitsablauf und Sicherheit. Hier muss bald einmal ein Entscheid getroffen werden, der mit den gewaltigen Anstrengungen des Amtes für qualitativ hochstehende Präsentationen im Einklang stehen sollte.

2.9.2 Ausstellungstätigkeit

Mit der absoluten Rekordzahl von 17 hauseigenen und 12 auswärtigen Ausstellungen ist mit dem bestehenden Personalbestand ein Plafond erreicht worden, den es aus mannigfachen Gründen nicht zu überschreiten gilt. Trotzdem ist es sowohl erfreulich als auch ökonomisch, wenn sorgfältig recherchierte und auf unterschiedlichste Platzverhältnisse konzipierte Ausstellungen wie beispielsweise O.R. Salvisberg, René Gardi oder der Oberaargau auch als Wanderausstellungen begehrt sind. Damit kann dem Auftrag des Amtes als Werbeträger für den Kanton Bern auch besser entsprochen werden.

Herausragendstes Beispiel einer sowohl dokumentarisch wie didaktischen Schau war das Thema Orgeln in der Schweiz. Dank einer fast dreijährigen intensiven Zusammenarbeit mit Fachleuten und grosser finanzieller Unterstützung seitens der Privatwirtschaft entstand eine Ausstellung, die internationales Echo fand. Bezeichnenderweise wurde hier der Titel des Amtes als Bindeglied zwischen Wirtschaft (Orgelbau) und Kultur (Musiker) vielen Besuchern wieder einmal bewusst.

Als erfreulich darf auch die Mitarbeit mit anderen Dienststellen der Staatsverwaltung bei konzeptionellen und technischen Beratungen für Öffentlichkeitsarbeit bezeichnet werden. Die

de mieux en mieux observées. Tout porte donc à croire qu'une grande partie des déchets toxiques finissait auparavant dans les poubelles et les canalisations et était une cause de pollution.

2.9 Expositions en matière économique et culturelle

2.9.1 Remarques générales

Le public considère le plus souvent l'Office des expositions en matière économique et culturelle comme une institution purement culturelle. En effet, il pense toujours que la visite d'une exposition – quel qu'en soit le thème – doit répondre à un besoin de nourriture spirituelle, peut-être de divertissement. Sans entrer dans une description précise des activités de l'Office, il convient de relever les quelques problèmes que pose ce préjugé couramment répandu dans le pays. Certes, les manifestations culturelles de toutes sortes se sont considérablement multipliées au cours des dernières années, surtout dans les grands centres urbains, de même il n'est plus d'actualité de parler d'une Suisse où la culture ne pousse pas. Cela étant, des aspects jusqu'à présent quelque peu négligés comme la publicité, l'information par les media et l'emblème de l'institution revêtent désormais une importance croissante, tout comme l'aspect financier qui souvent se traduit seulement par des coûts de production.

L'Office a pu jusqu'à présent suivre cette évolution grâce au soutien financier heureusement accru des particuliers. Mais il deviendra par ailleurs très urgent d'améliorer l'accès et les structures d'accueil dans les locaux loués à la Grenette à Berne. Certains de ces locaux étant restés tels quels depuis 1896, il est évident que l'espace, la sécurité et les conditions de travail ne correspondent pas aux besoins actuels. Il faudrait qu'une décision soit prise bientôt afin de répondre aux efforts déployés par l'Office pour présenter des expositions de qualité.

2.9.2 Expositions

L'organisation des 17 expositions dans les murs de l'Office et de 12 expositions extérieures, record absolu, a entraîné pour le personnel en place un maximum de travail qu'il ne faudrait, pour maintes raisons, pas dépasser. Il n'en est pas moins réjouissant, même d'un point de vue économique, que des expositions, qui sont le fruit de recherches minutieuses et qui ont été conçues pour toutes sortes d'espaces, soient réclamées comme expositions itinérantes, telles celles d'O.R. Salvisberg, de René Gardi ou de la Haute-Argovie. L'Office remplit ainsi mieux sa mission de support publicitaire pour le canton de Berne.

Le meilleur exemple d'exposition présentant un intérêt aussi bien documentaire que didactique a été «L'orgue en Suisse». Trois ans de travail intensif avec des spécialistes ainsi que les fonds importants de particuliers ont permis de mettre sur pied une exposition qui a eu un retentissement international. A cette occasion aussi, nombre de visiteurs ont compris combien l'Office, comme son titre l'indique, sert de lien entre l'économie (facture d'orgue) et la culture (musique).

La collaboration avec d'autres services de l'administration cantonale a également été fructueuse, tant pour la conception que

regelmässige Umfrage nach Ausstellungsbedürfnissen ergibt denn auch immer wieder interessante und bürgernahe Einblicke in die Tätigkeit von Regierung und Verwaltung.

	Durchschnittliche tägliche Besucherzahl	Moyenne quotidienne des visiteurs
<i>Ausstellungen Kornhaus grosser Saal:</i>		
Architekt Otto Rudolf Salvisberg	121	121
Vitrine 85 – Keramik	103	103
Eidgenössisches Stipendium für angewandte Kunst	100	100
Orgeln in der Schweiz	259	259
88. Weihnachtsausstellung des bernischen Kunstgewerbes	439	439
<i>Ausstellungen Kornhaus Galerie:</i>		
Schriftsteller Albert Steffen	30	30
Die Rätoromanen	40	40
100 Jahre Typografische Vereinigung Bern	25	25
Schriftmusterbücher im Wandel der Zeit	10	10
Emmental-Fotografen Walter und Peter Studer	15	15
Konstruktive Form	40	40
Fac-Simile, Buchkunst und Faksimiliertechnik	100	100
<i>Ausstellungen Käfigturm:</i>		
Historisches Museum Neuenstadt	107	107
Natur im Käfigturm	174	174
Der Oberaargau	136	136
Unbequeme Fragen zum Gesundheitswesen	115	115
Bücher-Novitäten mit Sonderschau Globi-Buch	128	128
<i>Auswärtige Ausstellungen:</i>		
Basel (O.R. Salvisberg, Orgeln in der Schweiz)		
Zürich (O.R. Salvisberg)		
Bern Elfenau (Schweizer Kunsthhandwerk)		
Bern BEA (Laufental)		
Biel (Natur im Käfigturm)		
Langenthal (Oberaargau)		
Herzogenbuchsee (René Gardi, Oberaargau)		
Lausanne (O.R. Salvisberg)		
Bätterkinden (René Gardi)		
Jerisberghof (Textil und Glas)		
<i>Expositions dans la Grande salle de la Grenette</i>		
O.R. Salvisberg, architecte	121	121
Vitrine 85 – céramiques	103	103
Bourse fédérale des arts appliqués	100	100
L'orgue en Suisse	259	259
88 ^e exposition-vente de Noël des arts décoratifs bernois	439	439
<i>Expositions à la Galerie de la Grenette</i>		
Albert Steffen, écrivain	30	30
Les Rhéto-romanches	40	40
Un siècle d'association de typographes à Berne	25	25
Catalogues d'imprimerie au fil des temps	10	10
Walter et Peter Studer, photographes de l'Emmental	15	15
Forme constructive	40	40
Fac-similé, une technique au service du livre d'art	100	100
<i>Expositions à la Tour des Prisons</i>		
La Neuveville et son musée	107	107
La nature au rendez-vous	174	174
La Haute-Arovie	136	136
La santé publique en question	115	115
Les nouveautés du livre, exposition spéciale sur les livres de Globi	128	128
<i>Autres expositions:</i>		
Bâle (O.R. Salvisberg, L'orgue en Suisse)		
Zurich (O.R. Salvisberg)		
Berne, Elfenau (L'artisanat d'art suisse)		
Berne, BEA (Le Laufonnais)		
Bienne (La nature au rendez-vous)		
Langenthal (La Haute-Arovie)		
Herzogenbuchsee (René Gardi, La Haute-Arovie)		
Lausanne (O.R. Salvisberg)		
Bätterkinden (René Gardi)		
Jerisberghof (Textile et verre)		

2.9.3 Gewerbebibliothek

Die bereits im Vorjahr vollzogene Umstellung des Buch- und Zeitschriftenangebots auf die Dezimalklassifikation konnte jetzt auch auf die Archivbestände ausgedehnt werden. Damit sind die notwendigen Voraussetzungen geschaffen, mit organisatorischen und strukturellen Massnahmen den Interessenkreis für diese in vielen Berufsverbänden unbekannte Fachbibliothek zu erweitern. Gerade hier ist es allerdings unumgänglich, die räumlichen und baulichen Verhältnisse im Kornhaus entscheidend zu verbessern.

2.9.4 Öffentlichkeitsarbeit

Als Beispiel für eine erfolgreiche Medienberichterstattung galt die Ausstellung Orgeln in der Schweiz: 20 Tages- und Fachzeitschriften mit teils Mehrfachbeiträgen, Fernsehen DRS sowie fünf ausführliche Radiosendungen.

Folgende Publikationen wurden veröffentlicht:

- Naturschutz im Kanton Bern
- Orgeln in der Schweiz
- Die Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern antwortet
- Neuerscheinungen des Berner Schriftstellervereins
- Verzeichnis von Ausstellungslokalitäten im Kanton Bern, Ausgabe 1985/86

Economie publique

pour la réalisation technique de l'information. Les sondages effectués régulièrement pour connaître quelles expositions ces services souhaitaient ont toujours abouti à des expositions qui donnent un point de vue intéressant, accessible à tous, sur l'activité du Gouvernement et de l'administration.

	Moyenne quotidienne des visiteurs
<i>Expositions dans la Grande salle de la Grenette</i>	
O.R. Salvisberg, architecte	121
Vitrine 85 – céramiques	103
Bourse fédérale des arts appliqués	100
L'orgue en Suisse	259
88 ^e exposition-vente de Noël des arts décoratifs bernois	439
<i>Expositions à la Galerie de la Grenette</i>	
Albert Steffen, écrivain	30
Les Rhéto-romanches	40
Un siècle d'association de typographes à Berne	25
Catalogues d'imprimerie au fil des temps	10
Walter et Peter Studer, photographes de l'Emmental	15
Forme constructive	40
Fac-similé, une technique au service du livre d'art	100
<i>Expositions à la Tour des Prisons</i>	
La Neuveville et son musée	107
La nature au rendez-vous	174
La Haute-Arovie	136
La santé publique en question	115
Les nouveautés du livre, exposition spéciale sur les livres de Globi	128
<i>Autres expositions:</i>	
Bâle (O.R. Salvisberg, L'orgue en Suisse)	
Zurich (O.R. Salvisberg)	
Berne, Elfenau (L'artisanat d'art suisse)	
Berne, BEA (Le Laufonnais)	
Bienne (La nature au rendez-vous)	
Langenthal (La Haute-Arovie)	
Herzogenbuchsee (René Gardi, La Haute-Arovie)	
Lausanne (O.R. Salvisberg)	
Bätterkinden (René Gardi)	
Jerisberghof (Textile et verre)	

2.9.3 Bibliothèque des arts et métiers

La bibliothèque des livres et des périodiques a été entièrement réorganisée l'année dernière. Cette année, ce fut le tour des archives, qui se trouvent elles aussi maintenant répertoriées selon une classification décimale. Pareille restructuration devrait permettre d'élargir les milieux intéressés par cette bibliothèque encore inconnue de beaucoup de spécialistes. Ici aussi, il est indispensable d'améliorer radicalement les locaux de la Grenette.

2.9.4 Information au public

Le meilleur exemple d'une information réussie est encore l'exposition sur l'orgue en Suisse: articles de presse, souvent répétés, dans 20 quotidiens et revues, reportage TV sur DRS et cinq émissions de radio détaillées.

Diverses publications ont également paru sur les expositions:

- Protection de la nature dans le canton de Berne,
- L'orgue en Suisse (seulement en allemand),
- La Direction de l'hygiène publique et celle des œuvres sociales du canton de Berne répondent,
- en plus de celle sur les nouveautés du livre et de la liste des lieux d'exposition dans le canton de Berne, édition 1985/86.

2.9.5 *Rahmenveranstaltungen*

- O.R. Salvisberg: 3 Vorträge, 2 Führungen
- Vitrine 85: 2 Führungen
- Natur im Käfigturm: 18 Exkursionen, 11 Führungen
- Oberaargau: Gastronomiewochen in Stadtberner Gaststätten, 3 Besucherkonzerte
- Bücher-Novitäten: Lesungen von 12 Autoren
- Fac-Simile: 5 Führungen

2.9.6 *Sammlung angewandte Kunst*

Auf Wunsch der Kantonalen Kommission für angewandte Kunst wurde der provisorische Titel «Sammlung Gewerbe-museum» geändert. Damit soll insbesondere den neuen Beständen ab 1980 Rechnung getragen werden, die sich im Berichtsjahr um 15 Objekte (10 Ankäufe Kommission, 3 Ankäufe Fonds AWK, 2 Schenkungen) vermehrt haben. Die fortgeschrittenen Einrichtungsarbeiten erlaubten eine versuchsweise Öffnung für Besucher, wobei gleichzeitig eine als Schenkung überlassene Überwachungsanlage getestet werden konnte.

2.9.7 *Besucherstatistik*

	1985	1984
<i>Kornhaus</i>		
Grosser Saal	37 003	35 544
Galerie	16 150	16 040
<i>Käfigturm</i>		
Informationszentrum	14 251	13 899
Konferenzräume	11 075	12 851
Ausstellungsräume	32 078	32 897
<i>Gewerbebibliothek</i>		
Lesesaal	12 995	13 107
Ausgeliehene Bücher	15 012	14 110
Ausgeliehene Vorlagen	758	1 714
Ausgeliehene Zeitschriften	2 562	2 096

2.9.5 *Manifestations organisées dans le cadre des expositions*

- O.R. Salvisberg: 3 conférences, 2 visites guidées
- Vitrine 85: 2 visites guidées
- La nature au rendez-vous: 18 excursions, 11 visites guidées
- La Haute-Argovie: semaines gastronomiques dans des restaurants bernois, 3 concerts
- Les nouveautés du livre: 12 conférences d'auteurs
- Fac-similé: 5 visites guidées

2.9.6 *Collection des arts appliqués*

A la demande de la Commission cantonale des arts appliqués, le titre, encore provisoire, de la collection du Musée des arts et métiers a été changé. Il sera ainsi tenu compte plus particulièrement des pièces acquises depuis 1980, auxquelles se sont ajoutés 15 objets en 1985 (10 achats de la Commission, 3 achats avec les fonds de la Commission, 2 dons). Les travaux d'aménagement ayant bien avancé, il a été possible d'ouvrir à titre d'essai la collection aux visiteurs. L'installation de surveillance qui a été offerte a pu être testée par la même occasion.

2.9.7 *Statistique des visiteurs*

	1985	1984
<i>La Grenette</i>		
Grande salle	37 003	35 544
Galerie	16 150	16 040
<i>Tour des Prisons</i>		
Centre d'information	14 251	13 899
Salles de conférence	11 075	12 851
Salles d'exposition	32 078	32 897
<i>Bibliothèque des arts et métiers</i>		
Salle de lecture	12 995	13 107
Livres prêtés	15 012	14 110
Documents prêtés	758	1 714
Revues prêtées	2 562	2 096

2.10 **Berufsberatung**2.10.1 *Einleitung*

Der generelle Rückgang der Geburtenziffern macht sich unterschiedlich bemerkbar: Es gibt manche Region, in welcher die Schülerzahl zunehmende Tendenz aufweist. Dort muss die Berufsberatung personell sogar ausgebaut werden. Es wäre falsch zu glauben, dass bei abnehmender Schülerzahl der Personalbestand der Berufsberatungsstellen abgebaut werden könnte. Nicht die Schülerzahl bestimmt den Personalbestand! Schon die Statistik (siehe 2.10.5) zeigt, dass die Zahl der Beratungen im Berichtsjahr deutlich zugenommen hat. Die Zahl der Erwachsenen, die die Berufsberatung aufsuchen, zwecks Laufbahngestaltung, Fortbildung, Berufswechsel, Arbeitslosigkeit, nimmt deutlich zu. Gesamtschweizerisch verglichen haben wir im Kanton Bern wohl den höchsten Anteil an Erwachsenenberatung (25% aller Klienten).

Die vorausgegangenen geburtenstarken Jahrgänge sind heute die Berufstätigen, die sich mit dem starken Wandel in der modernen Berufs- und Arbeitswelt auseinanderzusetzen haben. Erwachsenenberatung ist erfahrungsgemäss sehr zeit-

2.10 **Orientation professionnelle**2.10.1 *Introduction*

La baisse générale de la natalité se fait sentir de différentes façons: dans certaines régions, le nombre des élèves a tendance à augmenter; le personnel des services de l'orientation professionnelle doit y être renforcé en conséquence. Il serait faux de croire que l'effectif du personnel travaillant dans ce domaine pourrait être réduit si le nombre des élèves diminuit, car le nombre des personnes employées n'est pas défini en fonction de ce critère. Les statistiques (ch. 2.10.5) montrent que le nombre des consultations a considérablement augmenté cette année.

Le nombre des adultes qui utilisent les services des orienteurs professionnels pour concevoir et réaliser leur carrière, pour suivre des cours de perfectionnement, changer de profession ou trouver une solution à leur problème de chômage, augmente considérablement. Comparé avec le reste de la Suisse, le canton de Berne est celui dans lequel la proportion de consultations données à des adultes est la plus élevée (25% de tous les clients).

aufwendig (eine Jugendlichenberatung erheischt nach sorgfältigen Umfragen bereits einen Aufwand von durchschnittlich sechs bis acht Stunden, verteilt auf mehrere Konsultationen). Erwachsenenberatung verlangt aber auch eine wesentlich andere, erweiterte Dokumentation und Information der Berufsberatung sowie teils auch neue Beratungsmethoden. Dieselben Erhebungen haben aufgezeigt, dass die reine Beratungsarbeit nur mehr als 50 Prozent der Arbeitszeit der Berufsberater ausmachen. Andere Anteile sind Berufswahlvorbereitung zusammen mit den Schulen, berufs- und schulkundliche Eigeninformation, A-jour-Haltung der Dokumentation, Administration, Kontakte mit der Wirtschaft, Fortbildung u. a. m. Deshalb sind die Anforderungen an die Berufsberaterausbildung auch massiv gestiegen: entweder Lizentiat in Psychologie oder sieben Semester Seminar für Angewandte Psychologie Zürich oder 3–4jährige berufsbegleitende Ausbildungskurse.

2.10.2 *Tätigkeit des Kantonalen Amtes für Berufsberatung (KABB)*

2.10.2.1 Allgemeines

Das KABB hat im Berichtsjahr vier Schwerpunkte besonders wahrgenommen:

- Aufsicht über die regionalen Berufsberatungsstellen und Mit hilfe bei deren personellem und materiellem Ausbau. Die Aufsichtsfunktion wird dadurch wahrgenommen, dass die Mitarbeiter des KABB die regionalen Beratungsstellen im Hinblick auf spezielle, fachliche und organisatorische Fragestellung besuchen. Der personelle Ausbau betrifft vereinzelt die Schaffung neuer Beraterstellen. Mindestens so häufig sind auch Dokumentalistinnen- und Sekretariatsstellen zusätzlich zu errichten.
- Beratungsarbeit: Das KABB führt regelmässig auch Beratungen durch. Dies betrifft Klienten, die mit echter Begründung ihre zuständige, regionale Stelle nicht aufsuchen wollen. Eine grosse Zahl der Klienten sind Erwachsene und darunter hat es besonders viele Arbeitslose. Im übrigen übernimmt das KABB speziell schwierige Beratungen wie z.B. Drogenabhängige, Patienten aus psychiatrischen Kliniken, Heiminsassen usw. Im Berichtsjahr wurden 273 (Vorjahr 309) Klienten beraten, 18,6 Prozent davon sind Erwachsene zwischen 20–25jährig.
- Dokumentation und Information: Das KABB hat den gesetzlichen Auftrag, eine ausführliche Dokumentations- und Informationsstelle zu führen.
- Information: Dokumentation: Sämtliche Informationen über Neuerungen in den Berufen bei Laufbahnen, bei schulischen Ausbildungswegen, bei Fort- und Weiterbildung usw. sind zu sammeln, zu erarbeiten und den regionalen Berufsberatern sowie der informationssuchenden Bevölkerung zur Verfügung zu stellen.
- Information: Entsprechend dem Zielpublikum sind angepasste Informationen zu erarbeiten, die sehr oft nicht nur die reine Tatsache enthalten, sondern auch pädagogisch/psychologisch untermauert sein müssen, um den Berufentscheidungsprozess noch besser zu fördern (siehe auch 2.10.2.3 Berufsinformation).
- Das KABB ist auch Subventionsstelle für die regionalen Berufsberatungsstellen. Im Berichtsjahr mussten insbeson-

Les classes des années précédentes à forte natalité sont devenues aujourd’hui la catégorie de la population active la plus touchée par le changement incessant qui règne dans le monde moderne du travail. Nous savons par expérience que les consultations pour adultes prennent énormément de temps (selon des sondages précis, les consultations pour les jeunes demandent déjà en moyenne six à huit heures, réparties sur plusieurs séances). L’orientation professionnelle pour adultes demande une documentation et une information plus importante et plus approfondie ainsi que parfois de nouvelles méthodes de consultation.

Les mêmes enquêtes ont montré que le seul travail de consultation représente plus de 50 pour cent de l’activité de l’orienteur professionnel. Les autres domaines de son activité sont la préparation au choix d’une profession en collaboration avec les écoles, l’information professionnelle et scolaire de l’orienteur, la tenue à jour de la documentation, l’administration, les contacts avec les milieux économiques, le perfectionnement, etc.

C’est la raison pour laquelle on exige des conseillers une formation plus complète: il faut être titulaire d’une licence en psychologie ou avoir suivi un séminaire de sept semaines en psychologie appliquée ou encore avoir suivi trois ou quatre ans de cours de formation en plus de son activité professionnelle.

2.10.2 *Activité de l’Office cantonal de l’orientation professionnelle (OCOP)*

2.10.2.1 Généralités

L’activité de l’OCOP a porté cette année sur quatre points principaux:

- Surveillance des centres régionaux d’orientation professionnelle et soutien apporté à leur développement en personnel et en matériel. La fonction de surveillance consistait pour les collaborateurs de l’OCOP à visiter les offices régionaux d’orientation en s’occupant de problèmes particuliers ainsi que de problèmes liés à la profession et l’organisation. Le renforcement du personnel a consisté ici et là à créer un nouveau poste de conseiller et surtout des postes supplémentaires de documentalistes et de secrétaires.
- Travail de consultation: l’OCOP donne régulièrement aussi des consultations. Ceci concerne les clients qui ont une raison valable de ne pas s’adresser à l’office régional compétent. Les adultes, dont une grande partie se compose de chômeurs, représente une proportion importante de l’ensemble des clients. L’OCOP s’occupe en outre des cas particulièrement difficiles: drogués, patients des cliniques psychiatriques, cas sociaux, etc. 273 consultations (309 l’année dernière) ont eu lieu, dont 18,6 pour cent d’adultes entre 20 et 25 ans.
- Documentation et information: l’OCOP est également tenu d’avoir un service de documentation et d’information très complet.
- Documentation: ce service doit rassembler, étudier et mettre à la disposition de tous les conseillers professionnels régionaux ainsi que des personnes qui cherchent à s’informer les nouveautés en matière de carrières, de voies de formation scolaire, de perfectionnement, de formation continue, etc.
- Information: les informations doivent être préparées en fonction du public cible; bien souvent, elles ne doivent pas simplement contenir des faits mais également être présentées, du point de vue psychologique et pédagogique, de manière à stimuler davantage le processus de décision dans le choix d’une profession (cf. aussi 2.10.2.3: Information professionnelle).
- L’OCOP est aussi chargé d’octroyer les subventions aux offices régionaux d’orientation professionnelle. L’Office doit en

dere die Vorbereitungen getroffen werden, den Ausfall der Bundessubvention ab 1986 aufzufangen.

2.10.2.2 Umfragen

90 Prozent aller Abschlussklassenschüler konnten kurz vor Schulende befragt werden. Die Resultate sind natürlich nur quantitativ zu verstehen. Leichtigkeiten und Schwierigkeiten beim Individuum im Treffen der Wahl insbesondere bei deren Realisierung dürften sich die Waage halten.

Eine wesentliche Entspannung auf dem Lehrstellenmarkt ist noch nicht feststellbar. Die 2,2 Prozent der Knaben und Mädchen, die noch keine Lösung gefunden haben, wurden auf die Institution der Lehrstellennachweise sowie auf das Hilfsangebot der regionalen Berufsberatungsstellen hingewiesen. Die Resultate sind zusammengefasst folgende:

78,4 Prozent der Primarschüler und 47 Prozent der Primarschülerinnen gaben an, eine Lehre oder Anlehre zu machen. 17,6 Prozent der Knaben und 46,3 Prozent der Mädchen haben sich für eine Zwischenlösung nach Abschluss der Primarschule entschlossen. Der Eintritt in eine Lehre oder Anlehre oder das Absolvieren einer Zwischenlösung sind also die Wege von rund 95 Prozent aller schulaustretenden Primarschüler! Im Vergleich dazu treten 71,5 Prozent der Sekundarschüler und 40,2 Prozent der Schülerinnen in eine Lehre ein und schalten 13,9 Prozent der Schüler und 37,8 Prozent der Schülerinnen eine Zwischenlösung ein. Im Durchschnitt schaffen rund 15 Prozent aller Sekundarschüler den Eintritt in eine höhere Mittelschule. Deutlich höher liegt der Prozentsatz der Ausländerkinder (rund 7,5%), die noch eine Lösung suchen.

Im französischen Sprachbereich ist auffällig, dass deutlich weniger Schulabgänger eine Berufslehre absolvieren, dafür treten wesentlich mehr Schüler und Schülerinnen in Mittelschulen über. Der Anteil der noch Unentschlossenen liegt höher als im alten Kantonsteil.

2.10.2.3 Berufsinformation

Die Broschüren «Zwischenlösung» und «Schulische Bildungswege» wurden überarbeitet und neu aufgelegt. Die «BW-Zytig», die an sämtliche Schüler des 7. bis 9. Schuljahres abgegeben wird, erfuhr die 2. und 3. Ausgabe. Das vom KABB alle vierzehn Tage herausgegebene Bulletin an die regionalen Berufsberatungsstellen erweist sich immer mehr als nützliches Instrument, um die Berufsberater im Kanton Bern auf dem neusten Stand zu halten.

Die neu geschaffene Stelle einer französischsprachigen Berufsinformatorin konnte besetzt werden. Damit sollen die Berufsinformationsmittel analog den deutschsprachigen, aber angepasst an die welsche Mentalität, im gleichen Masse ausgebaut werden.

2.10.2.4 Fortbildungstagungen

Über folgende Themen wurden Fortbildungstage durchgeführt: Erarbeitung eines Jahresberichtes für die regionalen Stellen, Berufe der Werbung, Anlehre, Beschäftigungsaussichten, Kontakt Berufsberater-Berufsschulen, Berufsberatung im gesellschaftlichen Umfeld, Sekretärinnentagung.

particulier prendre des mesures pour parer à la suppression des subventions fédérales à partir de 1986.

2.10.2.2 Enquêtes

90 pour cent de tous les élèves qui s'apprêtaient à quitter l'école obligatoire ont pu exprimer leur opinion. Les résultats ne doivent bien sûr être interprétés que du point de vue quantitatif: les facilités et les difficultés rencontrées par chacun d'entre eux dans le choix d'une voie de formation et surtout dans la réalisation de celui-ci sont à égale proportion.

La concurrence régnant sur le marché des places d'apprentissage n'a pas encore diminué de façon notable. Les 2,2 pour cent de jeunes qui n'ont pas encore trouvé de solution ont été invités à s'adresser à l'institution des bourses d'apprentissages, qui s'occupe de leur placement, et à solliciter l'aide des offices régionaux d'orientation professionnelle. Voici le compte-rendu des résultats:

78,4 pour cent des écoliers de l'enseignement primaire et 47 pour cent de leurs homologues féminins ont dit vouloir faire un apprentissage ou suivre une formation élémentaire. 17,6 pour cent des garçons et 46,3 pour cent des jeunes filles ont opté pour une solution intermédiaire à la fin de l'école primaire! L'apprentissage, la formation élémentaire ou le choix d'une solution intermédiaire sont donc les voies suivies par environ 95 pour cent de tous les élèves sortant de l'école primaire! A titre comparatif, 71,5 pour cent des garçons qui ont suivi un enseignement secondaire et 40,2 pour cent de leurs homologues féminins entrent en apprentissage, alors que 13,9 pour cent des garçons et 37,8 pour cent des filles choisissent une solution intermédiaire. Environ 15 pour cent en moyenne de tous les élèves de l'école secondaire choisissent d'entrer dans une école moyenne supérieure. Le pourcentage d'enfants étrangers qui cherchent encore une solution (7,5%) est nettement plus élevé.

Il est frappant de voir, dans la partie francophone du canton, que les élèves ayant terminé leur scolarité obligatoire sont moins nombreux à suivre un apprentissage. Un grand nombre d'entre eux suivent une école moyenne supérieure. Le pourcentage de ceux qui n'ont pas encore trouvé de solution est plus élevé que dans l'autre partie du canton.

2.10.2.3 Information professionnelle

Les brochures «Zwischenlösung» («Solution intermédiaire») et «Schulische Bildungswege» («Voies de formation scolaire») ont été modifiées et rééditées. Le «BW-Zytig», qui est distribué à tous les écoliers de la 7^e à la 9^e classe en est à sa troisième édition. Le bulletin bimensuel, édité par l'OCOP et distribué aux offices régionaux d'orientation professionnelle, est un instrument de travail de plus en plus utile aux conseillers professionnels, car il leur permet d'être au courant des dernières nouveautés.

Le poste nouvellement créé d'informatrice-conseillère en matière de professions de langue française est occupé. Les moyens d'information doivent être développés dans des proportions analogues à ceux rédigés en langue allemande, en les adaptant cependant à la mentalité romande.

2.10.2.4 Séminaires de formation continue

Des séminaires de formation continue traitant des thèmes suivants ont eu lieu: élaboration d'un rapport annuel pour les offices régionaux, professions dans le domaine publicitaire, formation élémentaire, perspectives d'emploi, contacts entre conseillers et écoles professionnelles, orientation professionnelle et environnement social, séminaires pour secrétaires.

2.10.3 Arbeitslosenberatung

Die Arbeitslosen wurden vorwiegend durch den spezialisierten Laufbahnberater beraten. Dieser hat aber auch den Auftrag, die regionalen Berufsberater auf diese schwierige Aufgabe vorzubereiten.

Seine Tätigkeit und Erfahrungen sind folgende: Die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist im Zunehmen. Sie müssen von den Fürsorgeinstitutionen übernommen werden. Der Berufsberatung erwachsen daraus schwierigere und problematischere Klienten: Schwierigkeiten beim Problemlösen, psychische und Verhaltensprobleme, Arbeitsstörungen verstärken sich. Der Berater muss seine Arbeit vermehrt auf die Lösung solcher Konflikte verlagern.

Im übrigen wurde auf kantonaler Ebene eine weit engere Zusammenarbeit zwischen Berufsberatung und KIGA, im speziellen mit Arbeitsamt und Arbeitslosenversicherung, angestrebt.

2.10.4 Regionale Berufsberatungsstellen

Der bisherige Gemeindeverband für Berufsberatung der Ämter Aarberg, Fraubrunnen und Büren wurde aufgelöst. Das Amt Fraubrunnen hat nun eine eigene Beratungsstelle mit 2,5 Beratern und 50 Prozent Sekretariatsstelle. In Biel wurde eine zusätzliche deutsche Stelle von 80 Prozent geschaffen. Bei der Berufsberatungsstelle Worbental und Ostermundigen konnte eine Teilzeitstelle für die Dokumentation errichtet werden. Im Bezirk Konolfingen wurde die Berufsberatung gemäss einem gründlich erarbeiteten Konzept umgestellt; erste wesentliche Änderung ist die Verlegung der Berufsberatungsstelle Biglen nach Worb. In Thun wurden die Vorarbeiten für den Umzug in neue Räumlichkeiten (auch zwecks Schaffung eines neuen Berufsinformationszentrums) intensiv vorangetrieben. Im Bezirk Wangen ist Herzogenbuchsee als Hauptstelle eingesetzt worden; das bisherige Büro in Wiedlisbach wurde als Zweigstelle beibehalten.

Die Delegiertenversammlungen der Gemeindeverbände und sehr oft auch deren Aufsichtskommissionssitzungen wurden vom KABB regelmässig besucht.

2.10.5 Berufsberatungsstatistik

Im Berichtsjahr wurden 8677 Beratungen durchgeführt. Verglichen mit dem Vorjahr (8261) ist eine Zunahme um 416 Beratungen zu verzeichnen. Diese betrifft alle Altersstufen, am stärksten aber die über 20jährigen Ratsuchenden (+ 200). Erneut zugenommen hat die Nachfrage nach anderen berufsberaterischen Funktionen nebst der eigentlichen Berufsberatungsarbeit (siehe 2.10.2.3). Z.B. die Schaffung neuer Berufsinformationszentren (»BIZ«) auch auf ländlicheren Stellen brachte eine Zunahme von ca. 2000 BIZ-Besuchern (22425). Im Rahmen der Berufswahlvorbereitung fanden bedeutend mehr Anlässe statt: Klassengespräche 705 (1984: 405), Elternveranstaltungen 337 (290), Informationsanlässe für Lehrer und übriges Publikum 243 (183). Reine Informationsgespräche fanden 4212 statt (3369). Diese Beispiele zeigen deutlich auf, dass die Berufsberatung im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit, aber auch der qualifizierten Information über Berufe und Laufbahnen, Ausbildungswege usw. eine wesentliche zusätzliche Dienstleistung gegenüber früher wahrnimmt.

2.10.3 Conseils aux chômeurs

Les chômeurs ont pu bénéficier de consultations principalement auprès de conseillers spécialisés. Ceux-ci ont également pour tâche de préparer les conseillers régionaux d'orientation professionnelle à ce travail difficile.

Leur activité et leurs expériences sont les suivantes: les services sociaux doivent prendre en charge un nombre croissant de chômeurs de longue durée. Certains clients posent par conséquent de sérieux problèmes aux responsables de l'orientation professionnelle: les difficultés à résoudre leurs problèmes, les troubles psychiques, les problèmes de comportement et de travail se multiplient. Les conseillers doivent consacrer plus de temps pour les aider à résoudre ces conflits.

Une collaboration beaucoup plus étroite est recherchée au niveau cantonal entre l'orientation professionnelle et l'OCIAMT, particulièrement avec l'Office du travail et l'Assurance-chômage.

2.10.4 Offices régionaux d'orientation professionnelle

Le syndicat de communes pour l'orientation professionnelle des offices d'Aarberg, de Fraubrunnen et de Büren a été dissous. Fraubrunnen possède maintenant son propre office d'orientation avec deux conseillers à plein temps, un conseiller et une secrétaire à mi-temps. Un poste supplémentaire à 80 pour cent a été créé à Bienne pour les germanophones. L'office d'orientation professionnelle de Worbental et Ostermundigen a créé un poste à temps partiel pour la documentation. Dans le district de Konolfingen, le service d'orientation professionnelle a été adapté selon un concept soigneusement élaboré: le premier changement important est le transfert de l'office de Biglen à Worb. À Thoune, les préparatifs du déménagement ont été accélérés (également en vue de la création d'un nouveau centre d'information professionnelle). Dans le district de Wangen, l'office principal réside désormais à Herzogenbuchsee alors que celui de Wiedlisbach joue un rôle secondaire.

Les assemblées des délégués des syndicats de communes et très souvent aussi les séances des commissions de surveillance ont fait l'objet de visites.

2.10.5 Statistiques concernant l'orientation professionnelle

8677 consultations ont eu lieu cette année, donc 416 de plus par rapport à l'année précédente (8261). Cette augmentation concerne toutes les tranches d'âge, mais plus particulièrement les personnes qui ont plus de 20 ans (+ 200).

La demande concernant d'autres fonctions que le véritable travail d'orientation professionnelle a de nouveau augmenté (cf. ch. 2.10.2.3). La création de nouveaux centres d'information professionnelle (CIPr) dans les offices au niveau régional, par exemple, a entraîné une augmentation des consultations (+ 2000; au total 22425). Dans le domaine de la préparation au choix d'une profession, les activités ont été bien plus nombreuses que l'année précédente: discussions dans les classes, 705 (1984: 405); réunions de parents, 337 (290); séances d'information pour les professeurs et le public, 243 (183). 4212 (3369) entretiens ont eu lieu, qui consistaient uniquement à fournir des informations.

Ces exemples montrent clairement que l'orientation professionnelle offre un nombre de prestations de services plus élevé qu'autrefois, tant dans le domaine des relations publiques que dans celui de l'information qualifiée sur les professions et les carrières, les voies de formation, etc.

2.10.6 *Schlussbemerkung*

Vielen regionalen Berufsberatungsstellen bereitete der Ausfall der Bundessubvention schwere Sorgen. Glücklicherweise konnte bei der Schaffung des Kantonalen Berufsbildungsgesetzes vom 9. November 1981 bereits ein Subventionsmodus gefunden werden, der dazu führt, dass der Kanton einen wesentlichen Teil dieses Ausfallen übernimmt und die Gemeinden im Durchschnitt nur eine Erhöhung ihrer Beiträge um 50 Rappen pro Einwohner zusätzlich zu tragen haben.

2.10.6 *Remarques finales*

La suppression des subventions fédérales a causé bien des soucis à de nombreux offices régionaux d'orientation professionnelle. Heureusement, un mode de subventionnement a déjà pu être introduit lors de la création de la loi cantonale du 9 novembre 1981 sur la formation professionnelle, qui amène le canton à prendre en charge une part importante de cette perte; les communes, quant à elles, n'auront à supporter en moyenne qu'une augmentation de leurs contributions de 50 centimes par habitant.

2.11 **Berufsbildung**

2.11.1 *Allgemeines*

2.11.1.1 Kantonale Berufsbildungskommission

Das bernische Berufsbildungsgesetz sieht vor, dass der Regierungsrat eine kantonale Berufsbildungskommission (BBK) als beratendes Organ der Volkswirtschaftsdirektion einsetzen kann. Die Exekutive hat nun von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht und im Berichtsjahr eine dreizehnköpfige Kommission, bestehend aus je fünf Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie drei Vertretern der Berufsschulen, bestellt. Die Vorsteher der Ämter für Berufsbildung und Berufsberatung gehören ihr mit beratender Stimme an.

An der ersten Zusammenkunft der BBK vom 12. August 1985 unter dem Vorsitz des Volkswirtschaftsdirektors wurden insbesondere Auftrag und Arbeitsweise besprochen und die gegenwärtigen und in nächster Zukunft zu lösenden Probleme erörtert. Als Präsident wurde Peter Häsliger in Interlaken und als Vizepräsident Hans-Rudolf Blatter in Bern ernannt.

2.11.1.2 Internationaler Berufswettbewerb 1985

Es wird immer wieder notwendig sein, dass sich Lehrmeister, Berufsverbände und die für die Ausbildung mitverantwortlichen Behörden Rechenschaft über den Stand der schweizerischen Berufsbildung im internationalen Vergleich geben. Der Internationale Berufswettbewerb (IBW) setzt ausbildungspolitische Massstäbe; es geht dabei nicht nur um die Förderung von jungen Spitzenkönnern, sondern vielmehr um eine Breitenentwicklung im Ausbildungsbereich. Seit je schnitt die Schweiz an solchen internationalen Veranstaltungen gut ab. So auch am IBW 1985, der im Herbst in Osaka stattfand. Die Schweizer Mannschaft – 24 frischausgelernte, in nationalen Ausscheidungskämpfen erprobte Berufsleute umfassend – holte sich drei Gold-, fünf Silber- und zwei Bronzemedaillen sowie neun Ehrenmeldungen. Im Nationenklassement plazierte sie sich hinter Korea, Japan und Taiwan an vierter Stelle und an erster Stelle der westlichen Industriestaaten. Die zehn bernischen Teilnehmer trugen mit zwei Gold- und einer Bronzemedaille sowie vier Ehrenmeldungen wesentlich zum vorzüglichen Resultat bei.

2.11.1.3 Ausbildungsbereitschaft

Die zahlenmäßig geringer werdenden Jahrgänge Schulaustreitender bewirkten eine spürbare Entschärfung der Konkurrenz-

2.11 **Formation professionnelle**

2.11.1 *Généralités*

2.11.1.1 Commission cantonale pour la formation professionnelle

La loi bernoise réglementant la formation professionnelle prévoit que le Conseil-exécutif peut instituer une Commission pour la formation professionnelle (CFPr) en tant qu'organe consultatif de la Direction de l'économie publique. L'exécutif a utilisé cette possibilité et a constitué cette année une commission de 13 membres composée de cinq représentants des employeurs, de cinq représentants des employés et de trois représentants des écoles professionnelles. Les chefs des offices de la formation et de l'orientation professionnelle participent, avec voix consultative.

Lors de la première réunion de la CFPr du 12 août 1985 sous la présidence du Directeur de l'économie publique, les débats ont porté plus particulièrement sur le mandat à remplir ainsi que sur la manière de travailler, et les problèmes à résoudre actuellement et dans le futur ont été énumérés. M. Peter Häsliger, Interlaken, a été nommé président et M. Hans-Rudolf Blatter, Berne, a été nommé vice-président.

2.11.1.2 Concours international de formation professionnelle de 1985

Les maîtres d'apprentissage, les associations professionnelles et les autorités responsables de la formation devront à l'avenir toujours rendre compte du niveau de la formation professionnelle en Suisse par rapport au niveau international. Le concours international de formation professionnelle (CIFPr) pose des jalons dans le domaine de la politique de la formation; il ne s'agit pas seulement d'encourager les jeunes les plus doués mais bien plus d'élargir le plus possible le domaine de la formation. Depuis toujours, la Suisse s'est distinguée dans les manifestations internationales, par exemple lors du CIFPr de cette année qui a eu lieu en automne à Osaka. L'équipe suisse (composée de 24 jeunes diplômés ayant fait leurs preuves dans des épreuves éliminatoires au niveau national) a gagné 3 médailles d'or, 5 d'argent et 2 de bronze ainsi que 9 titres honorifiques. Au classement par nations, elle a obtenu le quatrième rang derrière la Corée, le Japon et Taiwan, et elle s'est placée en tête des pays occidentaux industrialisés. Avec 2 médailles d'or et 1 médaille de bronze ainsi que 4 titres honorifiques, les dix participants bernois ont largement contribué à ces excellents résultats.

2.11.1.3 Dispositions des entreprises à former des apprentis

Le nombre décroissant des jeunes quittant l'école a entraîné une diminution sensible de la concurrence sur le marché des

verhältnisse auf dem Lehrstellenmarkt. Zwar kann nicht übersehen werden, dass bei verschiedenen Berufen regional und kantonal gewisse Disharmonien zwischen Angebot und Nachfrage bestehen. Der Idealzustand der Ausgeglichenheit dürfte im diesem Bereich kaum zu erzielen sein. So gibt es beispielsweise in den kaufmännischen Berufen, im Fotografen-, Gärtner- und Grafikerberuf zu viele Anwärter, während sich in bau- gewerblichen und metallverarbeitenden Berufen vielfach zu wenig Lehrstellenbewerber melden.

Es ist ein erfreuliches Zeichen der ungebrochenen Ausbildungsbereitschaft, dass trotz sinkenden Schülerzahlen die Lehrlingsbestände neue Rekordhöhen erklimmen. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Zahl der Lehrverhältnisse im Berichtsjahr um 98 Einheiten auf 27 956. Diese Zunahme resultiert insbesondere aus dem stärkeren Zustrom der Mädchen in die Berufslehren.

Allerdings mehren sich die Stimmen insbesondere aus Gewerbekreisen, die sich kritisch über die vielen Neuerungen und Auflagen der neuen Berufsbildungsgesetzgebung äussern. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass diese Innovationen – so wertvoll sie auch sind – in der Regel auf Kosten der lehrbetrieblichen Ausbildungszeit gehen (Recht auf Besuch von Freifächern, BMS und Stützkursen, Verzicht auf Nachholen versäumter Lehrzeit, Obligatorium der Einführungskurse, Führen des Arbeitsbuches während der Arbeitszeit, 5. Ferienwoche). Viele Lehrmeister bekunden je länger desto mehr Mühe – vor allem in Berufen mit hohem Anspruchsniveau –, das Ausbildungsprogramm in allen Teilen zu vermitteln. Auch die Lehrlinge geraten unter diesen Voraussetzungen immer mehr in einen unerwünschten Leistungsdruck.

In der Folge kommt es vor, dass Lehrbetriebe hin und wieder gesetzliche Vorschriften und Ausbildungsnormen «ritzen» oder sich darüber hinwegsetzen (vgl. Lehrlingsumfragen, Ziff. 2.11.2.2.). Die Lehraufsichtskommissionen als erstinstanzliche Aufsichtsbehörde werden in solchen Fällen nicht darum herumkommen, in sachlicher, aber bestimmter Art den gesetzlichen Bestimmungen Nachachtung zu verschaffen. Frachten ihre Ermahnungen an die Adresse der fehlbaren Lehrbetriebe nichts, werden sie die ihnen gemäss Berufsbildungsgesetz und Verordnung über die Berufslehre zustehenden Massnahmen treffen.

Im Interesse unserer lern- und ausbildungswilligen Jugendlichen, aber auch aus volkswirtschaftlichen, sozial- und staatspolitischen Gründen kommt der Erhaltung der Ausbildungsbereitschaft der Privatwirtschaft und der Sicherung eines quantitativ und qualitativ genügenden Lehrstellenangebots erstrangige Bedeutung zu.

2.11.2 *Berufslehre*

2.11.2.1 *Lehraufsicht*

Mit dem 1. Januar 1985 begann für die vom Regierungsrat Ende 1984 gewählten Lehraufsichtskommissionen eine neue vierjährige Amtszeit. Es handelt sich um 51 Kommissionen, bestehend aus rund 800 berufstätigen Frauen und Männern, die im Nebenamt die Aufsicht über die Lehr- und Anlehrverhältnisse ausüben.

Die Aufsicht vollzieht sich im Rahmen regelmässiger Besuche der Lehraufsichtskommissions-Mitglieder in den Lehrbetrieben. Grundsätzlich wird jedes Lehrverhältnis wenigstens einmal während seiner Dauer besucht. Diese Lehrbetriebsbesuche dienen der Überprüfung des Ausbildungsstandes sowie des gesetzes- und reglementskonformen Ablaufs der Ausbildung.

places d'apprentissage. Il ne faut pas fermer les yeux sur le fait qu'un déséquilibre existe, dans différentes professions, entre l'offre et la demande, tant au niveau régional que cantonal. Le niveau idéal de pondération ne sera vraisemblablement pas atteint dans ce domaine. C'est par exemple le cas pour les métiers commerciaux, dans les professions de photographe, de jardinier et de graphiste, où le nombre de candidats est beaucoup trop élevé, alors qu'il est trop faible dans les professions du bâtiment et de la métallurgie.

Le fait que l'effectif des apprentis atteint de nouveaux records est un signe satisfaisant des bonnes dispositions des entreprises à former des apprentis malgré le nombre décroissant des élèves. Par rapport à l'année précédente, le nombre des contrats d'apprentissage a augmenté de 98 unités pour passer à 27 956. Cette augmentation provient plus particulièrement des entrées croissantes de jeunes filles en apprentissage.

D'ailleurs, le nombre des voix se multiplie, surtout dans les milieux de l'artisanat, qui critiquent les nombreuses innovations et charges prévues par la nouvelle législation sur la formation professionnelle. Convenons que ces innovations – aussi précieuses soient-elles – se font généralement au détriment de l'apprentissage dans l'entreprise (droit de suivre des cours facultatifs, une école professionnelle supérieure et des cours d'appoint, abandon du principe de rattraper le temps perdu, obligation de suivre des cours d'introduction, de tenir un journal de travail pendant les heures de travail, 5^e semaine de vacances). Bien des maîtres d'apprentissage se plaignent d'avoir de plus en plus de peine – avant tout dans les professions où le niveau des exigences est élevé – à enseigner toutes les parties du programme de formation. Dans ces conditions, les apprentis sont ainsi eux aussi soumis à une pression toujours plus forte.

Il arrive par conséquent que les entreprises d'apprentissage enfreignent parfois les dispositions légales, ne respectent pas ou ignorent les prescriptions relatives à la formation (cf. sondages auprès des apprentis, ch. 2.11.2.2.). Dans ces cas, les commissions de surveillance des apprentissages, en tant qu'autorités de surveillance de première instance, ne peuvent faire autrement que de veiller à ce qu'elles soient respectées, de manière objective mais stricte. Si leurs exhortations à l'adresse des entreprises d'apprentissage ne donnent aucun résultat, elles prendront les mesures qui, conformément à la loi sur la formation professionnelle et l'ordonnance sur l'apprentissage, relèvent de leur compétence.

Dans l'intérêt des jeunes qui désirent s'instruire et suivre un apprentissage, mais aussi pour des raisons d'ordre économique, social et politique, le maintien des bonnes dispositions des entreprises à former des apprentis et la préservation d'une offre suffisante de places d'apprentissage aussi bien en quantité qu'en qualité revêtent une importance capitale.

2.11.2 *Apprentissage*

2.11.2.1 *Surveillance des apprentissages*

Le 1^{er} janvier 1985, les commissions de surveillance des apprentissages, élues fin 1984 par le Conseil-exécutif, ont entamé un nouveau mandat de 4 ans. Il s'agit de 51 commissions composées d'environ 800 hommes et femmes actifs qui exercent, à côté de leur activité principale, la surveillance des contrats d'apprentissage et de formation élémentaire.

La surveillance s'effectue sous forme de visites régulières des membres des commissions dans les entreprises d'apprentissage. Chaque apprenti reçoit en principe au moins une visite de surveillance pendant la durée de son contrat. Ces visites dans l'entreprise servent à contrôler le niveau de la formation ainsi qu'à vérifier si elle se déroule conformément à la loi et au règlement.

Angesichts des für Lehrling und Lehrmeister gleichermaßen bedeutsamen Besuches sah sich das Berufsbildungsamt 1985 veranlasst, die neu in eine Lehraufsichtskommission (LAK) aufgenommenen Mitglieder – rund 160 Personen – im Rahmen von zwei regionalen Informationsveranstaltungen in ihre Aufgaben einzuführen. Den bisherigen Mitgliedern wurden ebenfalls Weiterbildungsmöglichkeiten angeboten; in elf Seminaren liessen sich rund 190 Teilnehmer in der korrekten Durchführung des Lehrbetriebsbesuches schulen.

Im Berichtsjahr erschien erstmals das von einer Arbeitsgruppe, bestehend aus Mitarbeitern des Berufsbildungsamts und Vertretern der LAK, geschaffene «Handbuch für LAK-Sekretäre», ein Werk, das die Arbeit des Sekretärs in allen Einzelheiten aufzeichnet. An einem zweitägigen Seminar vom 8. und 9. November in Sigriswil wurde das Handbuch im Kreise der Sekretäre vorgestellt und damit Lösungen praktischer Fälle erarbeitet.

Die traditionelle Jahrestagung 1985 der Präsidenten und der Sekretäre der LAK und der Kreisprüfungskommissionen (KPK) vom 23. März in Bern stand ganz im Zeichen des Vorsteherwechsels. Dr. Otto Nickler sprach über Erfahrungen und Erkenntnisse, die er aus zwei Jahrzehnten langem Wirken als Amtsvorsteher gewonnen hatte. Der Volkswirtschaftsdirektor würdigte die bleibenden Verdienste Dr. Nicklers um die Förderung des bernischen Berufsbildungswesens und stellte den neuen Amtschef, Heinz Amacher, vor.

Nach jahrelangen Verhandlungen zwischen den SBB und den Privatbahnen einerseits und den eidgenössischen Berufsbildungsbehörden andererseits wurde 1985 die bisher von den genannten Institutionen betreute Ausbildung von Bahnbetriebssekretären und Bahnbetriebsdisponenten dem Bundesgesetz über die Berufsbildung (BBG) unterstellt. Beim Bahnbetriebssekretär handelt es sich um eine zwei-, beim Bahnbetriebsdisponenten um eine dreijährige Lehre. Die Unterstellung dieser beiden im Kanton Bern stark vertretenen Berufe (viele Lehrbahnhöfe SBB, BLS und andere Privatbahnen) unter das BBG hat zur Folge, dass ab 1986 das Berufsbildungsamt für Beaufsichtigung und Betreuung sowie Organisation des beruflichen Unterrichts und Durchführung der Lehrabschlussprüfung zuständig ist. Die Vorbereitungen für die Übernahme dieser neuen Berufsgruppe – man rechnet mit jährlich rund 120 bis 140 neuen Lehrverhältnissen – wurden 1985 zielstrebig an die Hand genommen. Ende 1985 wählte der Regierungsrat eine neue, kantonale Lehraufsichtskommission für Bahnberufe.

2.11.2.2 Lehrlingsumfragen

Im Frühjahr 1985 publizierte die Jugendkonferenz der Stadt Bern (Gruppe «Lehrlinge ohne Rechte») die Ergebnisse einer Lehrlingsumfrage zum Berufsbildungsgesetz. An der Umfrage beteiligten sich 900 Lehrlinge der stadtbernerischen Berufsschulen (8% des Gesamtbestandes). Die Umfrage bezog sich auf die Gebiete: Freifächer, Arbeitsbuch, Arbeitszeit, berufsfremde Arbeiten, Gewerkschaftsverbot. In der Auswertung der Ergebnisse wird, kurz zusammengefasst, behauptet, dass «über 50 Prozent aller Lehrbetriebe das Berufsbildungsgesetz von 1980 immer noch nicht einhalten».

Etant donné l'importance de ces visites autant pour l'apprenti que pour le maître d'apprentissage, l'Office de la formation professionnelle s'est vu contraint cette année d'initier à leurs nouvelles tâches les membres admis récemment dans une commission de surveillance des apprentissages (CSA) (environ 160 personnes), dans le cadre de deux réunions d'information régionales. Les membres élus au cours des années précédentes ont également eu la possibilité de se perfectionner; quelque 190 participants ont suivi, au cours de onze séminaires, une formation leur permettant d'effectuer correctement les visites dans les entreprises d'apprentissage. Cette année, un groupe de travail composé de collaborateurs de l'Office de la formation professionnelle et de représentants des CSA a publié pour la première fois un «Manuel à l'intention des secrétaires CSA»; cet ouvrage décrit en détail le travail des secrétaires. Au cours d'un séminaire de deux jours qui a eu lieu les 8 et 9 novembre à Sigriswil, ce manuel a été présenté aux personnes exerçant l'activité de secrétaire et des solutions ont pu être élaborées concernant des cas pratiques.

La traditionnelle conférence annuelle des présidents et des secrétaires des CSA et des commissions d'exams d'arrondissement (CEA) du 23 mars à Berne a eu lieu sous le signe d'un changement à la tête de l'Office. M. Otto Nickler a parlé des expériences et des résultats qu'il a acquis au cours de ses 20 ans d'activités en tant que chef de l'Office. Le directeur de l'économie publique a fait l'éloge des services rendus par M. Nickler pour encourager la formation professionnelle bernoise. Il a ensuite présenté le nouveau directeur de l'Office, M. Heinz Amacher.

Après des négociations de plusieurs années entre les CFF et les chemins de fer privés d'une part et les autorités fédérales chargées de la formation professionnelle d'autre part, les formations de secrétaire d'exploitation ferroviaire et d'agent du mouvement ferroviaire, confiées jusqu'alors aux institutions mentionnées, sont régies désormais par les dispositions de la loi fédérale sur la formation professionnelle (LFPr). Pour ce qui est des secrétaires d'exploitation ferroviaire, il s'agit d'un apprentissage de deux ans; pour les agents du mouvement ferroviaire, il est de trois ans. Etant donné que ces deux professions, fortement représentées dans le canton de Berne (il existe de nombreuses possibilités d'apprentissage aux CFF, BLS et autres chemins de fer privés), sont réglementées par la LFPr, l'Office de la formation professionnelle sera responsable, à partir de 1986, de la surveillance et de l'organisation de l'enseignement professionnel ainsi que des exams de fin d'apprentissage. Les travaux en vue de la prise en charge de ce nouveau groupe de professions – on s'attend à environ 120 à 140 contrats d'apprentissage par année – ont été entrepris avec détermination en 1985. À la fin de l'année, le Conseil-exécutif a élu une nouvelle Commission cantonale de surveillance des apprentissages pour les professions qui ressortissent aux chemins de fer.

2.11.2.2 Enquêtes auprès des apprentis

Au printemps, la conférence de la jeunesse de la Ville de Berne (groupe «apprentis sans droits») a publié les résultats d'un sondage effectué auprès des apprentis concernant la loi sur la formation professionnelle. 900 apprentis des écoles professionnelles de la Ville de Berne (8% de l'effectif total) ont participé aux enquêtes qui portaient sur les cours facultatifs, le journal de travail, l'horaire de travail, les travaux concernant un autre domaine que celui de la branche enseignée, l'interdiction de faire partie d'un syndicat. En résumé, les résultats du sondage ont montré que «plus de 50% de toutes les entreprises

Die Publikation der Umfrageergebnisse erregte Aufsehen; Tagespresse, Radio und Fernsehen (Kafi Stift) gewährten ihr breiten Raum.

Es zeigte sich, dass der Lehrlingsumfrage mehrere schwerwiegende Mängel anhafteten. So war die Fragestellung in verschiedenen Punkten unklar, irreführend, die prozentualen Berechnungen vielfach falsch, der Kommentar über weite Strecken unsachlich, polemisch. Auch der Anspruch auf Repräsentativität der Umfrage wurde in Frage gestellt.

Im Herbst 1985 veranstaltete auch der Kaufmännische Verband Bern und Umgebung eine Umfrage bei Lehrlingen an der Kaufmännischen Berufsschule Bern. Diese Umfrage, an der sich 432 Berufsschüler beteiligten, bezog sich ausschliesslich auf Lehr- und Arbeitsbedingungen. Aus der Umfrage geht insbesondere hervor, dass die Mädchen gegenüber den Knaben in bezug auf die Ausbildung in der Bürotechnologie benachteiligt werden und viele Lehrbetriebe sich angeblich nicht an die mit den bernischen Arbeitgebern abgeschlossenen Vereinbarungen über die Lehrlingslöhne halten.

Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist noch die Feststellung, dass sich 26 Prozent der an der Umfrage partizipierenden Jugendlichen mit ihrer Lehre insgesamt sehr zufrieden, 41 Prozent zufrieden, 28 Prozent mehr oder weniger zufrieden und nur gerade 4 Prozent nicht zufrieden erklärten. 1 Prozent äusserte sich nicht dazu.

Es wäre selbstverständlich unklug anzunehmen, dass im Vollzug der Berufsbildungsgesetzgebung alles zum besten bestellt sei. Unter den rund 11000 bernischen Lehrbetrieben gibt es Betriebe, die immer wieder zur Einhaltung der gesetzlichen und reglementarischen Bestimmungen ermahnt werden müssen. Andererseits haben die Lehrlinge die Möglichkeit, gegenüber den LAK-Mitgliedern ihre Klagen anzubringen. Dies setzt aber voraus, dass sie sich ihnen anvertrauen. Die Umfragen gaben den LAK indessen Anlass, bei ihren Vorsprachen in den Lehrbetrieben ein besonderes Augenmerk auf die «neuralgischen» Punkte zu richten und gegebenenfalls die notwendigen Massnahmen anzuordnen.

d'apprentissage ne respectent toujours pas la loi sur la formation professionnelle de 1980».

La publication des résultats du sondage a fait sensation: les quotidiens, la radio et la télévision lui ont accordé une large place.

Il s'est avéré que ce sondage était entaché de graves lacunes: sur bien des points, sa formulation était peu claire et trompeuse, les pourcentages étaient souvent faux, le commentaire en était souvent subjectif et polémique et sa représentativité a même été mise en doute.

En automne 1985, l'association des employés de commerce de la Ville de Berne et des environs a organisé auprès des apprentis de l'Ecole professionnelle commerciale de Berne un sondage, auquel ont participé 432 apprentis, portant exclusivement sur les conditions d'apprentissage et de travail. Ses résultats ont surtout montré qu'en ce qui concerne la formation de la technique de bureau, les jeunes filles sont défavorisées par rapport aux garçons et qu'un grand nombre d'entreprises ne respectent pas les conventions passées avec les employeurs bernois sur les salaires des apprentis.

Il faut noter aussi à ce sujet que 26 pour cent des jeunes participant à ce sondage sont dans l'ensemble très satisfaits de leur apprentissage, 41 pour cent sont satisfaits, 28 pour cent plus ou moins satisfaits et environ 4 pour cent seulement d'entre eux ne le sont pas. Un pour cent ne s'est pas prononcé.

Il serait bien sûr maladroit de supposer que tout fonctionne parfaitement dans l'application de la législation sur la formation professionnelle. Parmi les quelque 11000 entreprises d'apprentissage bernoises, il en existe qu'il faut toujours rappeler à l'ordre, car elles ne respectent pas les dispositions légales et réglementaires. D'autre part, les apprentis ont la possibilité d'exposer leurs réclamations devant les membres des CSA. Mais ceci suppose qu'ils aient confiance en eux. Les sondages ont cependant donné aux CSA l'occasion, lors de leurs visites dans les entreprises, de fixer plus particulièrement leur attention sur les points névralgiques et d'ordonner les mesures nécessaires.

2.11.2.3 Lehrvertragsabbrüche

Trotz den vielfältigen Beratungs- und Aufklärungsbemühungen der Berufsberatung, dem verstärkten Einsatz der LAK und der Ausdehnung der Lehrmeisterschulung will es bis anhin einfach nicht gelingen, die Zahl der Lehrabbrüche zu verringern. 1985 wurden 1490 Lehrverträge – 30 mehr als im Vorjahr – vorzeitig aufgelöst. Die Lehrvertragsauflösungen konzentrieren sich erwartungsgemäss auf das erste Lehrjahr und nehmen mit steigender Lehrdauer rasch ab (1. Lehrjahr: 872, 2. Lehrjahr: 427, 3. Lehrjahr: 154, 4. Lehrjahr: 37).

Zu diesen Zahlen ist allerdings zu bemerken, dass der Lehrabbruch in den meisten Fällen keinen Verzicht der Jugendlichen auf eine weitere berufliche Ausbildung bedeutet. Berufsberatung und LAK stehen jedenfalls den Jugendlichen bei der Suche nach neuen Lehrstellen und Ausbildungswegen zur Verfügung.

2.11.2.4 Lehrverhältnisse

1985 wurden im Kanton Bern 10004 Lehrverträge in Berufen, die dem Bundesgesetz über die Berufsbildung unterstehen (Biga-Berufe), neu abgeschlossen. Damit ist gegenüber dem Vorjahr ein weiterer Anstieg der Neulehrabschlüsse um 75 Einheiten oder 0,76 Prozent zu verzeichnen. Dieses Plus ergibt sich aus der Tatsache, dass die Mädchen zahlenmässig weiter im Vormarsch sind (Knaben – 36, Mädchen +11).

2.11.2.3 Résiliations de contrats d'apprentissage

Malgré les efforts répétés de consultation et d'information entrepris par les services de l'orientation professionnelle, malgré l'intervention accrue des CSA et l'extension de la formation des maîtres d'apprentissage, il n'a pas été possible jusqu'à maintenant de réduire le nombre des ruptures de contrats. 1490 contrats d'apprentissage ont été résiliés prématurément, soit 30 de plus qu'en 1984. Comme on s'y attendait, ces ruptures surviennent principalement la première année d'apprentissage et diminuent rapidement par la suite (1^e année: 872, 2^e année: 427, 3^e année: 154 et dernière année: 37).

Il faut remarquer toutefois que rupture de contrat ne signifie pas généralement renonciation définitive à une autre formation professionnelle. L'orientation professionnelle et les CSA sont à la disposition des jeunes qui cherchent une nouvelle place d'apprentissage et une autre formation.

2.11.2.4 Contrats d'apprentissage

Cette année 10004 nouveaux contrats d'apprentissage ont été conclus dans le canton de Berne dans les professions soumises à la loi fédérale sur la formation professionnelle (professions de l'OFIAMI): cela correspond à une augmentation de 75 unités, soit de 0,76 pour cent. Cet accroissement vient du fait que le nombre des jeunes filles est en progression (garçons: – 36, filles: +11).

Der schon seit zwei, drei Jahren aufgrund der sinkenden Schülzahlen prophezeite Lehrlingsrückgang trat auch im Berichtsjahr nicht ein. Die Erklärung für diese unerwartete Entwicklung liegt darin, dass einerseits ein höherer Anteil der Schulabgänger eine Berufslehre absolviert, andererseits Gewerbe, Handel und Industrie ein vielfältiges Lehrstellenangebot aufrechterhalten und in einigen Bereichen sogar erweitert haben. Vier von fünf Schulaustretenden entschliessen sich heute für eine Berufslehre.

Ende 1985 standen im Kanton Bern 27 956 *Lehrlinge und Lehrtöchter* in der Ausbildung. Das sind 98 mehr als im Vorjahr; diese Zunahme verteilt sich auf 5 Knaben und 93 Mädchen.

Folgende Berufe weisen seit Jahren die höchsten Lehrlingsbestände auf:

	1975	1985
Kaufmännischer Angestellter (ohne Büroangestellter)	3947	4989
Verkäufer (inkl. Detailhandelsangestellter)	1742	2315
Mechaniker/Feinmechaniker	2112	1456
Schreiner (seit 1979 vierjährige Lehre)	549	1148
Elektromonteur	1153	1110
Koch	624	1061
Automechaniker	1046	1053
Coiffeur (Damen- und Herrenfach)	648	837
Hochbauzeichner	706	745
Maurer	692	658
Gärtner	334	620
Zimmermann	291	534
Bäcker-Konditor	292	487
Maler	253	453
Maschinenzzeichner	554	432
Metallbauschlosser	282	353
Büroangestellter	384	338
Tiefbauzeichner	232	336

Anteil der Knaben und Mädchen am Total der Lehrverhältnisse:

Jahr	Knaben	%	Mädchen	%	Total
1975	17 029	70,2	7 255	29,8	24 284
1976	16 841	69,5	7 387	30,5	24 228
1977	17 170	68,0	8 087	32,0	25 257
1978	17 393	66,5	8 732	33,5	26 125
1979	16 636	65,9	8 623	34,1	25 259
1980	17 135	65,6	8 999	34,4	26 134
1981	17 601	65,7	9 181	34,3	26 782
1982	18 031	65,6	9 427	34,4	27 458
1983	18 013	64,6	9 853	35,4	27 866
1984	17 993	64,5	9 865	35,5	27 858
1985	17 998	64,4	9 958	35,6	27 956

Lehrverhältnisse mit ausländischen Jugendlichen:

Land	Gastgewerbe/ Hauswirtschaft m w	Gewerbe/ Industrie m w	Handel/ Verkauf m w	Total
Italien	22	7	481	97
Spanien	6	—	84	5
Deutschland	3	—	50	15
Frankreich	6	—	15	2
Österreich	1	1	20	5
Jugoslawien	1	—	17	1
Übrige	7	3	129	14
Total	46	11	796	139
			141	317
				1450

Die Zahl der im Kanton Bern ansässigen ausländischen Jugendlichen, die eine Berufslehre oder Anlehre durchlaufen,

La régression du nombre des apprentis attendue depuis deux ou trois ans en raison du nombre décroissant des élèves ne s'est pas non plus vérifiée cette année. L'explication de ce phénomène inattendu réside dans le fait que d'une part un nombre accru d'élèves suivent un apprentissage et le terminent, d'autre part que les arts et métiers, le commerce et l'industrie offrent des possibilités d'apprentissage très variées et même plus étendues dans certaines branches. Quatre jeunes sur cinq qui quittent l'école décident aujourd'hui de suivre un enseignement professionnel.

A la fin de l'année, 27 956 garçons et jeunes filles suivaient un apprentissage dans le canton de Berne, soit 98 de plus qu'en 1984; cette augmentation comprend 5 garçons et 93 jeunes filles.

Depuis des années, l'effectif des apprentis dans les professions suivantes est le plus élevé:

	1975	1985
Employés de commerce (employés de bureau non compris)	3947	4989
Vendeurs (employés du commerce de détail compris)	1742	2315
Mécaniciens/mécaniciens de précision	2112	1456
Menuisiers/ébénistes (depuis 1979, apprentissage de quatre ans)	549	1148
Monteurs-électriciens	1153	1110
Cuisiniers	624	1061
Mécaniciens en automobiles	1046	1053
Coiffeurs (pour dames et messieurs)	648	837
Dessinateurs en bâtiment	706	745
Maçons	692	658
Jardiniers	334	620
Charpentiers	291	534
Boulanger/pâtissiers	292	487
Peintres en bâtiment	253	453
Dessinateurs de machines	554	432
Serruriers-contracteurs	282	353
Employés de bureau	384	338
Dessinateurs en génie civil	232	336

Proportion des garçons et des filles par rapport au total des apprentissages:

Année	Garçons	%	Filles	%	Total
1975	17 029	70,2	7 255	29,8	24 284
1976	16 841	69,5	7 387	30,5	24 228
1977	17 170	68,0	8 087	32,0	25 257
1978	17 393	66,5	8 732	33,5	26 125
1979	16 636	65,9	8 623	34,1	25 259
1980	17 135	65,6	8 999	34,4	26 134
1981	17 601	65,7	9 181	34,3	26 782
1982	18 031	65,6	9 427	34,4	27 458
1983	18 013	64,6	9 853	35,4	27 866
1984	17 993	64,5	9 865	35,5	27 858
1985	17 998	64,4	9 958	35,6	27 956

Contrats d'apprentissage des jeunes étrangers:

Pays	Hôtellerie et restauration/Economie domestique		Arts et métiers/Industrie		Commerce/Vente		Total
	m	f	m	f	m	f	
Italie	22	7	481	97	80	217	904
Espagne	6	—	84	5	12	36	143
Allemagne	3	—	50	15	15	32	115
France	6	—	15	2	1	7	31
Autriche	1	1	20	5	3	6	36
Yougoslavie	1	—	17	1	3	2	24
Autres	7	3	129	14	27	17	197
Total	46	11	796	139	141	317	1450

Le nombre des jeunes étrangers établis dans le canton de Berne qui entreprennent un apprentissage ou une formation

nimmt von Jahr zu Jahr erfreulicherweise zu. Gegenüber dem Vorjahr ist eine Zunahme von 60 Lehrverhältnissen zu registrieren. Die auf dem Lehrstellenmarkt eingetretene Entspannung kommt auch den ausländischen Jugendlichen zugute. Allerdings ist hervorzuheben, dass nur jene eine Berufslehre mit Erfolg bestehen werden, die der deutschen Sprache einigermaßen mächtig sind. Trifft dies nicht zu, fehlt die Grundvoraussetzung, um dem Unterricht an der Berufsschule und den Instruktionen in Lehrbetrieb und Einführungskurs zu folgen.

2.11.2.5 Kurswesen

Die Kurs- und Schulungstätigkeit nahm in den letzten Jahren einen ungeahnten Aufschwung. 1985 stiess das Kurszentrum personell und infrastrukturell an die Grenzen seiner Kapazität. Das Obligatorium der Lehrmeisterschulung (jährlich rund 600 neue Lehrmeister = 30 Kurse zu 6 Unterrichtstagen) kann wegen der grossen Zahl kurspflichtiger Ausbilder nur zum Teil realisiert werden. Selbst die vordringlichen Bedürfnisse nach vermehrter Instruktion von Lehrmeistern über neue Ausbildungs- und Prüfungsvorschriften (zurzeit stehen rund 40 Belegschaftsreglemente in Revision oder Einführung), von Chefexperten und Experten sowie LAK- und KPK-Mitgliedern können bei weitem nicht mehr zeitgerecht und optimal befriedigt werden. Ein personeller und räumlicher Ausbau des Kurszentrums Ittigen ist in Vorbereitung.

Lehrmeisterkurse 1984

Anzahl Kurse	Orte	Anzahl Teilnehmer
9	Ittigen	182
1	Meiringen	20
1	Langnau	20
1	Péry	15
1	Spiez	21
1	Herzogenbuchsee	17
1	Röschenz	15
15		290

Lehrmeistertagungen 1985

Anzahl Anlässe	Berufe	Anzahl Teilnehmer
7	Mechaniker	310
1	Netzelektriker	34
3	Drogisten	94
6	Gastgewerbe	148
17		586

Weiterbildungsveranstaltungen 1985

Für Lehrmeister Anzahl Anlässe	Anzahl Teilnehmer	Für LAK-Mitglieder Anzahl Anlässe	Anzahl Teilnehmer
9	189	11	188

2.11.2.6 Neue und revidierte Ausbildungs- und Prüfungsreglemente

Die hohe Zahl der 1985 vom Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement (EVD) erlassenen Ausbildungs- und Prü-

élémentaire augmente chaque année de façon satisfaisante. On enregistre cette année une augmentation de 60 contrats d'apprentissage. La concurrence régnant sur ce marché commençant à diminuer, leur chance de trouver une place augmente. Il faut toutefois souligner que seuls peuvent réussir à terminer un apprentissage ceux qui possèdent une connaissance suffisante de la langue allemande. Si tel n'est pas le cas, il leur manque la condition de base pour pouvoir suivre l'enseignement professionnel et les instructions données dans l'entreprise d'apprentissage et dans les cours d'introduction.

2.11.2.5 Organisation de cours

Les cours ont connu ces dernières années un essor imprévu. Cette année, le centre de formation a atteint les limites de ses capacités tant du point de vue du personnel que de celui de l'infrastructure. La formation obligatoire pour maîtres d'apprentissage (environ 600 nouveaux maîtres d'apprentissage chaque année: 30 cours comprenant chacun six jours d'enseignement) ne peut être réalisée que partiellement en raison du grand nombre des moniteurs astreints à suivre les cours. Même le besoin urgent qu'ont les maîtres d'apprentissage, les experts en chef et les experts ainsi que les membres des CSA et des CEA d'être informés sur les nouvelles dispositions concernant la formation et les examens (actuellement, 40 règlements professionnels sont en révision ou sur le point d'être introduits), ne peut être satisfait en aucun cas. L'extension en personnel et en locaux du centre de formation d'Ittigen est en préparation.

Cours pour maîtres d'apprentissage 1985

Nombre de cours	Lieu	Nombre de participants
9	Ittigen	182
1	Meiringen	20
1	Langnau	20
1	Péry	15
1	Spiez	21
1	Herzogenbuchsee	17
1	Röschenz	15
15		290

Journées d'information pour maîtres d'apprentissage 1985

Nombre de conférences	Profession	Nombre de participants
7	Mécaniciens	310
1	Électriciens de réseau	34
3	Drogistes	94
6	Hôtellerie et restauration	148
17		586

Cours de perfectionnement professionnel 1985

Pour les participants Nombre de conférences	Pour les membres des CSA Nombre de conférences
9	11

2.11.2.6 Règlements d'apprentissage et d'exams de fin d'apprentissage

La longue liste des règlements d'apprentissage et d'exams de fin d'apprentissage qui ont été édictés cette année par le

fungsreglemente zeigt deutlich an, dass auch in der betrieblichen und schulischen Ausbildung vieles in Fluss geraten ist. In der Mehrzahl der Fälle handelt es sich um notwendige Anpassungen an die technologische Entwicklung in den einzelnen Berufen.

Nach fast zehnjährigem Tauziehen um die zeitgemässen Gestaltung des auch für den Kanton Bern bedeutenden Maschinenmechaniker-Berufes wurde das entsprechende Ausbildungsreglement 1985 definitiv in Kraft gesetzt.

Die Gewährleistung einer hinreichenden Information der Lehrbetriebe über die neuen Ausbildungs- und Prüfungsvorschriften bereitet den Vollzugsbehörden mehr und mehr Schwierigkeiten. Auch die Kontrolle über die Durchsetzung der neuen Vorschriften in den Lehrbetrieben erfordert einen merklich gesteigerten Einsatz der LAK-Mitglieder und der Prüfungsorgane.

Die Tendenz, die Prüfungsanforderungen arbeitstechnisch und bewertungsmässig zu differenzieren, führt zu einer starken Belastung der Prüfungsorganisation und der Experten (Aufgabenstellung, Teilprüfung).

Newe Ausbildungsvorschriften 1985

- Automechaniker	- Schriften- und Reklamemaler
- Automonteur	- Reprograf
- Kältemonteur	- Schreibmaschinenmechaniker
- Fernseh- und Radioelektriker	- Uhrgehäusefertiger
- Elektroniker	- Uhrgehäusemechaniker
- Elektronikmonteur	- Decolleteur
- Mechaniker	- Decolleteur-Mechaniker
- Feinmechaniker	- Landschaftsgärtner
- Werkzeugmacher	- Baumschulist
- Maschinenmechaniker	- Topfpflanzen- und Schnittblumen-gärtner
- Fahrrad- und Motorfahrrad-mechaniker	- Stauden- und Kleingehölzgärtner
- Motorradmechaniker	- Verkaufsberaterin (Textilhandarbeiten)
- Pflasterer	- Luftverkehrsangestellter

Département fédéral de l'économie publique montre clairement que beaucoup de choses ont été modifiées dans le domaine de l'apprentissage au sein de l'entreprise et à l'école. Dans la majorité des cas, il s'agit d'adaptations rendues nécessaires par l'évolution technologique des différentes branches.

Après pratiquement dix ans de lutte pour assurer une formation dans la profession de mécanicien de machines qui répond aux exigences actuelles, profession importante dans le canton de Berne, un règlement approprié est enfin entré définitivement en vigueur cette année.

Les autorités chargées d'informer les entreprises d'apprentissage sur les nouvelles dispositions concernant la formation et les examens sont confrontées à une lourde tâche. Le contrôle à exercer sur l'application des nouvelles dispositions dans les entreprises d'apprentissage nécessite également une intervention accrue des membres des CSA et des organes compétents.

La tendance à différencier les exigences des examens et les points d'appréciation implique de lourdes charges sur le plan de l'organisation et pour les experts (données des problèmes, examens partiels).

Nouvelles prescriptions en matière de formation en 1985

- mécanicien en automobiles	- mécanicien de machines à écrire
- réparateur en automobiles	- termineur de boîtes de montres
- monteur-frigoriste	- mécanicien-boîtier
- électricien en radio et télévision	- décolletleur
- électronicien	- mécanicien décolletleur
- monteur-électronicien	- horticulteur-paysagiste
- mécanicien	- pépiniériste
- mécanicien de précision	- horticulteur de plantes en pots
- outilleur	et de fleurs coupées
- mécanicien de machines	- horticulteur de plantes vivaces
- mécanicien en cycle et cyclomoteur	et d'arbustes
- mécanicien en motocycle	- conseillère à la vente
- paveur	(travaux à l'aiguille)
- peintre en publicité et décoration	- employé de transports aériens
- reprographe	

2.11.2.7 Einführungskurse

Der Bundesgesetzgeber schreibt vor, dass das Obligatorium der Einführungskurse für alle Berufe, sofern sie nicht durch EVD-Verfügung davon befreit sind, bis 1987 verwirklicht sein muss. Der Kanton Bern steht im Vergleich zu andern Kantonen in dieser Beziehung gut da. Dank dem Einsatz vieler kantonaler Berufsverbände war es in den letzten Jahren möglich, Ausbildungsstätten zu schaffen und eine optimale Kursorganisation auf die Beine zu stellen. In den lehrlingsstarken Berufen wie Baugewerbe, Gastgewerbe, Maschinen- und Elektroindustrie können die Lehrlinge lückenlos diese Kurse besuchen.

In etlichen Berufen, vor allem mit geringen Lehrlingszahlen und in der Regel schwachem Organisationsgrad, fehlt diese Institution noch. In diesen Fällen werden nur überregionale und interkantonale Lösungen zum Ziel führen.

Es kann indessen nicht übersehen werden, dass die finanzielle Belastung der Berufsverbände und Lehrbetriebe, verbunden mit anderen Neuerungen und Auflagen aus der Berufsbildungsgesetzgebung, da und dort Grenzwerte erreicht. Nicht selten äussern sich Lehrmeister dahingehend, dass sie inskünftig auf die Ausbildung von Lehrlingen verzichten wollen.

2.11.2.7 Cours d'introduction

Le législateur fédéral stipule que les cours d'introduction obligatoires pour toutes les professions, pour autant qu'une disposition du DEP ne les en dispense pas, doivent devenir une réalité d'ici 1987. Par rapport aux autres cantons, Berne est en bonne position à ce sujet. Grâce à l'intervention d'un grand nombre d'associations professionnelles cantonales, il a été possible ces dernières années de créer des ateliers d'apprentissage et de mettre sur pied une organisation optimale des cours. Dans les professions où le nombre des contrats est très élevé, comme c'est le cas pour les secteurs du bâtiment, de l'hôtellerie et de la restauration, de l'industrie des machines et des appareils électriques, les apprentis ont la possibilité de suivre des cours parfaitement organisés.

Dans quelques professions, avant tout celles où le nombre des apprentis est peu élevé et où le niveau d'organisation est généralement modeste, ces institutions n'existent pas. Dans ces cas-là, seules des solutions suprarégionales et intercantonaux peuvent permettre d'atteindre le but recherché.

Il ne faut pas oublier le fait que les charges financières des associations professionnelles et des entreprises d'apprentissage, associées à d'autres innovations et charges exigées par la législation sur la formation professionnelles, atteignent parfois un seuil critique. Il n'est pas rare que des maîtres d'apprentissage laissent entendre qu'ils souhaitent renoncer à former des apprentis.

2.11.2.8 Anlehre

Ende 1985 registrierte man im Kanton Bern 397 Anlehrverträge im Sinne des eidgenössischen Berufsbildungsgesetzes (im Vorjahr 380). Darin enthalten sind auch 51 Lehrverhältnisse, die infolge ungenügender Leistung der Berufsanwärter in Anlehnen umgewandelt wurden. Damit erweist sich die Anlehre als eine sinnvolle Ausbildungsalternative für schwächer begabte Jugendliche, die in einer Berufslehre scheitern müssten. 19 Anlehrverhältnisse wurden vorzeitig abgebrochen. 1985 konnte an 236 Anlehringen der eidgenössische Ausweis als Bestätigung einer programmgemäß abgeschlossenen Ausbildung ausgehändigt werden.

2.11.3 Beruflicher Unterricht

Die gesetzgeberischen Arbeiten an den Verordnungen, die durch das kantonale Berufsbildungsgesetz notwendig geworden sind, wurden im Berichtsjahr fortgesetzt: Die vollständig revidierte Verordnung über den schulärztlichen Dienst wurde in Kraft gesetzt. Diskussionen zu den Vorlehrinstitutionen im Rahmen der Gesamtrevision der Bildungsgesetzgebung sowie rechtliche Fragen zu Bussen im Disziplinarwesen werden zur Folge haben, dass die Verordnung über die Schulen und Institutionen der Berufsbildung erst auf Beginn des Schuljahres 1987 wird rechtskräftig erlassen werden können. Mängel in der Verordnung über das Personalwesen an Schulen und Institutionen der Berufsbildung veranlassen uns, entsprechende Änderungsanträge vorzubereiten.

Schwerpunktthema wird auch in den kommenden Jahren Planung und Durchführung einer Schulorganisation sein, die sowohl pädagogischen als auch bildungökonomischen Grundsätzen und Ansprüchen genügt. In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage, ob die stets neu geschaffenen Berufe mit hoher Spezialisierung in einer Zeit des raschen technologischen und wirtschaftlichen Wandels für die Berufsbildung förderlich sei. Unter dieser Betrachtungsweise scheint es auch notwendig zu sein, die Berufsschulen mit den kleinsten Schülerzahlen daraufhin zu überprüfen, inwieweit sie den Bildungsauftrag überhaupt noch erfüllen können. Zudem sind schulorganisatorische Massnahmen im Hinblick auf die Verlegung des Schuljahresbeginns auf den Spätsommer zu treffen.

Im Berichtsjahr führten die drei Berufsschulinspektoren vermehrt Schulbesuche durch. Es besteht die Absicht, allgemeine und spezielle pädagogische Fragestellungen zur Berufsbildung systematisch in Zusammenarbeit mit den Schulleitern anzugehen.

Das erste Werkjahr I wurde in der Stadt Bern 1976 eröffnet. Seitdem sind an zwölf weiteren Orten den regionalen Bedürfnissen angepasste Schulen mit Versuchscharakter entstanden. Dies gab Anlass, Zielsetzungen, Aufgaben und Inhalte der Werkjahre zu evaluieren. Insbesondere auch deshalb, weil in gewissen Regionen die Nachfrage nachgelassen hat. Verschiedene Gemeinden interessieren sich für die Schaffung eines Werkjahrs II als Berufswahljahr. Der Schulversuch in Köniz wird weitergeführt; in Biel sind deutsch- und französischsprachige Klassen vorgesehen.

Zur Organisation, gegenseitigen Information und Koordination der Bildungsbestrebungen wurden drei ständige Arbeitsgruppen eingesetzt: Berufsmittelschule, berufliche Erwachsenenbildung und Lehrerfortbildung.

Dem Übergang Volksschule/Berufsschule wurde zusätzliche Beachtung geschenkt: Die Schulleiter erhielten eine Einführung in die neuen Lehrpläne der Volksschule. Vorgesehene Lehrerfortbildungskurse für Berufsschullehrer haben zum Ziel, dass sie die Inhalte der Fächer Muttersprache, erste Fremdsprache

2.11.2.8 Formation élémentaire

A la fin de l'année, on a enregistré dans le canton de Berne 397 contrats de formation élémentaire au sens de la loi sur la formation professionnelle (380 l'année précédente). Parmi ces contrats, on trouve 51 contrats d'apprentissage qui ont été transformés en formation élémentaire en raison des capacités insuffisantes des candidats. La formation élémentaire apparaît ainsi comme une alternative valable pour les jeunes peu doués qui ne pourraient pas suivre un enseignement professionnel. 19 contrats de formation élémentaire ont été résiliés prématièrement.

236 candidats ont obtenu le certificat fédéral, attestant qu'ils ont terminé leur formation conformément au programme des cours.

2.11.3 Enseignement professionnel

Les travaux législatifs concernant les ordonnances que la loi cantonale sur la formation professionnelle a rendus nécessaires ont été poursuivis cette année: l'ordonnance entièrement révisée sur le service médical scolaire est entrée en vigueur. Les discussions portant sur les institutions de préapprentissage dans le cadre de la révision générale de la législation en matière de formation ainsi que sur les questions juridiques concernant les sanctions disciplinaires auront pour conséquence que l'ordonnance sur les écoles et les institutions de la formation professionnelle n'aura force de loi qu'au début de l'année scolaire 1987.

Les lacunes que présente l'ordonnance sur le personnel des écoles et institutions de la formation professionnelle nous contraignent à préparer des propositions de modifications appropriées.

L'accent sera mis, ces prochaines années également, sur la planification et la mise en place d'une organisation scolaire qui répond aux principes et aux exigences tant pédagogiques qu'économiques. A cet égard se pose la question de savoir si la création de nouvelles professions comportant un haut niveau de spécialisation est profitable à la formation professionnelle, surtout à une époque où le changement technologique et économique est si rapide. Si l'on considère les choses sous cet angle, il semble également nécessaire de contrôler les écoles professionnelles, là où le nombre des apprentis est peu élevé, ceci afin de voir dans quelle mesure elles peuvent encore remplir leur mandat de formation. En outre, sur le plan de l'organisation scolaire, des mesures devront être prises en vue du report du début de l'année scolaire à la fin de l'été.

Les trois inspecteurs des écoles professionnelles ont effectué cette année plusieurs visites. Il est prévu d'aborder de manière systématique, en collaboration avec les directeurs d'école, les problèmes pédagogiques à la fois généraux et particuliers qui se posent dans le domaine de la formation professionnelle. La première classe préprofessionnelle I a été ouverte en 1976 dans la Ville de Berne. Depuis, des classes adaptées aux besoins régionaux ont été créées en 12 autres endroits, à titre d'essai, ce qui a permis d'évaluer les objectifs, les tâches et les contenus des années préprofessionnelles, particulièrement aussi parce que la demande a baissé dans certains régions. Différentes communes s'intéressent à l'introduction d'une année préprofessionnelle II en tant qu'année de choix professionnel. L'essai de Köniz se poursuit; des classes où l'enseignement est donné en allemand et en français sont prévues à Bienne.

Trois groupes de travail permanents ont été institués pour l'organisation, l'information mutuelle et la coordination des objectifs de la formation; l'école professionnelle supérieure, la formation professionnelle pour adultes et le perfectionnement des membres du corps enseignant.

und Mathematik hinsichtlich Didaktik und Methodik besser kennenzulernen können, um diese dann konsequenter weiterzuentwickeln.

Die Mehrzahl der Schulen konnte im vergangenen Jahr mit Hard- und Software für Unterricht und Schuladministration ausgerüstet werden. Die Erfahrungen mit der Grundausbildung in Informatik werden von Lehrern und Schülern im allgemeinen positiv beurteilt. Auch hier gilt es, das Grundprogramm weiterzuentwickeln, damit den Anforderungen der Zeit Genüge getan werden kann, dies um so mehr, als schon in der Volkschule Versuche gestartet wurden, die inhaltlich weitgehend der erwähnten Basisausbildung entsprechen.

Im Bereich der Turnhallenplanungen kann lediglich das «Zentrum für Lehrlingsturnen und Sport Wankdorf Bern» dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden. Das Turnobligatorium wird somit nicht auf Frühjahr 1986 für alle Berufsschüler verwirklicht sein.

Grund- und Weiterbildung ist der doppelte Ausbildungsauftrag jeder Berufsschule. Entsprechende Voraussetzungen für Weiterbildungsveranstaltungen in grösserem Ausmass sind an den grossen Berufsschulen gegeben. Als Beispiel führen wir die Kaufmännische Berufsschule Bern an:

- die Höhere Wirtschafts- und Verwaltungsschule (HWV), die in einem Vollzeitstudium von sechs Semestern zum Abschluss als «Betriebsökonom HWV» führt;
- die Höhere Kaufmännische Gesamtschulung (HKG) als berufsbegleitende Kaderschule mit ebenfalls sechssemestrigem Studium. Das staatlich anerkannte Diplom berechtigt zur Führung des Titels «Dipl. Kaufmann HKG»;
- die Höheren Fachkurse für Beamte und Angestellte des öffentlichen Rechnungswesens, die insbesondere Finanzverwalter und Gemeindekassiere auf ihre anspruchsvollen Aufgaben in den Gemeinden vorbereiten.

Neben diesen neueren Weiterbildungsangeboten sind die «traditionellen» Lehrgänge – z.B. für Buchhalter oder für Bankbeamte – zu nennen. Gesamthaft wurden an der Kaufmännischen Berufsschule Bern in 186 Kursen 3516 Teilnehmer (653 Damen und 2863 Herren) weitergebildet.

Übersicht über die Staatsbeiträge an Berufs-, Fachschulen und Kurse 1982 bis 1985 (in Mio. Fr.)

	1982	1983	1984	1985
Staatsbeiträge an Berufs- und Fachschulen der Gemeinden	26,660	29,467	41,953	41,242
Staatsbeiträge an höhere Fachschulen	1,565	1,732	1,771	1,756
Staatsbeiträge an Berufsschulbauten	2,116	5,754	1,607	7,301
Staatsbeiträge an andere Berufs- und Fachschulen sowie an Aus- und Weiterbildungskurse	1,700	1,775	1,964	2,581
Total	32,041	38,728	47,295	52,880

Die Staatsbeiträge ab 1984 an Berufs- und Fachschulen der Gemeinden wurden aufgrund der Schulrechnungen der Vorjah-

Une attention supplémentaire a été accordée au passage de l'école obligatoire à l'école professionnelle: les directeurs d'école ont reçu une introduction aux nouveaux plans d'études de l'école obligatoire. Les cours de perfectionnement prévus pour les enseignants des écoles professionnelles ont pour but de leur donner la possibilité de mieux apprendre à connaître le contenu de branches telles que langue maternelle, première langue étrangère et mathématiques, du point de vue didactique et méthodologique, afin de pouvoir continuer à l'étoffer davantage et de manière plus conséquente.

L'année dernière, la majorité des écoles ont pu être équipées de matériel informatique et de logiciels pour l'enseignement et l'administration. Les expériences faites en introduisant la formation de base en informatique ont généralement été jugées concluantes par les professeurs et les élèves. Il s'agit là aussi de développer le programme de base afin de pouvoir répondre aux exigences actuelles, d'autant plus que des essais ont déjà été entrepris dans le cadre de l'école obligatoire, dont le contenu correspond en grande partie à la formation de base mentionnée.

En ce qui concerne les projets de construction de halles de gymnastique, seul celui du «Centre de gymnastique et de sports pour apprentis du Wankdorf, Berne» a pu être soumis au vote du peuple. Les cours de gymnastique obligatoires ne pourront donc pas être introduits pour tous les élèves au printemps 1986.

La formation de base et le perfectionnement constituent le double mandat des écoles professionnelles. Les conditions adéquates pour l'organisation d'un certain nombre de cours de perfectionnement existent dans les grandes écoles professionnelles. Nous citerons comme exemple l'Ecole professionnelle commerciale de Berne:

- l'Ecole supérieure de cadres pour l'économie et l'administration (ESCEA), qui permet d'obtenir le titre d'«économiste d'entreprise» après six semestres;
- l'Ecole supérieure pour la formation de cadres commerciaux (ESCC) fréquentée parallèlement à l'exercice de la profession et qui comprend également six semestres d'études. Le diplôme reconnu par l'Etat donne droit au titre de «commerçant diplômé ESCC»;
- les Cours supérieurs pour fonctionnaires et employés chargés de l'administration des finances publiques, qui préparent surtout aux exigences de la carrière d'administrateur des finances et de trésorier communal.

Outre ces possibilités récentes de perfectionnement, il faut mentionner les formations «traditionnelles» telles que celles de comptable ou d'employé de banque. Ce sont au total 3516 participants (653 femmes et 2863 messieurs) qui ont suivi les 186 cours de perfectionnement organisés par l'Ecole professionnelle commerciale de Berne.

Aperçu des subventions cantonales aux écoles professionnelles et aux écoles spécialisées, de 1982 à 1985 (en millions de francs)

	1982	1983	1984	1985
Aux écoles professionnelles et spécialisées des communes	26,660	29,467	41,953	41,242
Aux écoles professionnelles supérieures	1,565	1,732	1,771	1,756
A la construction d'écoles professionnelles	2,116	5,754	1,607	7,301
A d'autres écoles professionnelles ou spécialisées, ainsi qu'à des cours de formation et perfectionnement	1,700	1,775	1,964	2,581
Total	32,041	38,728	47,295	52,880

Dès 1984, les subventions cantonales aux écoles professionnelles et spécialisées des communes ont été calculées sur la

re nach den Bestimmungen des Dekretes vom 11. November 1982 über die Finanzierung der Berufsbildung berechnet. An die nach Abzug des Betriebserlöses und des Bundesbeitrages verbleibenden Netto-Betriebskosten leistet der Kanton 45 Prozent, die Gemeinden 55 Prozent. Staatsbeiträge an die Kosten von Weiterbildungsveranstaltungen an Berufsschulen sind in diesen Beträgen inbegriffen.

2.11.4 Lehrabschluss- und Diplomprüfungen

2.11.4.1 Lehrabschlussprüfungen

Im Berichtsjahr unterzogen sich 9602 Kandidaten und Kandidatinnen den Lehrabschlussprüfungen; das sind 299 weniger als im Vorjahr. In diesen Zahlen sind auch die Repetenten (379) und die Kandidaten nach Artikel 41 BBG (121) eingeschlossen. 6172 Kandidaten stammen aus gewerblich-industriellen Berufen, 3430 aus Büro- und Verkaufsberufen. An den Lehrabschlussprüfungen im gewerblich-industriellen Bereich erfüllten 337 Kandidaten (5,4%) die gestellten Anforderungen nicht; an den Lehrabschlussprüfungen in kaufmännischen und Verkaufsberufen waren es 218 Kandidaten (6,3%), denen wegen ungenügender Leistung das Fähigkeitszeugnis verweigert werden musste.

Zum ersten Mal fanden in zwei neuereglementierten Berufen (Automechaniker und Zahntechniker) Teilprüfungen statt. Diese nach Ablauf der ersten Lehrzeithälfte abzulegenden Teilprüfungen umfassen bestimmte Fächer der praktischen Ausbildung, deren Ergebnisse für die Lehrabschlussprüfung zählen. Diese Neuerung – in verschiedenen Kreisen nicht unumstritten – verursacht in administrativer, personeller und finanzieller Hinsicht beträchtliche Mehraufwendungen.

2.11.4.2 Diplomprüfungen

Von den der Volkswirtschaftsdirektion unterstellten Bildungsanstalten sind folgende Prüfungsergebnisse zu melden:

	Kandidaten	bestanden
Wirtschaftsmittelschule Bern	116	116
Höhere Handelsschule Neuenstadt	64	55
Verkehrs- und Verwaltungsschule Biel	72	69
Verkehrs- und Verwaltungsschule Spiez	23	23

2.11.4.3 Höhere Diplomprüfungen

In den Kursen der Höheren Kaufmännischen Gesamtschulung (HKG) – einer von der Kaufmännischen Berufsschule Bern geführten Kaderschule – erhalten Geschäftsinhaber, Angestellte und Beamte mit kaufmännischer Grundausbildung parallel zur betrieblichen Praxis eine umfassende unternehmerische Schulung. 1985 bestanden 55 Kursteilnehmer die anspruchsvolle Schlussprüfung; ihnen wurde der kantonal anerkannte Titel eines «dipl. Kaufmanns HKG» verliehen.

An der Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschule (HWV) Bern konnten 1985 insgesamt 40 Absolventen als «Betriebsökonomen HWV» (mit eidgenössischer Anerkennung) diplomierte werden.

20 Absolventen der Höheren Fachkurse für Beamte und Angestellte des öffentlichen Rechnungswesens schlossen ihre Ausbildung mit einer von der kantonalen Volkswirtschaftsdirektion anerkannten Diplomprüfung ab.

base des décomptes scolaires des années précédentes, conformément aux dispositions du décret du 11 novembre 1982 sur le financement de la formation professionnelle. Déduction faite du revenu d'exploitation et de la subvention fédérale, le canton doit prendre en charge 45 pour cent et les communes 55 pour cent des frais d'exploitation nets restants. Les subventions cantonales allouées pour les cours de perfectionnement organisés dans les écoles professionnelles sont comprises dans ces montants.

2.11.4 Examens de fin d'apprentissage et de diplôme

2.11.4.1 Examens de fin d'apprentissage

9602 candidats et candidates se sont présentés cette année aux examens de fin d'apprentissage, soit 299 de moins qu'en 1984. Ce chiffre inclut les redoublants (379) et les candidats au sens de l'article 41 de la LFPr. 6172 candidats provenaient des professions artisanales et industrielles, 3430 du commerce et de la vente. 337 candidats (5,4%) de la première catégorie n'ont pas réussi leurs examens de fin d'apprentissage, alors qu'ils étaient 218 (6,3%) dans la seconde catégorie.

Des examens partiels ont eu lieu pour la première fois dans deux professions nouvellement réglementées (mécanicien en automobiles et technicien pour dentiste). Ces examens partiels, qui ont lieu après la première moitié de l'apprentissage, comprennent certaines branches de la formation pratique dont les résultats comptent pour les examens de fin d'apprentissage. Contestée dans bien des milieux, cette innovation entraîne de plus lourdes charges sur le plan administratif et en ce qui concerne le personnel et l'aspect financier.

2.11.4.2 Examens de diplôme

Les résultats d'examens ont été les suivantes dans les institutions de formation dépendant de la Direction de l'économie publique:

	Candidats	Examens réussis
Ecole supérieure de commerce de la Ville de Berne	116	116
Ecole supérieure de commerce (La Neuveville)	64	55
Ecole d'administration et des transports de Biel	72	69
Ecole d'administration et des transports de Spiez	23	23

2.11.4.3 Examens supérieurs de diplôme

A l'Ecole supérieure pour la formation de cadres commerciaux (ESCC), école de cadres administrée par l'Ecole professionnelle commerciale de Berne, les propriétaires d'entreprise, les employés et les fonctionnaires qui possèdent une formation commerciale de base suivent des cours de gestion d'entreprises parallèlement à leur activité pratique pour acquérir une formation complète. Cette année, 55 participants ont réussi l'examen final et obtenu le titre de «commerçant diplômé ESCC».

A l'Ecole supérieure de cadres pour l'économie et l'administration (ESCEA), 40 candidats ont obtenu le diplôme d'«économiste d'entreprise ESCEA» reconnu par l'Etat.

20 participants aux cours supérieurs pour fonctionnaires et employés chargés de l'administration des finances publiques ont terminé leur formation et obtenu un diplôme reconnu par la Direction de l'économie publique.

2.12 Kantonale Bildungsanstalten

Da die hier erwähnten Schulen (Ingenieurschule Biel, Burgdorf, St-Imier, Holzfachschule Biel sowie Verkehrs- und Verwaltungsschule Biel) ihre eigenen Jahresberichte herausgeben, seien nachfolgend nur die wichtigsten Ereignisse erwähnt. Die Ingenieurschule Biel stand unter dem Eindruck des Direktionswechsels von Herrn Brandenberger zu Herrn Dr. Sidler. Währenddem verschiedene Lehrpläne an den HTL-Abteilungen überprüft werden, ist und wird, insbesondere auf den Gebieten CAD/CAM und Qualitätssicherung, Neuland in bezug auf den Unterricht betreten. Nidau ist, nach der Mietvertragsunterzeichnung zu Beginn von 1986, der neue Standort der Abgasprüfstelle. An der angegliederten Mikromechanikschule ist die Einführung der Elektronikerausbildung, die im Frühjahr 1986 gestartet ist, vorbereitet worden.

Der Ingenieurschule Burgdorf ist vom Grossen Rat ein Kredit über 9,4 Millionen Franken für den Neubau der Maschinenlabors bewilligt worden. Für die Elektroabteilung, deren Labors seit Anfang des Berichtsjahrs in Oberburg eingemietet wurden, ist mit der Bauprojektierung und Landbeschaffung im Tiergartenareal begonnen worden. Zur Verstärkung der Informatikausbildung steht der Schule nun ein Kredit von knapp einer Million Franken zur Verfügung.

Der neu gewählte Direktor der Ingenieurschule St-Imier, Herr Rérat, wird die Nachfolge von Direktor Henry im August 1986 antreten. Der Grossen Rat hat dem Aus- und Neubauprojekt zugestimmt, die Detailprojektierung ist in Angriff genommen worden und das Volk hat schlussendlich am 16. März 1985 zur Erweiterung ja gesagt. Mit dem Kredit von knapp 0,7 Millionen Franken für die Realisierung des Informatikprojekts kann dieser Unterricht den neuen Bedürfnissen angepasst werden. Der leichte Anstieg der Studentenzahlen manifestiert den zunehmenden Nachfragedruck an den Aufnahmeprüfungen.

Weiterhin ein leichter Rückgang der Schülerzahlen an der Verkehrs- und Verwaltungsschule Biel. Die Anhänge zum Schulreglement sowie ein neuer Lehrplan wurden ausgearbeitet. Ein neu hinzugemietetes Fabrikgebäude der ausgezogenen Firma Mäder-Leschot erlaubte der Holzfachschule Biel die Aussiedlung von Schreinerkursen. Der Grossen Rat hat der Schaffung einer HTL-Abteilung Holz zugestimmt. Damit können ab Herbst 1986 die ersten HTL-Ingenieure ausgebildet werden. Für die Schnitzler- und Geigenbauschule Brienz ist seit dem 1. April 1985 ein neues Schulreglement in Kraft. Die dazugehörigen Anhänge sind im Laufe des Jahres erarbeitet und mehrheitlich bewilligt worden. Mit recht gutem Erfolg bestanden die sechs Kandidaten im Frühling ihre Abschlussprüfung.

Das Bauprojekt der Höheren Fachschule für Gastronomie in Thun wurde bewilligt, und mit dem Neubau konnte begonnen werden.

2.13 Gebäudeversicherung des Kantons Bern

Die Rechnung des Geschäftsjahres 1985 schliesst bei Einnahmen von 124,5 Millionen Franken und Ausgaben von 121 Millionen Franken mit einem Einnahmenüberschuss von 3,5 Millionen Franken etwas schlechter ab als diejenige des Vorjahrs. Die Gebäudeversicherung versichert rund 315 000 Gebäude mit einem Versicherungswert von ca. 145 Milliarden Franken. Geprägt ist das Berichtsjahr durch einen wesentlich schlechteren Schadenverlauf. Die Schadenzahlungen aus der Feuerversicherung belaufen sich auf gesamthaft 46,8 Millio-

2.12 Ecoles cantonales

Etant donné que chacune des écoles dépendant de la Direction de l'économie publique (les écoles d'ingénieurs de Bienne, Berthoud et Saint-Imier, l'Ecole du bois de Bienne ainsi que l'Ecole d'administration et des transports de Bienne) publie un rapport annuel, seules les affaires les plus importantes seront développées ici.

Un nouveau directeur a été désigné à l'Ecole d'ingénieurs de Bienne en la personne de M. Sidler, qui succède à M. Brandenberger. Alors que divers plans d'études sont réexamинés dans les sections ETS, l'enseignement connaît, et connaîtra, un renouveau, en particulier dans les domaines CAO/FAO et assurance de qualité. Le contrat de location ayant été signé au début 1986, le contrôle des gaz d'échappement pourra être transféré à Nidau. L'école affiliée de micromécanique a soigneusement préparé l'introduction de la formation des électroniciens, qui débutera au printemps 1986.

Un crédit de 9,4 millions de francs a été accordé à l'Ecole d'ingénieurs de Berthoud pour la construction d'un laboratoire de machines. La division d'électrotechnique, qui s'était installée provisoirement à Oberburg au début de 1985, pourra être transférée définitivement sur un terrain acquis dans la zone du «Tiergarten». Le projet de construction est en voie d'élaboration. L'école dispose désormais d'un crédit d'un million de francs pour satisfaire aux exigences toujours plus poussées de l'enseignement de l'informatique.

A la tête de la direction de l'Ecole d'ingénieurs de Saint-Imier, M. Rérat succédera à M. Henry à partir du mois d'août 1986. Le Grand Conseil a approuvé le projet de construction et d'agrandissement de l'école. Le peuple s'est également prononcé en sa faveur lors des votations du 16 mars 1986. L'enseignement de l'informatique pourra être adapté aux nouvelles exigences grâce à l'octroi d'un crédit de 0,7 million destiné à la réalisation du projet ad hoc. Le nombre des candidats aux examens d'admission étant plus élevé, il a fallu augmenter les effectifs des élèves.

A l'Ecole cantonale d'administration et des transports, le nombre des élèves a une fois encore légèrement baissé. La rédaction des annexes au règlement de l'école a été mise au net et un nouveau plan d'études établi.

L'Ecole suisse du bois de Bienne a loué les locaux autrefois occupés par la firme Mäder-Leschot, où pourront désormais se dérouler les cours pour menuisiers. Le Grand Conseil a approuvé la création d'une section ETS du bois. La formation des futurs ingénieurs ETS débutera ainsi en automne 1986.

Le nouveau règlement de l'Ecole de sculpture sur bois et de luthiers de Brienz est entré en vigueur le 1^{er} avril 1985. Les annexes y relatives ont été rédigées au cours de l'année écoulée et approuvées. Les six candidats à l'examen final ont obtenu d'excellents résultats.

Le projet de construction de l'Ecole professionnelle supérieure de gastronomie de Thoune a été approuvé et les travaux ont pu commencer.

2.13 Assurance immobilière du canton de Berne

Avec 124,5 millions de francs de recettes et 121 millions de francs de dépenses, les comptes de l'exercice annuel 1985 se soldent par un excédent de recettes de 3,5 millions de francs, résultat quelque peu moins bon que l'année précédente. L'assurance immobilière assure quelque 315 000 bâtiments, représentant une valeur d'assurance de l'ordre de 145 milliards de francs. L'exercice écoulé a été caractérisé par une évolution des sinistres sensiblement plus défavorable. Les indemnités versées pour les dommages causés par le feu se sont élevées

nen Franken (Vorjahr 29,5 Mio. Fr.). Die Elementarschadenzahlungen betragen 18,4 Millionen Franken (Vorjahr 5,8 Mio. Fr.). Markantestes Ereignis ist das Unwetter vom 4. Juli 1985 in Schwarzenburg, das beträchtliche Schadenzahlungen erfordert.

Die Gebäudeversicherung versucht weiterhin mit allen Mitteln, die Schadenverhütung zu verbessern. Aus diesem Grunde soll der vorbeugende Brandschutz im Kanton Bern reorganisiert werden. Sicherzustellen gilt es, dass im Baubewilligungsverfahren angemessene Brandschutzauflagen getroffen werden. Gewährleistet sein müssen aber auch die periodischen Kontrollen in vernünftigen Zeitabständen. Es ist darauf zu achten, dass alle mit Kontrollen Beauftragten für ihre Aufgaben sorgfältig ausgebildet werden. Die Revision des Feuerpolizeidekrets, die voraussichtlich im Herbst 1986 dem Grossen Rat zur Beschlussfassung unterbreitet wird, zielt darauf ab, Unzulänglichkeiten auf dem Gebiet der Brandschutzkontrollen zu eliminieren.

Im weiteren wird auf den Geschäftsbericht 1985 der Gebäudeversicherung verwiesen.

globalement à 46,8 (l'année précédente 29,5) millions de francs. Les paiements pour les dommages causés par les éléments se sont élevés à 18,4 (5,8) millions de francs. Les intempéries du 4 juillet 1985, à Schwarzenburg, qui ont requis le paiement d'indemnités considérables, ont été l'événement le plus marquant de l'année 1985.

L'Assurance immobilière continue par tous les moyens d'améliorer la prévention des dommages. Pour cette raison, la protection préventive contre les incendies va être réorganisée dans le canton de Berne. Il y a lieu, à cet égard, de s'assurer que des exigences appropriées en matière de protection-incendie sont formulées dans le cadre de la procédure d'octroi du permis de construire. Des contrôles périodiques doivent également être garantis, à intervalles raisonnables. A cet effet, il faut veiller à ce que toutes les personnes chargées de ces contrôles soient minutieusement initiées à leurs tâches. La révision du décret concernant la police du feu, qui sera vraisemblablement soumise en automne 1986 au Grand Conseil pour prise de décision, vise à éliminer les insuffisances dans le domaine des contrôles au point de vue protection-incendie.

Pour le reste, se référer au Rapport de gestion 1985 de l'Assurance immobilière.

3. Parlamentarische Vorlagen und Verordnungen

Übersicht:

	1981	1982	1983	1984	1985
Volksbegehren	—	—	1	—	—
Gesetze	2	—	1	—	—
Dekrete	2	4	3	4	3
Volksbeschlüsse	—	—	—	1	1
Grossratsbeschlüsse	—	1	1	—	—
Direktionsgeschäfte	6	7	8	2	11
Verordnungen	7	10	14	7	4

In der Statistik sind nur diejenigen Geschäfte aufgeführt, welche von der Volkswirtschaftsdirektion traktandiert wurden. Aufteilung nach dem Jahr der Behandlung im Grossen Rat.

3.1 Gesetze, Dekrete und Grossratsbeschlüsse

1985 wurden dem Grossen Rat folgende Dekrete und Beschlüsse unterbreitet:

- Volksbeschluss für einen Staatsbeitrag an das neu zu errichtende Zentrum für Lehrlingsturnen und Sport (ZLS) Wankdorf, Gemeinde Bern;
- Dekret über die Organisation und Aufgaben der wirtschaftlichen Landesversorgung (Landesversorgungskreis);
- Dekret über die Organisation der Volkswirtschaftsdirektion (Änderung);
- Dekret über die Finanzierung der Ingenieurschulen, Technikerschulen und höheren Fachschulen (Änderung des Anhangs).

Die *Direktionsgeschäfte* betrafen:

- Vertragsgenehmigungen *Wirtschaftsförderung*:
- Landverkauf an die Firma Schaer-Isba Immobilien AG in Zwingen;

3. Textes législatifs soumis au Parlement et ordonnances

Récapitulatif

	1981	1982	1983	1984	1985
Initiatives populaires	—	—	1	—	—
Lois	2	—	1	—	—
Décrets	2	4	3	4	3
Arrêtés populaires	—	—	—	1	1
Arrêtés du Grand Conseil	—	1	1	—	—
Affaires de Direction	6	7	8	2	11
Ordonnances	7	10	14	7	4

Ces chiffres ne reprennent que les affaires traitées par la Direction de l'économie publique.

Répartition selon l'année où le Grand Conseil a traité l'affaire.

3.1 Lois, décrets et arrêtés du Grand Conseil

En 1985, les décrets et arrêtés suivants ont été soumis au Grand Conseil:

- arrêté populaire concernant l'octroi d'une subvention cantonale pour la construction d'un centre de sports et de gymnastique pour apprentis (CGSA) au Wankdorf, commune de Berne;
- décret sur l'organisation et les tâches de l'approvisionnement économique (décret sur l'approvisionnement économique);
- décret concernant l'organisation de la direction de l'économie publique (modification);
- décret concernant le financement des écoles d'ingénieurs, des écoles de techniciens et des écoles spéciales supérieures (modification de l'appendice).

Les *affaires de direction* concernaient:

- *Encouragement à l'économie*: approbation de contrats;
- cession d'un terrain à l'entreprise Schaer-Isba Immobilien AG, à Zwingen;

- Landverkauf an den Schweiz. Bankverein zur Errichtung eines Ausbildungszentrums in Thun.
 - *Fremdenverkehrsförderung:*
 - Staatsbeitrag für die Sanierung und Ergänzung des Schwimmbades Kandersteg;
 - Staatsbeitrag an die Emmentaler Schaukäserei in Affoltern i.E.
 - *Lufthygiene:*
 - Anschaffung einer Lufthygienischen Immissions-Messstation.
 - Massnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit:
 - Beschäftigungsprogramm der Stadt Biel 1984;
 - Beschäftigungsprogramm der Stadt Biel 1985.
 - Ausbau der Schulen:
 - Sanierung der Computerinfrastruktur der Ingenieurschule Burgdorf;
 - Realisierung des neuen Informatikkonzepts an der Ingenieurschule St-Imier;
 - Schaffung einer HTL-Abteilung Holz an der Holzfachschule Biel: Kreditbewilligung für Anschaffungen und Umbauten;
 - Aufnahme einer Elektronikerausbildung gemäss BIGA an der Kantonalen Schule für mikromechanische Berufe in Biel.
- Ferner sind ausserhalb der Statistik zu erwähnen*
- Volksbeschluss betreffend Erweiterungsbau der Ingenieurschule St-Imier;
 - Kreditbeschluss betreffend Neubau Maschinenlabor der Ingenieurschule Burgdorf;
 - Kaufrecht für das Tiergartenareal und Kreditbeschluss für die Projektierung des Neubaus «Elektrotechnik» an der Ingenieurschule Burgdorf.

3.2 Verordnungen

Der Regierungsrat hat 1985 folgende Verordnungen erlassen:

- Verordnung vom 3. Juli 1985 über den schulärztlichen Dienst (VSD), gemeinsam mit verschiedenen Direktionen, (Totalrevisionen);
- Verordnung vom 16. Oktober 1985 über Anpassungen bei den Ergänzungsleistungen zur AHV/IV (Änderung);
- Verordnung vom 12. November 1985 über die Schwimmäder (Totalrevision);
- Kaminfegertarif vom 10. Dezember 1985 (Anpassung).

4. Parlamentarische Vorstösse (Motionen und Postulate)

Übersicht (im Grossen Rat behandelt):

	1981	1982	1983	1984	1985
Motionen	5	8	10	21	21
Postulate	4	4	4	2	1
Interpellationen	10	5	15	15	14
Schriftliche Anfragen	–	2	2	2	2

- cession d'un terrain à la Société de Banque Suisse, pour la construction d'un centre de formation à Thoune.

- *Encouragement du tourisme*
 - subvention de l'Etat pour l'assainissement et l'aménagement de la piscine de Kandersteg;
 - Fromagerie de démonstration à Affoltern dans l'Emmental; subvention cantonale;

- *Salubrité de l'air*
 - création d'une station de mesure des immissions de polluants atmosphériques;

- Mesures de lutte contre le *chômage*:
 - programme d'occupation de la Ville de Biel pour 1984;
 - programme d'occupation de la Ville de Biel pour 1985.

- Extension des *écoles*:
 - Ecole d'ingénieurs de Berthoud, renouvellement du système informatique;
 - Ecole d'ingénieurs de Saint-Imier; réalisation de la conception assistée par ordinateur;
 - Ecole du bois de Biel; création d'une section ETS bois; approbation du crédit pour acquisitions et transformations;
 - Ecole des métiers micromécaniques; institution d'une formation d'électroniciens selon le règlement de l'OFIAMI.

Il convient de mentionner hors statistique:

- Arrêté populaire concernant l'agrandissement de l'Ecole d'ingénieurs de Saint-Imier;
- Arrêté portant octroi d'un crédit pour la construction d'un laboratoire de machines à l'Ecole d'ingénieurs de Berthoud;
- Droit d'emport portant sur l'aire du «Tiergarten» et arrêté concernant l'octroi d'un crédit pour l'établissement du projet de construction pour la division électrotechnique à l'Ecole d'ingénieurs de Berthoud.

3.2 Ordonnances

Le Conseil-exécutif a arrêté les ordonnances suivantes:

- ordonnance du 3 juillet 1985 sur le service médical scolaire, en collaboration avec différentes directions (révision totale);
- ordonnance du 16 octobre 1985 concernant les adaptations dans le régime des prestations complémentaires à l'AVS/AI (modification);
- ordonnance du 12 novembre 1985 concernant les bains et les piscines (révision totale);
- tarif des ramoneurs du 10 décembre 1985 (modification).

4. Interventions parlementaires (motions et postulats)

Récapitulatif (interventions examinées au Grand Conseil)

	1981	1982	1983	1984	1985
Motions	5	8	10	21	21
Postulats	4	4	4	2	1
Interpellations	10	5	15	15	14
Questions écrites	–	2	2	2	2

Hängige Motionen und Postulate:

	Motionen	Postulate	Total
Hängig aus den Vorjahren	1	6	7
Überwiesen im Berichtsjahr	6	1	7
dito Motionen als Postulat	-	2	2
Total zu behandeln ./. im Berichtsjahr erfüllt und damit abzuschreiben (Ziff. 4.1)	7	9	16
	7	6	13
Ende Berichtsjahr hängig: - ohne Fristverlängerung (Ziff. 4.2.1)	-	2	2
- mit Fristverlängerung (Ziff. 4.2.2)	-	1	1
Total hängig (Ziff. 4.2)	-	3	3

Motions et postulats en suspens:

	Motions	Postulats	Total
En suspens depuis les années précédentes	1	6	7
Acceptés au cours de l'année écoulée	6	1	7
Motions acceptées comme postulats	-	2	2
A examiner au total ./. réalisés et par conséquent classés au cours de l'année écoulée (ch. 4.1)	7	9	16
	7	6	13
En suspens à la fin de l'année écoulée - sans prolongation (ch. 4.2.1)	-	2	2
- avec prolongation (ch. 4.2.2)	-	1	1
En suspens au total (ch. 4.2)	-	3	3

4.1 Abschreibung erfüllter Motionen und Postulate

1. *Motion Schertenleib* betreffend kantonale Unterstützung ausländischer Unternehmen: Die Motion wurde mit der Beantwortung durch den Regierungsrat erfüllt.
2. *Motion Dauwalder* aus dem Jahre 1984 – als Postulat überwiesen – betreffend Ausweispflicht Jugendlicher in Gaststätten: Nach einzelnen Aktionen zur Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs wurde im Sommer 1985 eine grössere Befragung bei Handelsgeschäften, Gaststätten, Elternvereinigungen und Schulen durchgeführt. Gemäss diesen Ergebnissen handelt es sich weniger um ein Ausweis-, sondern vielmehr um ein Vollzugsproblem der gesetzlichen Bestimmungen. In enger Zusammenarbeit mit dem Motionär sind deshalb verschiedene Massnahmen in die Wege geleitet worden.
3. *Motion Scherrer* betreffend Massnahmen zur Durchsetzung des Verkaufsverbotes von Alkohol an Jugendliche: In enger Zusammenarbeit mit den Vorsorgestellen im Kanton Bern sowie der Verwaltungspolizei sind verschiedene Informations- und Schulungsmassnahmen in die Wege geleitet worden. Die Aufklärungsarbeit der Vorsorgestellen wird durch den Staat unter anderem finanziell unterstützt. Ferner werden die Kontrollen – insbesondere beim Handel – verbessert, um dem Gesetz die erforderliche Nachachtung zu verschaffen.
4. *Motion Noirjean* (nur Punkt 1) betreffend Pflicht zur Stellensuche für Teilarbeitslose: Eine entsprechende Eingabe an das Eidg. Volkswirtschaftsdepartement bezüglich Abänderung der Bundesgesetzgebung ist nach vorgängigen Abklärungen anfangs 1986 erfolgt.
5. *Motion Droz* aus dem Jahre 1984 – als Postulat überwiesen – betreffend Taggelder für kranke, verunfallte oder schwangere Arbeitslose: Bei der Ausarbeitung des Lösungsvorschlags hat sich gezeigt, dass nur wenige Kantone eine entsprechende Versicherung global eingeführt haben, dass nur eine sehr geringe Zahl von Arbeitslosen betroffen wäre und dass dafür keine Rechtsgrundlage vorhanden ist; deshalb wird auf eine Globallösung verzichtet. Die Arbeitslosen werden ab Frühjahr 1986 mit einem Merkblatt auf die Möglichkeit einer individuellen Versicherung aufmerksam gemacht.
6. *Motion Schweizer* aus dem Jahre 1984 betreffend Missbräuche auf dem Liegenschaftsmarkt: Bereits am 1. November 1984 ist die Verordnung vom 19. September 1984 über das Immobilien-Treuhandwesen in Kraft getreten. Das seit dem 1. Januar 1986 geltende Baugesetz ermöglicht insbesondere die Schaffung von Wohnzonen für die ortsansässige Bevölkerung. Bei der zweiten, noch hängigen Vorlage zur Revision des Steuergesetzes ist nach der Ablehnung der ersten Vorlage durch das Volk auf Verschärfungen bei der Vermögensgewinnsteuer verzichtet worden. Schliesslich hat die Volkswirtschaftsdirektion ein neues Gesetz über die Erhaltung von Wohnraum erarbeitet. Es befindet sich gegenwärtig in der

4.1 Classement des motions et postulats réalisés

1. *Motion Schertenleib* concernant l'aide cantonale à des entreprises étrangères: la motion a été réalisée par la réponse du Conseil-exécutif.
2. *Motion Dauwalder* – déposée en 1984 – acceptée comme postulat – concernant l'obligation pour les adolescents fréquentant des établissements publics de présenter une pièce d'identité: après différentes actions de lutte contre l'abus d'alcool, une vaste enquête a été menée auprès des commerces, des établissements de restauration, des associations de parents et des écoles. Ce sondage a révélé qu'il s'agissait moins d'un problème de pièce d'identité que de l'application des dispositions légales. Ainsi, diverses mesures ont été préparées en étroite collaboration avec le motionnaire.
3. *Motion Scherrer* concernant des mesures destinées à faire appliquer l'interdiction de vendre de l'alcool aux jeunes: en étroite collaboration avec les services de prévention du canton de Berne et avec la police administrative, diverses mesures visant à la formation et à l'information ont été mises en place. L'Etat apporte notamment son soutien financier au travail d'éducation entrepris par les services de prévention. Par ailleurs, les contrôles seront renforcés, en particulier dans les commerces, afin que la loi soit appliquée comme il se doit.
4. *Motion Noirjean* (point 1 seulement) intitulée: recherche d'emploi-chômage partiel: après étude préliminaire, une demande de modification en ce sens de la législation fédérale a été faite début 1986 au Département fédéral de l'économie publique.
5. *Motion Droz* – déposée en 1984 – acceptée comme postulat – concernant les indemnités journalières pour chômeurs malades, accidentés ou en état de maternité: l'élaboration d'un projet de solution a révélé que peu nombreux sont les cantons qui ont introduit globalement une assurance en ce sens, qu'il n'y a que très peu de chômeurs concernés et qu'il n'existe aucune base légale pour cette prestation; l'idée d'une solution globale est donc abandonnée. Les chômeurs recevront dès le printemps 1986 une note qui leur indiquera la possibilité de contracter une assurance individuelle.
6. *Motion Schweizer* – déposée en 1984, intitulée: pour la suppression des désagréments sur le marché de l'immobilier: le 1^{er} novembre 1984 est entrée en vigueur l'ordonnance du 19 septembre 1984 sur les fiduciaires immobilières. La loi sur les constructions entrée en vigueur le 1^{er} janvier 1986, quant à elle, permet en particulier de créer des zones d'habitation pour la population locale. Par ailleurs, le deuxième projet encore pendant de révision de la loi sur les impôts ne prévoit plus de renforcer l'imposition des gains de fortune, vu que le peuple a refusé le premier projet. Enfin, la Direction de l'économie publique a rédigé sur le maintien des locaux d'habitation une nouvelle loi qui est actuellement en consultation. Ainsi, les mesu-

Vernehmlassung. Damit sind die zur Erfüllung des Vorstosses möglichen Massnahmen getroffen worden. Die Motion ist abzuschreiben.

7. *Postulat Reber* aus dem Jahre 1981 betreffend Missbräuche im Treuhandwesen: Die verlangten Verschärfungen über die Immobilien-Treuhänder wurden in der Verordnung vom 19. September 1984 über das Immobilien-Treuhandwesen eingeführt. Im übrigen verweisen wir auf das Postulat Moser in gleicher Sache.

8. *Postulat Boss* aus dem Jahre 1981 betreffend Oberländer Heimatwerk: Das Anliegen wurde auf gesamtschweizerischer Ebene aufgenommen. Ergänzende kantonale Massnahmen (Koordination, Bildung eines ständigen Ausschusses, Weiterführung der Finanzhilfe für Kurse und Betrieb) werden ab Mitte 1986 wirksam.

9. *Motion Scherrer* (nur Punkte 3+4) betreffend Massnahmen zur Bekämpfung des Waldsterbens durch geeignete Verbesserung auf dem Heizsektor:

Zu Punkt 3: Mit dem Inkrafttreten der Luftreinhalteverordnung zum Bundesgesetz über Umweltschutz (1. März 1986) können nur noch Brenner und Heizkessel in den Verkauf gelangen, welche durch die EMPA sowohl in lufthygienischer als auch in energetischer Hinsicht typengeprüft sind. Allen mit dieser Materie befassten Institutionen (Hersteller, Vertretungen, Servicefirmen, Ölfeuerungskontrollen) ist dies bekannt, so dass jederzeit eine gründliche und sachgerechte Beratung erfolgen kann.

Zu Punkt 4: Ab 1. Januar 1986 wird die Kontrolle der Kaminfeger durch die Gebäudeversicherung in dem Sinne systematisiert, dass jeder Kaminfeger mindestens pro Wahlperiode (4 Jahre) einmal kontrolliert wird. Hinzu kommt, dass die Arbeit der Kaminfeger anhand des neuen Kontrollheftes, das ab Heizperiode 1985/86 bzw. 86/87 in der Anlage zu finden ist, jederzeit überprüft werden kann.

10. *Motion Bhend* betreffend Standesinitiative zur Vorbereitung der Treibstoffrationierung: Am 29. Mai 1985 wurde eine entsprechende Standesinitiative (RRB 2087) an die Bundesbehörden überwiesen.

11. *Postulat Lutz* betreffend rasch realisierbare Reduktion von Schwefeldioxyd und -trioxyd bei der Verbrennung von Heizöl: Auf den 1. März 1986 wird die Luftreinhalteverordnung zum Bundesgesetz in Kraft treten. In Anhang 5, Ziffer 142, dieser Verordnung wird die Verwendung von Brennstoffzusätzen (z.B. Magnesiumoxyd), wie sie im vorliegenden Postulat verlangt wird, ausdrücklich verboten; damit erübrigts sich eine weitere Prüfung des Postulates; es ist deshalb abzuschreiben.

12. *Motion Schertenleib* betreffend Kontrolle des Rauches in Cressier: Nachdem nun die kantonale Fachstelle Lufthygiene seit kurzem ein mobiles Instrumentarium für Immissionsmessungen verfügt (Messanhänger), werden in verschiedenen Regionen des Kantons Bern systematische Luftqualitätskontrollen durchgeführt. Bereits anfangs 1986 wurde in Zusammenarbeit mit der Fachstelle des Kantons Neuenburg im fraglichen Gebiet (Plateau de Diesse) eine erste Messkampagne durchgeführt. Diese Messungen werden während des ganzen Jahres in einem bestimmten Zyklus wiederholt und anschliessend publiziert.

13. *Motion Merki* – als Postulat überwiesen – betreffend PVC-Verbot: Dem Bundesrat ist es im Dezember 1984 gelungen, mit der Nahrungsmittel-, Kunststoff- und Verpackungsindustrie sowie mit Grossverteilern eine Vereinbarung für eine 60-Prozent-Reduktion des PVC bis Ende 1987 zu treffen. Sollte das Ziel bis zu diesem Zeitpunkt nicht erreicht werden, behält sich der Bundesrat vor, mit Verboten vorzugehen. Damit wird eine klare realisierbare Zielssetzung auf Bundesebene vorgegeben. Weitergehende Massnahmen auf kantonaler Ebene sind nicht möglich. Da den Anliegen auf Bundesebene entsprochen wird, ist es für die kantonalen Instanzen erfüllt.

res permettant de réaliser l'intervention ont été prises. La motion doit être classée.

7. *Postulat Reber* – déposé en 1981 – concernant la lutte contre les abus dans le secteur fiduciaire: l'ordonnance du 19 septembre 1984 sur les fiduciaires immobilières a introduit les mesures plus restrictives demandées concernant les régisseurs et courtiers en immeubles. Pour le surplus, nous renvoyons au postulat Moser sur le même sujet.

8. *Postulat Boss* – déposé en 1981 – concernant l'artisanat rural de l'Oberland: une conception à l'échelle nationale a été présentée. Des mesures cantonales supplémentaires (coordination, création d'un comité permanent, continuation du soutien financier en faveur de cours et de l'exploitation) seront effectives au milieu de l'année 1986.

9. *Motion Scherrer* (points 3 et 4 seulement) concernant la lutte contre le déprérissement des forêts par des mesures d'amélioration appropriées dans le domaine du chauffage: Ad point 3: par l'entrée en vigueur, le 1^{er} mars 1986, de l'ordonnance sur la lutte contre la pollution atmosphérique relative à la loi fédérale sur la protection de l'environnement, pourront seuls être mis en vente les brûleurs et chaudières qui auront subi l'expertise des types par le LFEM tant du point de vue énergétique que de la salubrité de l'air. Toutes les institutions concernées en la matière (fabricants, représentants, entreprises de services, contrôleur des chauffages à mazout) ont été dûment informées et peuvent donc donner à tout moment des conseils précis et objectifs.

Ad point 4: à partir du 1^{er} janvier 1986, les ramoneurs seront contrôlés systématiquement par l'assurance immobilière. Ainsi, chaque ramoneur sera contrôlé au moins une fois au cours de sa période de fonction (4 ans). En outre, le travail des ramoneurs pourra être contrôlé au moyen du nouveau livret de contrôle que devra comporter chaque installation à partir de la période de chauffage 85/86 ou 86/87.

10. *Motion Bhend* concernant les préparatifs relatifs au rationnement des carburants: le 29 mai 1985, une initiative en ce sens (ACE N° 2087) a été transmise aux autorités fédérales.

11. *Postulat Lutz* concernant la réduction rapidement réalisable des émissions de dioxyde et de trioxyde de soufre lors de la combustion de fuel. L'ordonnance fédérale sur la lutte contre la pollution atmosphérique entrera en vigueur le 1^{er} mars 1986. L'annexe 5, chiffre 142, de cette ordonnance interdit expressément l'utilisation d'additifs aux combustibles (p.ex. oxyde de magnésium), comme le demandait le présent postulat. Il s'avère donc inutile de l'examiner plus avant et il doit donc être classé.

12. *Motion Schertenleib* concernant le contrôle des fumées de Cressier: depuis que le service cantonal de lutte contre la pollution atmosphérique dispose d'une station mobile de mesure des immissions (remorque de mesurage), des contrôles systématiques de la qualité de l'air sont effectués dans diverses régions du canton de Berne. En collaboration avec le service spécialisé du canton de Neuchâtel, une première campagne de mesurage a été menée au début de 1986 dans la région en question (Plateau de Diesse). Ces mesurages seront répétés selon un rythme déterminé pendant toute l'année pour être rendus publics.

13. *Motion Merki* – acceptée comme postulat – concernant l'interdiction du PVC: le Conseil fédéral est parvenu en décembre 1984 à un accord avec les industries alimentaires, des matières plastiques et d'emballage et avec les grossistes pour que l'usage du PVC soit réduit de 60 pour cent d'ici fin 1987. Si l'objectif n'était pas atteint d'ici là, le Conseil fédéral se réservait d'introduire des interdictions. Il existe donc à l'échelle fédérale un programme précis et réalisable. D'autres mesures à l'échelle cantonale ne sont pas possibles. La question étant réalisée à l'échelle fédérale, elle est réputée réalisée pour les instances cantonales.

4.2	Vollzug überwiesener Motionen und Postulate	4.2	Réalisation des motions et postulats acceptés
4.2.1	<i>Motionen und Postulate, deren Zweijahresfrist noch nicht abgelaufen ist</i>	4.2.1	<i>Motions et postulats dont le délai de deux ans n'est pas encore expiré</i>
1. <i>Motion Lutz Hans-Rudolf</i> aus dem Jahre 1984 – als Postulat überwiesen – betreffend Festsetzung des anrechenbaren Reinvermögens bei der Krisenhilfe: Das Anliegen soll bei der laufenden Revision des Gesetzes über die Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung berücksichtigt werden. Das Geschäft kann voraussichtlich erst 1987 dem Grossen Rat unterbreitet werden.		1. <i>Motion Lutz Hans-Rudolf</i> – déposée en 1984 – acceptée comme postulat – concernant le calcul de la fortune nette imputable en cas de secours de crise: cette question sera prise en compte dans la révision en cours de la loi sur le service de placement et de l'assurance-chômage. L'affaire ne sera probablement soumise au Grand Conseil qu'en 1987.	
2. <i>Motion Jenni</i> – als Postulat überwiesen – betreffend Totalrevision des Gewerbegegesetzes: Die Vorarbeiten für die Gesetzesrevision sind aufgenommen. Mit einer Beratung der Vorlage durch den Grossen Rat wird im Jahr 1988 gerechnet.		2. <i>Motion Jenni</i> – acceptée comme postulat – concernant la révision totale de la loi sur l'industrie: les travaux préparatoires de révision de cette loi ont été commencés. Il est prévu que le projet sera débattu au Grand Conseil en 1988.	
4.2.2 <i>Motionen und Postulate mit Fristerstreckung</i>		4.2.2 <i>Motions et postulats au bénéfice d'une prolongation de délai</i>	
1. <i>Postulat Moser</i> aus dem Jahre 1982 betreffend Bewilligungspflicht und Aufsicht über die Treuhänder: Mit der neuen Verordnung vom 19. September 1984 über das Immobilien-Treuhandwesen ist ein wesentlicher Teil des Postulates erfüllt. Für das übrige Treuhandwesen wird ein Verordnungsentwurf im Frühjahr 1986 in die Vernehmllassung gehen. Der Grossen Rat hat in der November-Session 1985 die Frist zur Erfüllung dieses zweiten Teils des Postulates bis Ende 1987 erstreckt.		1. <i>Postulat Moser</i> – déposé en 1982 – concernant l'autorisation d'exercer la profession et surveillance des fiduciaires: le postulat est déjà en bonne partie réalisé par l'entrée en vigueur de l'ordonnance plus restrictive du 19 septembre 1984 sur les fiduciaires immobilières. Un projet d'ordonnance sur les autres activités fiduciaires ira en consultation au printemps 1986. Au cours de la session de novembre 1985, le Grand Conseil a prolongé jusqu'en novembre 1987 le délai pour réaliser la deuxième partie du postulat.	

4.3 Weitere Vorstösse

Ausserordentlich abgeschrieben wurde eine Motion (Robert betr. Olympia-Kandidatur; beinhaltete die gleichen Forderungen wie die abgelehnte Motion Jenni).

Zurückgezogen wurde eine Motion (Schmid, Rüti).

Abgelehnt wurden 12 Motionen auf folgenden Bereichen: Fremdenverkehr (Strahm) – Gastwirtschaftswesen (Jenni) – Olympia-Kandidatur (Hegi, Jenni) – Arbeitslosenversicherung (Strahm, Strahm) – Arbeitsbewilligung Asylbewerber (Schäfer, Merki) – Treibstoffrationierung (Theiler, Theiler) – Ladenschluss (Beiner) – Immobilienwesen (Strahm).

Gegen Ende des Berichtsjahres wurden noch drei Motionen und vier Interpellationen aus verschiedensten Bereichen eingereicht; diese werden im Februar resp. September 1986 behandelt.

Ferner wurden im Berichtsjahr 14 *Interpellations* und zwei *Anfragen* aus folgenden Bereichen beantwortet:

Wirtschaftsförderung (5)

Olympia-Kandidatur (1)

Arbeitslosenversicherung (1)

Arbeitsbewilligungen Asylbewerber (2)

Lufthygiene (1)

Berufsbildung (2)

Berufsberatung (1)

Lebensmittelgesetz (1)

Invalidenversicherung (1)

Ingenieurschule Biel (1)

4.3 Autres interventions

Une motion a exceptionnellement été *classée* (Robert concernant la candidature aux Jeux Olympiques; elle contenait les mêmes demandes que la motion Jenni qui a été refusée).

Une motion a été *retirée* (Schmid, Rüti).

Douze motions ont été *rejetées*, dans les domaines suivants: tourisme (Strahm) – hôtellerie et restauration (Jenni) – candidature aux Jeux Olympiques (Hegi, Jenni) – assurance-chômage (Strahm, Strahm) – autorisation de travail pour demandeurs d'asile (Schäfer, Merki) – rationnement des carburants (Theiler, Theiler) – fermeture des magasins (Beiner) – secteur immobilier (Strahm).

A la fin de l'année, trois motions et quatre interpellations concernant divers domaines ont été déposées; ces interventions seront examinées en février ou en septembre 1986.

Par ailleurs, 14 *interpellations* et deux *questions* ont reçu une réponse au cours de l'année écoulée. Ces interventions portaient sur les domaines suivants:

développement économique (5),

candidature aux Jeux Olympiques (1),

assurance-chômage (1),

autorisations de travail pour demandeurs d'asile (2),

salubrité de l'air (1),

formation professionnelle (2),

orientation professionnelle (1),

loi sur les denrées alimentaires (1),

assurance-invalidité (1),

Ecole d'ingénieurs de Bienne (1).

Bern, 20. März 1986

Der Volkswirtschaftsdirektor: Müller

Vom Regierungsrat genehmigt am 14. Mai 1986

Berne, le 20 mars 1986

Le directeur de l'économie publique: Müller

Approuvé par le Conseil-exécutif le 14 mai 1986